Nr. 68. Vorort-Ausgabe. 23. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,90 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 30 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen", das erste (fettgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Donnerstag, den 22. März 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Renommistereien.

Das Renommieren spielt gegenwärtig in Deutschland eine große Rolle. Durch allerhand Renommistereien hat es die deutsche Regierung fertig gebracht, die weltpolitischen Mächte in den unausrottbaren Glauben zu versetzen, daß die deutsche Politik auf weltpolitische Eroberungen großen Stiles ausgehe. Was Deutschland an Kolonien besitzt, sind Ländersetzen von so zweifelhaftem Werte, daß sie selbst der Annektionssucht des ländergierigen England entgangen waren. Und angesichts eines so kläglichen Kolonialbesitzes sprach vor etlichen Monaten der neue südwestafrikanische Gouverneur Lindequist gelassen das große Wort, daß es Deutschland in der Kolonialpolitik den anderen Kolonialmächten nicht nur gleichtun, sondern sogar zuvortun wolle! Und mit dieser lächerlichen weltpolitischen Renommisterei geht die militaristische Renommiersucht getreulich Hand in Hand. In Regierungs- und Militärkreisen nimmt man jede passende und unpassende Gelegenheit wahr, um die Heldentaten deutscher Soldaten in alle Welt hinauszuposaunen. Welchen skandalösen Unfug hat man mit dem Worte des Admirals Seymour „the Germans to the front" getrieben, und welche übertriebenen Lobeshymnen stimmt man jetzt wieder über die Leistungen der deutschen Soldaten in Südwestafrika an! Daß sich die deutschen Truppen sowohl in Ostasien, als auch in Südwestafrika tapfer geschlagen haben, daß sie die schwersten Strapazen unverzagt ertrugen, soll von uns zu allerletzt bestritten werden. Die Sozialdemokratie bekämpft die abertwitzige Kolonialpolitik unserer herrschenden Klassen, sie bekämpft die Barbarei der Kriegsführung, wie sie ein General Trotha proklamierte; aber sie läßt die Werkzeuge eines solchen verwerflichen Systems so wenig für dasselbe büßen, daß es gerade die Sozialdemokratie ist, die verlangt, daß für die Opfer dieser Kriege, die invaliden Soldaten und die Hinterbliebenen der Gefallenen von Staats wegen ausreichend gesorgt wird, statt daß man, wie es geschieht, für die Opfer unserer Weltpolitik den Bettelsack schwingt! Eine abgeschmackte, überhebende Renommisterei ist es dagegen, wenn z. B. das Generalstabswerk über den südwestafrikanischen Krieg die Taten der deutschen Truppen dadurch herauszustreichen sucht, daß es behauptet, die Hereros und Hottentotten hätten an Gewandtheit und Schießfertigkeit den von den Engländern bekämpften Buren nicht nur nicht nachgestanden, sondern sie an „kriegerischem Wert und Entschlossenheit des Handelns" sogar „bei weitem übertroffen". Durch eine solche ganz ungerechtfertigte Herabsetzung der Leistungen der Buren und Engländer macht man sich nicht nur in der ganzen Welt lächerlich, sondern man verbreitet dadurch auch jenen Geist der Selbstüberhebung, von dem man sich gerade jetzt, genau hundert Jahre nach dem schmählichen Zusammenbruch der preußischen Armee von 1806, doppelt frei halten sollte! Auch vor hundert Jahren gab es — trotz der bösen Erfahrungen, die man während der Kriege mit den Truppen der französischen Revolution gemacht hatte — kaum einen preußischen Offizier, der nicht von der Unbesieglichkeit der preußischen Truppen überzeugt gewesen wäre. Dieser anmaßliche Dünkel führte direkt nach Jena.

Als am letzten Montag unser Genosse Ledebour im Reichstage diese Ueberhebung geißelte, hielt es Oberst Deimling für angemessen, die deplacierten Ueberhebungen des Generalstabswerks zu verteidigen. Die Buren, erklärte er, hätten trotz ihrer Tüchtigkeit in der Offensive weniger geleistet als die Hereros. Kämpfe, wie bei Hamakarie, wo die Angreifer im Kampfe von Mann gegen Mann hätten geworfen werden müssen, dürften sich im Burenkrieg kaum finden! Ledebour verwies demgegenüber nur auf den Kampf um den Spionkop, wo die Buren mit einer Energie zur Offensive übergingen, wie sie nicht einmal ein Herero- oder Hottentottenangriff gezeigt hat. Wir wollen die törichte Ueberhebung unserer Offiziere noch etwas näher kennzeichnen.

Doch zunächst einige Bemerkungen über die anmaßliche Legende von den angeblich unvergleichlichen Heldentaten unserer Chinatruppen bei der Seymour-Expedition. Bei dieser Expedition, die unter Führung des englischen Admirals Seymour zu dem Zweck unternommen wurde, von Tientsin aus die belagerten Gesandtschaften in Peking zu entsetzen, sollen sich nach den chauvinistischen Uebertreibungen besagter Legende die deutschen Mannschaften derart ausgezeichnet haben, daß in jeder kritischen Lage der Befehl erfolgt sei: „The Germans to the front", „die Deutschen an die Spitze". Diese Darstellung ist nichts als eine grundverlogene Selbstbeweihräucherung! Diese Expedition bestand im ganzen aus 2117 Mann, darunter 915 Engländer, 509 Deutsche, 312 Russen, 150 Franzosen usw. Nach mehrtägigen heftigen Gefechten mußte die Expedition umkehren und sich mühsam nach Tientsin durchschlagen. Bei den Gefechten zeichneten sich die Mannschaften aller Mächte durch gleiche Bravour aus. An die deutschen Mannschaften, die fast stets gemeinsam mit Mannschaften der anderen Mächte zur Attacke übergingen, erfolgte allerdings mehrfach der Befehl Seymours: „The Germans to the front", das gleiche gilt aber natürlich auch von den Engländern, Franzosen, Russen, Amerikanern usw. Daß die deutschen Truppen sich keineswegs besonders exponieren mußten, beweisen am besten ihre Verluste. Der Gesamtverlust der Expedition betrug 62 Tote und 231 Verwundete, der der Deutschen speziell 10 Tote und 57 Verwundete. Der Verlust der deutschen Mannschaft ist also prozentual noch etwas niedriger als der auf die Gesamttruppe entfallende Verlust. Verlustzahlen beweisen! Damit soll natürlich nicht gesagt sein, daß die Deutschen bei der Seymour-Expedition nicht vollauf ihre Schuldigkeit getan hätten; wir wollten nur endlich einmal die abgeschmackte Legende zerstören, als ob sie mehr geleistet hätten als die Truppen der anderen Mächte. Ob man trotzdem noch den traurigen Mut haben wird, mit dem „The Germans to the front" herumzurenommieren?!

Nun zu den Buren und ihrem „Mangel an Offensive". Herr Oberst Deimling weiß offenbar nicht einmal, daß die Buren den Krieg mit einer gewaltigen Offensive begannen, durch die sie die englischen Truppen über den Haufen warfen! Ihre musterhafte Offensive mußte dann allerdings zum Stillstand kommen, weil es den Engländern gelang, sich bei Ladysmith mit 15 000 Mann zu verschanzen. Wären die Buren trotzdem weiter gegen den Hafen Durban vorgerückt, so hätten sie nicht nur diese Truppen in ihrem Rücken gehabt, sondern auch noch mindestens 3000 Mann in Estcourt und weitere Tausende in Weston und Pietermaritzburg, ganz abgesehen von den englischen Truppen auf dem westlichen Kriegsschauplatz, in Mafeking und Kimberley. Bedenkt man, daß die Buren insgesamt höchstens 50 000 Mann zählten, wovon Joubert im Osten sicher nicht mehr als 30 000 zur Verfügung hatte, so heißt es geradezu Unsinniges von ihnen verlangen, wenn man ihnen zumutet, angesichts der ganzen Situation die Offensive fortzusetzen. Als die Engländer, die anfangs in der Minorität waren, durch Nachschub vollends die Uebermacht erlangten und an drei verschiedenen Punkten die Republiken, bedrohten, war eine strategische Offensive der Buren vollends ausgeschlossen. Von der erstaunlichen Unwissenheit des Oberst Deimling zeugt aber die Behauptung, die Buren hätten auch in den Gefechten selbst niemals die Offensive zu ergreifen gewagt, so daß es nie zum Kampf von Mann gegen Mann gekommen sei. Auf die Erstürmung des Spionkop hat schon Ledebour hingewiesen — aber auch davon abgesehen: der ganze spätere, jahrelang währende Guerillakrieg der Buren unter Kruitzinger, Louis Botha, Delarey, De Wet usw. bestand in einer ununterbrochenen Kette kühnster Handstreiche der Buren, bei denen es zahllose Male zu einem Handgemenge im buchstäblichsten Sinne des Wortes kam! So heißt es in „Loebells Jahresberichten" über das Militärwesen (herausgegeben von Generalleutnant z. D. v. Pelet-Narbonne) XXIX. Jahrgang 1902, Seite 482:

„Bemerkenswert ist, daß die Buren, obgleich sie keine blanke Waffe führten, vor einem Nahkampf dennoch nicht zurückschreckten, auch im späteren Verlauf des Krieges kommt ein Kampf von Mann gegen Mann öfters vor."

Und da wagen Sie das Gegenteil zu behaupten, Herr Oberst Deimling?!

Aber die hämische Verkleinerung der Buren soll ja auch die Engländer treffen! Bereits im Jahre 1900 behauptete ein schneidiger Leutnant, der ein Werk über den Burenkrieg herausgab, ein Herr A. v. Müller, daß 25 000 Mann preußischer Truppen die Buren bald zu Paaren getrieben haben würden. Jetzt nun, wo 15 000 Mann deutscher Truppen mit 500 Hottentotten nicht fertig werden können, sollte man doch bescheidener geworden sein! Aber nein, man renommiert noch ebenso toll, ja man geniert sich selbst heute noch nicht, vom Regierungstische herab die Leistungen anderer Nationen zu verkleinern!

Herr Oberst Deimling sagt nun, daß von den 15000 Mann nur 2000 Mann aktiv gegen Morenga im Felde ständen. Ja, waren denn die Engländer etwa günstiger daran? Im Oktober 1899 zählten sie nur 30 000 Mann regulärer Truppen, Ende des Jahres nicht mehr als 70 000 Mann. Aber selbst im Februar 1901 waren sie höchstens 175 000 Mann stark, da sie bis dahin einen Abgang an Toten, Verwundeten, Kranken, Zurückgeschickten von 108 000 Mann zu verzeichnen hatten. (Loebell, XXIX. Jahrg., Seite 481.) Und wie viele von diesen 175 000 Mann wirklich aktiv am Kampfe teilzunehmen vermochten, kann man sich ausrechnen, wenn man bedenkt, daß sie allein **3220 Kilometer Blockhauslinien zu besetzen hatten!** Und beim Friedensschlusse stellte sich heraus, daß bis zum Ende des Krieges noch 20 000 Buren im Felde gestanden hatten. Angesichts dieser ehernen kriegsgeschichtlichen Tatsachen bestreiten zu wollen, daß die Engländer im Burenkrieg nicht mindestens ebensoviel geleistet hätten, wie die Deutschen in Südwestafrika, heißt wirklich „auf Granit beißen".

Man könnte ja nun unsere Herren Militärs nach Herzenslust renommieren lassen, wenn die Sache nicht für die ganze Nation ihre ungeheuer gefährliche Seite hätte. Solch' maßlose Selbstverherrlichung gebiert nämlich nur zu leicht einen **Machtkoller**, der jeden Blick für die wirklichen Verhältnisse verliert und dann sein Teil dazu beiträgt, die ohnehin vorhandene weltpolitische Abenteuerlust und Konfliktslüsternheit noch bedrohlich zu verschärfen. Darum tut es not, unseren ebenso anmaßlichen wie auf ihrem eigensten Gebiet so trostlos unwissenden Eisenfressern ab und zu eine Kaltwasserdouche zu verabfolgen!

Die Revolution in Rußland.

Wahlfälschungen.

Aus verschiedenen Gemeindebezirken laufen in Petersburg Klagen ein über Fälschungen der Wählerlisten, „Beeinflussungen" der Wähler und verschiedene andere Ungesetzlichkeiten, die sich die Ortsadministration zuschulden kommen ließ. Aus einigen Bezirken wurden in dieser Sache Delegierte nach Petersburg entsandt, die über die Administration Klage führen.

Auf Wiedersehen!

Nach den wüsten Eisfeldern Sibiriens, wo die Sonne ein seltener Gast und der Sommer „ein Traum der Glücklichen" ist, wurden vor einigen Tagen zirka 300 politische „Verbrecher" auf administrativem Wege aus dem Moskauer Zentraletappengefängnis auf noch zu bestimmende Zeit abgeschickt.

Wir wünschen unseren Genossen baldige Rückkehr in die Reihen einer legalen sozialistischen Partei des Proletariats Rußlands!

Meuterei in Moskau und Sewastopol?

Wie der „Standard" aus Moskau meldet, haben drei Regimenter der dortigen Garnison gemeutert. Zwischen den Meuterern und den regierungstreuen Truppen wird heftig und hartnäckig gekämpft. Auch in Sewastopol meuterte ein großer Teil der Garnison. Blutige Kämpfe zwischen den Meuterern und den übrigen Truppen fanden auch dort statt.

Zum Raub der 850000 Rubel in Moskau

meldet die „Nowoje Wremja": Die Räuber, junge Leute von intelligentem Aussehen, hatten den Bankbeamten erklärt, sie kämen im Auftrage des Revolutionskomitees und würden bei dem geringsten Widerstand von den mitgebrachten Bomben Gebrauch machen. Die Beraubung des Geldschrankes wurde mit überraschender Kaltblütigkeit ausgeführt. Drei Bomben, die von den Räubern zurückgelassen worden waren, wurden von einem Artillerieoffizier entladen, der erklärte, eine derselben, die von besonders starker Wirkung sei, könne nur im Ausland hergestellt worden sein.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 21. März.

Antisemitische Versammlungsmeuchler.

Unter dem Vorwande, die Versammlungsfreiheit zu schützen, haben die Antisemiten des Reichstags einen Antrag eingebracht: Durch Vermittelung des Reichsamtes des Innern Maßnahmen der Bundesregierungen herbeizuführen, wodurch die Versammlungsfreiheit wirksam vor gewaltsamen Störungen geschützt werde. Ist es schon bezeichnend, bei den beschränkenden gesetzlichen Bestimmungen der Einzelstaaten gegenüber dem Versammlungsrecht von gesetzlich gewährter Versammlungsfreiheit zu reden, so war es noch charakteristischer, wie der Begründer des Antrages, Liebermann v. Sonnenberg, sowie die nachfolgenden antisemitischen Redner Raab und Lattmann, Burckhardt, Schack und Zimmermann offenkundig machten, daß sie mit ihrem Antrag nach der Polizei gegen angebliche Versammlungsstörungen durch Sozialdemokraten rufen.

Als Beispiel, wie Versammlungen gestört würden, führte Liebermann v. Sonnenberg die Vorgänge bei der letzten Reichstagswahl in Eisenach an und beging damit den Trick, die schmachvollen Handlungen seiner eigenen Parteigenossen bei jener Wahl zu Gewalttätigkeiten der Sozialdemokraten umzu—täuschen.

Allein, es ist den antisemitischen Hausknechten der Junker nicht um etwaige Versammlungsstörungen zu tun — denn selbst ein Liebermann v. Sonnenberg mußte zugestehen, daß sozialdemokratische Versammlungen von bürgerlichen Parteien gesprengt worden sind — ihr Antrag qualifizierte sich vielmehr als ein Vorstoß zu neuen ausnahmegesetzlichen Maßnahmen gegen die Sozialdemokratie. Das begriffen auch die Junker auf der äußersten Rechten, deren Handlanger ja die Antisemiten bilden. Außer ihnen und der Handvoll Antisemiten stimmte keine Partei des Hauses für den Antrag.

So viel Behagen auch die bürgerlichen Parteien an den radau-antisemitischen, verleumderischen Anwürfen gegen die Sozialdemokratie empfinden mochten, für den Antrag stimmten sie nicht wegen seiner ausgesprochenen polizeireaktionären Tendenz. In der hauptsächlich von einer Anzahl antisemitischer Redner und von Rednern unserer Partei geführten Debatte wurde von unseren Genossen die Hohlheit der antisemitischen Phrasen und die Unwahrhaftigkeit der antisemitischen Behauptung schonungslos aufgedeckt und nachgewiesen, daß mit dem Antrag das Versammlungsrecht nicht geschützt, sondern gemeuchelt werden soll.

Unter den Antisemiten, die auffällige Proben eines Mangels jeglicher Objektivität ablegten, durfte wiederum der antisemitische Abgeordnete Lattmann nicht fehlen. Dieser Abgeordnete ist in seiner außerparlamentarischen Wirksamkeit Richter. Es verdient in Erinnerung gebracht zu werden, daß unter den im Jahre 1903 neu gewählten Abgeordneten gerade Abgeordnete, die in ihrem außerparlamentarischen Wirken als Richter fungieren, sich durch eine besondere Voreingenommenheit und Gehässigkeit gegenüber der Sozialdemokratie auszeichnen. Wir würden es nur für recht und

billig halten, wenn Parteigenossen Richter wie Dr. Porzig, Lattmann und das Vorstandsmitglied des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, Hagemann, in allen Prozessen auf Grund der durch keinerlei Kenntnis getrübten ernstlichen Voreingenommenheit dieser Herren gegen die Arbeiterklasse und die Sozialdemokratie als Richter ablehnen würden.

Die morgige Sitzung fällt wegen der Beerdigung des Reichstagsdirektors aus.

Freitag: Kolonialetat, eventuell Marine-Etat.

Schwerinstag im Abgeordnetenhause.

Am Mittwoch beschäftigte sich das Abgeordnetenhaus mit Initiativanträgen. Zunächst versuchten die Mittelstandsretter unter Führung des Herrn Hammer (k.) ihrem Groll gegen die Warenhäuser Luft zu machen, indem sie unter dem Hinweis auf die angebliche besondere Feuergefährlichkeit der Warenhäuser für diese besondere Vorschriften verlangten. Es sollen Verkaufsräume nur im Erdgeschoß und ersten Stock eingerichtet und darüber befindliche Räume zum dauernden Aufenthalt von Menschen nicht benutzt werden dürfen usw. Die Herren von rechts und vom Zentrum widersetzen sich mit Gewalt dem Fortschritt, es wird ihnen aber nichts nützen. Selbst wenn ihr Antrag, der einer Kommission überwiesen wurde, angenommen werden sollte — was wir nicht glauben — werden sie der Entwickelung der Warenhäuser ebenso wenig Einhalt tun können wie durch ihre famose Umsatzsteuer. Einen natürlichen Entwickelungsprozeß vermag eben auch das Dreiklassenparlament nicht aufzuhalten.

Wie in dieser wirtschaftlichen Frage so marschierten auch in der Frage der Einführung der fakultativen Feuerbestattung, die ein freisinniger Antrag verlangte, die Konservativen Arm in Arm mit den Klerikalen. Der Antrag ist ja nicht neu, er ist schon wer weiß wie oft gestellt, ebenso oft mit den einfältigsten Gründen bekämpft und abgelehnt worden. Auch diesmal wieder versank der Antrag in den Orkus; das „christliche" Gefühl ist geschont, die Kirche beruhigt und der Aberglaube von dem Fortleben nach dem Tode kann weiter bestehen.

Schließlich überwies das Haus einen Antrag auf Aenderung des § 53 des Kommunalabgabengesetzes (Regelung des Steuerverhältnisses zwischen Nachbargemeinden, von denen die eine durch Einrichtungen der anderen belastet wird) nach kurzer Beratung an eine Kommission.

Am Donnerstag fällt die Sitzung aus.

Am Freitag werden die beiden Novellen zum Wahlgesetz eraten.

Der Zwischenfall Spahn-Erzberger.

Die Abschüttelung des Herrn Matthias Erzberger durch Herrn Spahn und die „Köln. Volksztg." hat allem Anschein nach in den Kreisen der Kaplanokratie arg verschnupft. Die von der klerikalen Gendarmerie redigierten oder beeinflußten Blätter nehmen teilweise offen für das schwäbische Enfant terrible gegen die in staatlichen Würden steckenden gesättigten Staatsmänner des Zentrums Partei, und die „Köln. Volksztg." weicht mutig hinter allerlei Verlegenheitsbedenken zurück. Das Stuttgarter Zentrumsorgan, das „Deutsche Volksblatt", äußert sich z. B. in wegwerfender Weise über „jene Organe", die Erzberger angreifen, weil er „in die unhaltbaren Zustände unserer Kolonialverwaltung hineingeleuchtet hat. Der Abg. Erzberger hat hier ein großes Verdienst; das Volk wird ihm dankbar sein." Und dann heißt es mit pharisäischer Selbstgefälligkeit: „Auf das Wort eines Zentrums-Abgeordneten hin wird auch eher Abhülfe geschaffen werden, als wenn etwa Bebel diese Dinge vorgebracht hätte; denn wenn aus einer Partei heraus, die man zur Durchführung der Kolonialpolitik nötig hat, auf Abstellung von Mißständen gedrungen wird, muß die Regierung darauf hören. . . . Daß nun bei einem solchen Kampfe (wie ihn Erzberger gegen besagte Mißstände führt) nicht alles von gleicher Wichtigkeit ist, daß nicht jeder von jedem Punkte überzeugt wird, daß vielleicht einmal, solange man nach den Akten noch forschen und fragen muß, etwas zuviel behauptet wird, liegt in der Natur der Dinge; daraus kann man gegen den, der mit bester Ueberzeugung der Wahrheit dienen will, keinen Vorwurf erheben; das regelt sich auch im Laufe der Auseinandersetzung, da der Regierung volle Möglichkeit zur Gegenäußerung gegeben ist."

Am Schluß seines Artikels wendet sich dann das Blatt gegen die Darstellung, „als habe Dr. Spahn sich im Namen der Zentrumsfraktion gegen den Abg. Erzberger ausgesprochen". Das sei unrichtig und falsch, sogar böswillig erfunden. Dem gegenüber gibt das Blatt folgende Darstellung von den Vorgängen innerhalb der Zentrumsfraktion:

„Der Abgeordnete Erzberger hat, bevor er seine Angriffe im Plenum des Reichstages vortrug, diese vielmehr der Fraktion unterbreitet und mitgeteilt. Damals war das Mandat des Abgeordneten Spahn erloschen (infolge seiner Beförderung) und es ist gar nicht ausgeschlossen, daß Dr. Spahn von diesem Vorfall gar keine Kenntnis hatte. Ebenso steht fest, daß die Zentrumsfraktion sich nicht mit der Frage befaßt hat, ob Dr. Spahn sich gegen den Abgeordneten Erzberger aussprechen soll; wir hegen sehr berechtigte Zweifel, ob die Fraktion sich auf die Seite Spahns gestellt hätte".

Das Blatt stellt also die bekannte Aeußerung Spahns nicht nur als dessen Privatansicht hin, sondern bestreitet ihm sogar die Autorisation zu einer solchen Aeußerung und droht ihm mit einer Kraftprobe. Für die innerhalb des Zentrums bestehende politische Situation ist dieser Kulissenkrieg immerhin recht interessant, denn es gehen aus obiger Mitteilung folgende Tatsachen hervor:

1. Herr Erzberger versichert sich in der Zeit, da Herr Spahn der Fraktion nicht angehört, der Zustimmung der Fraktion zu seinem Feldzuge gegen die Kolonialverwaltung.

2. Herr Spahn kehrt in die Fraktion zurück und erfährt angeblich nichts von der Zustimmung der Fraktion zu Erzbergers Vorgehen, obwohl das letztere in der Presse doch genug Staub aufgewirbelt hat.

3. Herr Spahn empfindet die Selbständigkeit des Herrn Erzberger der Regierung gegenüber unangenehm, sieht sich in seiner parlamentarischen Führerrolle beeinträchtigt und riskiert einen kleinen Staatsstreich, um Herrn Erzbergers Uebermut zu dämpfen.

4. Dieser Staatsstreich wird vom württembergischen Parteiorgan des Zentrums als solcher gekennzeichnet.

Doch damit ist die Sache noch nicht erledigt. Die „Kölnische Volksztg.", dasselbe linkskatholische Blatt, das erst seine Spalten dem Abg. Erzberger für seine Angriffe gegen die Kolonialverwaltung zur Verfügung stellte, und ihn darauf als Schwätzer abschüttelte, vollzieht in seiner gestrigen Abendnummer eine neue Schwenkung. Sie bringt eine ihr aus „parlamentarischen Kreisen" zugegangene Zuschrift zum Abdruck, in der das Verhalten des Herrn Matthias Erzberger verteidigt und seine Verdienste um das Zentrum folgendermaßen gerühmt werden:

„Dem Abg. Erzberger muß man zu großem Danke verpflichtet sein, daß er sich mit so großem Eifer, unermüdlichem Fleiße und einer weitgehenden Sachkenntnis in das schwierige und neuerdings nicht immer wohlriechende Gebiet des Kolonialwesens hineingearbeitet hat. Er ist in Berlin immer anwesend und kann sich daher auch leichter als andere Zeit und Muße für diese Studien nehmen; wenn er dann diese Studien nicht nur in der Budgetkommission, sondern auch auf der Tribüne des Reichstages verwendet, so ist das nicht nur sein Recht, sondern geradezu seine Pflicht. Sollte er in diesem Falle dann und wann in dem Eifer, den die Jugend hat und um den die Alten sie manchmal beneiden könnten, über die Schnur hauen, so muß man in aller Freundschaft ihn darauf hinweisen."

Und auf diese zwar indirekte, aber trotzdem recht deutliche Abweisung des kürzlichen Angriffes der „Köln. Volkszeitung" auf den Abg. Erzberger antwortet das Hauptblatt des rheinischen Zentrums lediglich mit allerlei armseligen verlegenen Redensarten über die Notwendigkeit einer größeren Aktionsfähigkeit der Zentrumsfraktion und der Ermahnung an die Zentrumswähler, bei der Auswahl der Reichstagskandidaten weniger auf die Kirchturmsinteressen ihrer Wahlkreise zu sehen.

Höchst charakteristisch für den Einfluß der Kaplanokratie im Zentrum! —

* * *

Deutsches Reich.

Rücktritt des Erbprinzen Hohenlohe?

Die Budgetkommission hat, wie wir unter „Parlamentarisches" ausführlich berichten, heute den Posten eines Kolonial-Staatssekretärs mit 17 gegen 11 Stimmen abgelehnt, dafür aber den eines Unterstaatssekretärs für das Kolonialamt mit 18 gegen 10 Stimmen bewilligt, indem sie zugleich das Gehalt für diesen Posten von 20 000 auf 25 000 M. erhöhte.

Der Beschluß wird, wie der „Lokal-Anzeiger" versichert, den Rücktritt des zum Kolonial-Staatssekretär ausersehenen Erbprinzen Hohenlohe zur Folge haben. Das Blatt schreibt:

„Wir glauben gut unterrichtet zu sein, wenn wir annehmen, daß die Aufrechterhaltung jenes Beschlusses den Rücktritt des Erbprinzen Hohenlohe von der Führung unserer Kolonialangelegenheiten zur Folge haben wird. Zwar trifft es zu, wenn jüngst ein nationalliberales Organ ausführte, der Erbprinz sei zu selbstlos, um für seine Entschließung die Aeußerlichkeiten einer Stellung: Ehren, Würden, Rang und Gehalt maßgebend sein zu lassen. Indessen liegen ersichtlich wichtige sachliche Gründe vor, die es für eine politische Persönlichkeit wie den Erbprinzen Hohenlohe ausschließen, auf den Vorschlag der Uebernahme eines als Abteilung des Auswärtigen Amtes zu organisierenden Unterstaatssekretariats einzugehen. Nachdem der Kaiser, wie bekannt geworden, auf den Vortrag des Reichskanzlers, in der beiderseitigen sicheren Erwartung, daß der Reichstag entsprechend beschließen werde, den Erbprinzen Hohenlohe für die Leitung eines neu zu errichtenden, selbständigen Kolonialamtes in Aussicht genommen hat, die allerhöchste Entschließung alsbald bekannt gegeben und auf dieser Grundlage die vorläufige Wahrnehmung der Geschäfte des Kolonialdirektors vom Erbprinzen Hohenlohe übernommen war, ist es jetzt ein parlamentarischer Willensakt, der die Verwirklichung der kaiserlichen Ernennungsabsicht unmöglich zu machen im Begriff ist. Nach solchem Hergange, gleichsam aus der Hand der ablehnenden Mehrheit ein anders geartetes Amt als Ersatz entgegenzunehmen, wird dem Erbprinzen grundsätzlich kaum möglich erscheinen."

Allem Anschein nach soll durch diese Mitteilung nur ein Druck auf das Zentrum und die Nationalliberalen ausgeübt werden, sich der „allerhöchsten Entscheidung" zu fügen und das Kolonialamt zu einem völlig selbständigen Ressort auszugestalten. —

Nach Richter Lenzmann.

In die Fraktion der freisinnigen Volkspartei ist eine neue Lücke gerissen worden: der Abgeordnete Justizrat Lenzmann ist den Folgen eines Schlaganfalls, den er gestern während der Sitzung des Reichstags erlitten, heute morgen erlegen. Auch Lenzmann gehört zu den parlamentarischen Veteranen des Freisinns, da er bereits seit 25 Jahren — eine Pause von sechs Jahren abgerechnet — dem Reichstage angehörte. Der Verstorbene hat ein Alter von 63 Jahren erreicht. Im Jahre 1881 wurde er vom Wahlkreis Dortmund in den Reichstag entsandt. Im Jahre 1887 schied er vorübergehend aus dem parlamentarischen Leben aus, da er sich mit der Verschmelzung der Sezessionisten mit der Fortschrittspartei nicht befreunden konnte. Als sich dann die freisinnige Rechte als Freisinnige Vereinigung von der Freisinnigen Volkspartei loslöste, trat er als Vertreter für Altena-Iserlohn wiederum in die Fraktion der letzteren ein.

Lenzmann betätigte sich — seinem Berufe entsprechend — namentlich auf dem Gebiete des Justizwesens, doch griff er als gewandter Debatter häufig auch in die Verhandlung über andere Materien ein. Der Verstorbene stand sozialpolitisch vollständig auf dem manchesterlichen Standpunkt Eugen Richters und streifte im Laufe der Zeit auch seinen politischen Radikalismus mehr und mehr ab. Der „Demokrat" betonte mehrfach seine gut monarchische Gesinnung, wenn er sich auch gelegentlich noch einmal eine „rote Krawatte" vorband, wie er das selbst ausdrückte. Auch seine Auffassungen von der Rechtspflege waren nichts weniger als demokratisch; noch bei den letzten Justizdebatten gab er die optimistische Auffassung kund, daß im Westen des Reiches so etwas wie eine Klassenjustiz nicht existiere.

Persönlich war Lenzmann keine unsympathische Persönlichkeit. Auch sei daran erinnert, daß der Verstorbene während des Sozialistengesetzes wiederholt sozialdemokratischen Sündern als Rechtsbeistand wackere Dienste leistete. —

Eine Hülfsaktion für Jesko v. Puttkamer wird zurzeit von Herrn Rittergutsbesitzer Dr. Schröder-Poggelow unternommen. Ein indiskreter Wind hat uns verraten, daß augenblicklich in Kolonialpolitikerkreisen eine Petition an die Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes zirkuliert, die den Herrn Rittergutsbesitzer und Doktor zum Vater hat und die mit dürren Worten sagt, die schwierige Lage in Kamerun, der Schutz der Beamten und das Ansehen des Reichs erforderten, daß Jesko nicht den vereinten Angriffen der Akwa-Neger und Sozialdemokraten geopfert werde. Wenn irgend möglich bitten daher die Petenten, den Mann nach Kamerun zurückzusenden, später könne er dann aus anderem Grunde zurücktreten.

Neues sagt diese Petition nicht. Aber die Hülfsaktion ist an sich interessant, weil sie zeigt, mit welchen Mitteln für den großen Kulturpionier gearbeitet wird. —

Um ein amtliches Wort gegen den Flottenverein ersuchen dringend Freisinn und Zentrum als Belohnung ihrer Flottenfrömmigkeit. Die „Freie Deutsche Presse" brachte gestern einen Leitartikel, worin der Flottenverein des Versuchs bezichtigt wird, die Stellung Tirpitzens beim Kaiser zu untergraben, indem er dem Monarchen als der schwachmütige Mann denunziert wird, der nicht den Mut habe, vom Zentrum und von der Linken eine den Umständen angemessene Flotte zu fordern. Die Flottenvereinler konterkarierten zudem die Friedenspolitik der Regierung, die sich in der Vorsicht der deutschen Marokkopolitik (!) gezeigt habe. „Wir können uns nicht denken," schließt der Artikel des freisinnigen Blattes, „daß die gerade auch vom Flottenverein und noch mehr von den Alldeutschen angefeindeten Herren in der Wilhelmstraße dazu gleichgültig bleiben. Aber wenn sie es nicht sind, darf man auch von ihnen verlangen, daß sie sich rühren.

Die „Kölnische Volkszeitung" druckte anderen Tags diesen Artikel zum größten Teil ab und bemerkte schließlich zustimmend: „In der Tat, das darf man verlangen. Das „sinnlose Walten" unserer „Alldeutschen" hat ganz wesentlich zu der Trübung der internationalen Lage beigetragen. Diese Leute vergessen vollständig, daß andere die Fensterscheiben bezahlen müssen, welche sie einwerfen. Ohne Zweifel wünscht man diese angenehmen Politiker auch in den Regierungskreisen auf den Blocksberg, wo sie ihren Hexentanz ohne Schaden für die Allgemeinheit aufführen könnten. Man sollte das aber auch bei jeder Gelegenheit unumwunden aussprechen."

Die Braven betteln umsonst um das erlösende Wort. Sie dürfen die Regierungsforderungen für die Marine bewilligen, aber daß die Regierung ihnen deswegen den Gefallen tun würde, die Flottenvereinler zu desavouieren, darauf werden sie vergebens warten. Denn wenn den amtlichen Stellen der Uebereifer der Flottenfexe auch einmal im Augenblick ein wenig unbequem sein mag, sie wissen den Verein doch zu schätzen als den Schrittmacher des Marinismus, als den nicht zu verachtenden Mineur für die Marinevorlagen der Zukunft. Und im Grunde genommen wissen das auch Freisinn und Zentrum; ihr beweglicher Appell ist mehr auf ihre Wähler, denn auf die Reichsregierung berechnet. —

Auch ein Volksvertreter.

Der Wahlkreis Zschopau-Marienberg, der 20. sächsische, wird im Reichstage durch Herrn Zimmermann, den einstigen grimmen, jetzt vor Behörden und Konservativen zahmer gewordenen Antisemiten vertreten. Er hat ihn nach dem Tode unseres Genossen Rosenow erobert. Das heißt, er hätte ihn nicht erobert, wenn Recht Recht geblieben wäre. Denn wie die Wahlprüfungskommission des Reichstages festgestellt hat, ist bei der Wahl ungesetzlich verfahren worden. Der Wahlkommissar, der Amtshauptmann v. Oer hatte seine besondere Auffassung vom Wahlrecht und konnte als echter sächsischer Bureaukrat natürlich nicht zugeben, daß das sozialdemokratische Wahlkomitee, das ihn in mehreren Eingaben aufzuklären suchte, mehr von der Sache verstehe als er. Und so wurden dann am Tage der Ersatzwahl einige sechzig Wahlberechtigte nicht zur Abstimmung zugelassen, weil sie nicht mehr an jenen Orten im Wahlkreise wohnten, für die sie in der Wählerliste geführt wurden. (Die Wahl wurde nach der für die Juni-Wahlen von 1903 angelegten Wählerliste vorgenommen, da sie innerhalb eines Jahres nach jenen stattfand.) Die Wahlprüfungskommission hat auf Grund des Wahlprotestes festgestellt, daß auf diese Weise 63 Wahlberechtigte ihres Wahlrechts beraubt worden sind. Die Stimmen dieser 63 sind nach alter Praxis der Kommission dem unterlegenen Kandidaten, hier dem Genossen Pinkau zuzuzählen und wenn das geschieht, so steigt seine Stimmenzahl im ersten Wahlgang über die absolute Majorität, die Wahl Zimmermanns hätte demnach für ungültig erklärt werden müssen. Aber zum Glück für Herrn Zimmermann ist bei der Wahl noch eine andere Gesetzwidrigkeit vorgekommen und wenn ihm die erste den Hals bricht, so richtet ihn die zweite wieder ein. Der Gemeinde- und Wahlvorstand von Kempten hat nämlich nach einer neuen Wählerliste wählen lassen. Wegen dieses Verstoßes hat die Wahlprüfungskommission den ganzen Wahlakt in Kempten für ungültig erklärt. Alle Stimmen, die dort gefallen sind, werden nicht mitgezählt, d. h. werden den Kandidaten abgezogen. Und da nun in jenem Bezirke Genosse Pinkau die weitaus meisten Stimmen erhalten hat, so verliert er durch die Kassierung dieses Wahlaktes am meisten, viel mehr, als seine Gegenkandidaten, und zwar so viel, daß er trotz jener ihm zugezählten 63 Stimmen die absolute Mehrheit im ersten Wahlgange nicht erreicht. Also zu lesen im Bericht der Wahlprüfungskommission des Reichstages, worin die Gültigkeitserklärung der Zimmermannschen Wahl beantragt wird. Herr Zimmermann wird also voraussichtlich Reichstagsabgeordneter bleiben, wenigstens bis zum Jahre 1908. Aber er bleibt es lediglich, weil der Wahlvorsteher von Kempten gegen das Reichstagswahlgesetz verstieß. Er bleibt Abgeordneter von Unrechts Gnaden. Ein Mandat, auf das er und sein Parteichen stolz sein dürfen. —

Die „Staatsbürger-Ztg." glaubt sich noch immer nicht genug blamiert zu haben. Sie behauptet, daß wir unseren Lesern hartnäckig verschweigen, daß Freiligrath 1870 auch das Gedicht „Die Trompete von Gravelotte" gedichtet habe. Die Redaktion des im Ramsch ausverkauften Blattes hält die „Vorwärts"leser also für ebenso unwissend, wie sie selbst ist. Die „Trompete von Gravelotte" und ihren Verfasser kennt jedes Schulkind. Daß aber antisemitische Trottel dieses Gedichtes wegen einen Freiligrath für sich reklamieren, ist ein Poetenlos, das einem anderen Dichter einmal den Stoßseufzer erpreßt hat:

Ein offner Wald am Straßenzaun
Ist dein Gedicht, du mußt's ertragen,
Reibt sich an seinem schönsten Baum
Ein Schwein mit grunzendem Behagen. —

Opfer über Opfer.

Der Telegraph meldet die Namen neuer in den südwestafrikanischen Sandwüsten gefallener Opfer der Kolonialpolitik. Am 16. März sind bei Aragauros gefallen: Sanitätsgefreiter Gottlieb Schopf, geboren am 18. 3. 80 zu Dißingen; Halsschuß. Am 12. März im Gefecht bei Hartebeestmund leichtverwundet: Gefreiter Walter Panzer, geboren am 14. 8. 82 zu Danzig, Streifschuß Fußsohle. Gefreiter Franz Rickelt, geboren am 28. 10. 83 zu Berlin, Streifschuß linker kleiner Finger. Gefreiter Willi Weinreich, geboren am 23. 12. 82 zu Hohenstein-Ernsttal, Streifschuß Unterleib.

Ferner: Reiter Alexander Schenk, geboren am 5. 11. 82 zu Rosenberg, seit 8. März bei Tharob auf Jagd vermißt. Gefreiter Friedrich Neumann, geboren am 9. 3. 82 zu Bukowitz, am 16. März nördlich Wasserfall auf Patrouille angeschossen — Bauchschuß — und an demselben Tage gestorben.

Urteile vor der Verhandlung.

Die mündliche Verhandlung soll nach dem Gesetz das allein Entscheidende sein. Im Gegensatz dazu gibt es Richter, die die Entscheidung vor Beginn der mündlichen Verhandlung bereits fix und fertig haben. Als der konservative Abgeordnete Porzig jüngst im Reichstage bezweifelte, daß solche Fälle vorkämen, führten ihnen die Genossen Stadthagen und Heine einige solcher Fälle an. Heine hatte unter anderem auf das Zeugnis der Referendare aus dem Jahre 1888 darüber Bezug genommen, daß der Präsident des Strafsenats am Kammergericht im Jahre 1888 die sämtlichen Urteile bereits fertig auf einem Bogen in die Sitzung brachte, und den Referendaren überlassen wurde, das Urteil abzuschreiben. Die „Vossische Zeitung" veröffentlicht in ihrer gestrigen Abendnummer die Zuschrift eines Amtsgerichtsrats, deren wesentlichster Teil dahin geht:

„Der Verfasser dieser Zeilen war ebenso wie der Herr Abgeordnete Heine im Jahre 1888 als Referendar am Straffenat des Kammergerichts beschäftigt und ist in der Lage, die Behauptung des Herrn Abgeordneten Heine als falsch bezeichnen zu können. Der damalige, jetzt längst verstorbene Senatspräsident Delius nämlich brachte lediglich einen großen Bogen mit . . . Die letzte Spalte enthielt einen Entwurf der Urteilsgründe, wie der Präsident Delius sie sich dachte. . . . Wie nun die Notizen auf dem Bogen lediglich dazu bestimmt waren, dem Präsidenten die in seinen Händen liegende Leitung der Verhandlung zu erleichtern, so enthielt die letzte Spalte nichts als ein Rechtsgutachten, das er für sich selbst entworfen und das er allerdings bereits in Form von „Gründen" gegossen hatte. Er hatte somit nur privatim eine Arbeit geleistet, die den Referendaren bezüglich der ihnen überwiesenen Sachen ausdrücklich aufgegeben wurde. Wenn diesen nun auch für die Absetzung ihrer Rechtsgutachten eine andere Form vorgeschrieben war, so wäre es doch

sicher einem Referendar nicht übel genommen worden, wenn er sich die Mühe gegeben hätte, seinem Gutachten auch noch einen ihm zweckmäßig scheinenden Entwurf der Urteilsgründe hinzuzufügen, zumal, wie jeder Jurist weiß, die Absetzung der Gründe eines Revisionsurteils für Ungeübte nicht einfach ist. Ferner aber kam der Entwurf der Gründe weder in der Sitzung noch in der Beratung für die Beisitzer und die Referendare zum Vorschein; er war eben nichts anderes als ein privates Gutachten des Präsidenten. Daran ändert auch nichts der Umstand, daß der Präsident Delius infolge seiner außerordentlichen juristischen Tüchtigkeit fast immer mit seiner Rechtsansicht durchdrang, und daß der Referendar, der ein Urteil abzusetzen hatte, den Entwurf der Gründe von dem Bogen, den der Präsident nach beendeter Sitzung liegen zu lassen pflegte, abschrieb ..."

Die „Voss. Ztg." bemerkt hierzu:

„Wir haben dieser Zuschrift Aufnahme gewährt, müssen jedoch hinzufügen, daß uns von Juristen, die dazumal am Kammergericht beschäftigt waren, lediglich die Darstellung des Sachverhalts, wie sie der Abgeordnete Heine gegeben hat, als vollkommen richtig bestätigt wird. Ob man das „private Gutachten des Präsidenten", das sich obenein bereits in die Form der Gründe kleidete, und das er regelmäßig durchzusetzen wußte, Gutachten oder Urteil nennt, ist einerlei. Es wird uns versichert, daß den Referendaren nur überlassen wurde, die Einleitungsformel und den Schlußsatz über die Kosten hinzuzufügen, und daß es ihnen keineswegs nachgesehen oder gar als verdienstlich angerechnet wurde, wenn sie selbständige Arbeit verrichten wollten."

Diese Ausführungen der „Vossischen Zeitung" sind durchaus zutreffend.

Kurios ist es, durch Windungen, wie sie der Amtsgerichtsrat gebraucht, den Beweis abzuleugnen, daß es Richter gibt, die vor der Verhandlung mit ihrem Urteil fix und fertig sind, und das just zu der Zeit, wo der Prozeß Gärtner in Kottbus („Bergarbeiterleben in der Mark") spielt. Dort hat ja nach dem von uns am Dienstag gebrachten Bericht der Vorsitzende bereits am ersten Tage vor Beginn der Zeugenvernehmung in öffentlicher Sitzung das Bestreiten des Angeklagten mit dem wiederholten nachdrücklichen Bemerken erwidert: „es ist so, wie die Anklage behauptet." Uebrigens ist es auffallend, daß über diesen für die Art der Verhandlung vor Gericht und für die Bergarbeitermißstände in unserer Mark und manches andere hochinteressanten Prozeß die bürgerliche hauptstädtische Presse kein Sterbenswörtchen bringt. Reicht die Macht der Senftenberger Grubenbarone bis in die Redaktionen der Berliner bürgerlichen Blätter? —

*

Genosse Heine sendet uns zu der Zuschrift des angeblichen Amtsgerichtsrats an die „Voss. Ztg." noch folgendes mit der Bitte um Aufnahme:

Der ungenannte Einsender erlaubt sich, meine Behauptung als „falsch" zu bezeichnen, muß dann aber alles bestätigen, was ich darüber gesagt hatte. Nur sucht er den verstorbenen Präsidenten Delius herauszureden, indem er die von diesem fertig mitgebrachten Urteilsgründe als „private Rechtsgutachten" bezeichnet, die er „allerdings bereits in die Form von Gründen gegossen hatte". Wenn meine Kritik an der juristischen Künstelei, die Sozialdemokraten gegenüber geübt wird, überhaupt noch einer Bestätigung bedürfte, so könnte mir diese Umdeutung des Tatbestandes als Beweisstück dienen.

Der Präsident Delius hätte sich sicherlich nicht die große Arbeit gemacht, für seinen Privatgebrauch bestimmte Notizen in Form von sorgfältig bis aufs letzte Wort ausgearbeiteten und gefeilten Urteilsbegründungen auszuarbeiten, sondern er wollte, daß diese „Begründungen" benutzt würden, wie es auch geschah. Daß eine „Verhandlung" und „Beratung" der Sache stattfand, habe ich selbst im Reichstage mitgeteilt, allerdings mit dem Zusatze: „wenn man das noch eine Beratung nennen kann".

Das Urteil soll gefällt werden auf Grund der mündlichen Verhandlung und der Beratung, bei der, um die Unabhängigkeit der Richter zu schützen, der jüngste zuerst abstimmen soll (§ 199 Ger.-Verf.-Ges.). Das gilt auch von der Revisionsinstanz, wo es sich um „Rechtsfragen" handelt. Kommt der Präsident mit einem fertigen Urteil, meinethalben auch „Gutachten", hin, so wird er weniger fähig sein, die etwa in der Verhandlung oder Beratung neu hervortretenden Momente aufzunehmen und zu würdigen, als wenn er sein Urteil erst auf deren Grundlage bildet; die Richter aber können dadurch in ihrer freien Entschließung beeinflußt werden.

Ich habe diese und andere Vorgänge, die der Einsender überhaupt nicht zu bestreiten versucht, im Reichstage als „typisch" bezeichnet. Sie sind auch typisch für die häufig hervortretende Tendenz, die Grundsätze der „Unmittelbarkeit" und „Mündlichkeit" des Verfahrens, auf denen unser ganzer Strafprozeß beruht, oder wenigstens nach dem Gesetze beruhen soll, zu vernachlässigen und sich in erheblichem Maße vom Akteninhalte leiten zu lassen, wobei die Verhandlung, Beratung und Absetzung des Urteils mehr oder weniger als Formalität behandelt wird.

Wolfgang Heine, Rechtsanwalt.
M. d. R.

Ausland.

Belgien.

Die Wahlen zur Deputiertenkammer.

Am 27. Mai dieses Jahres finden die Wahlen zur Deputiertenkammer für einen Teil der belgischen Provinzen statt. Die Liberalen und die Demokraten hoffen, daß es ihnen gelingen werde, bei diesen Wahlen die Klerikalen, die seit 2 Jahrzehnten die Zügel der Regierung in Händen haben, aus ihrer Machtstellung zu drängen. Die Aussichten hierzu sind nicht schlecht. Die Militärfrage, die Frage der Befestigung von Antwerpen, die Enthüllungen über die Geschäfte des Königs im Kongostaat, alles das hat eine große Erbitterung in weiten Kreisen der Bevölkerung hervorgerufen. Die Klerikalen selbst sind gespalten, während die Opposition diesmal einig in den Kampf ziehen will. Bei den Wahlen von 1902, wo dieselben Provinzen in Betracht kamen wie jetzt, gelang es den Klerikalen, den Oppositionsparteien eine Reihe Sitze abzunehmen. So fielen ihnen in der Provinz Antwerpen bei 70 442 Stimmen insgesamt 8 Sitze zu, also 8800 Stimmen auf einen Abgeordneten. Die Oppositionsparteien vereinigten auf ihre Kandidaten 60 500 Stimmen, erhielten damit aber nur 5 Sitze, also einen Sitz auf 12 100 Stimmen! In Malines gewannen die Klerikalen 8 Sitze mit 36 380 Stimmen (also 12 000 Stimmen auf einen Sitz), während die Opposition bei ihren 19 100 Stimmen gar keinen Abgeordneten durchbrachte. In ähnlicher Weise verhielt es sich in allen Kreisen: Den geschlossen stimmenden Klerikalen standen gespalten gegenüber die Liberalen, die Sozialisten und die Christlichsozialen.

Genosse Louis Bertrand berechnet im „Peuple", daß der geeinten Opposition bei den Maiwahlen mindestens 11 Sitze mehr zufallen würden, was den Sturz der klerikalen Herrschaft zur Folge haben müßte. — Hoffen wir, daß die Wünsche unserer belgischen Genossen sich erfüllen.

* * *

Antwerpen, 20. März. (Eig. Ber.) Heute (Dienstag) abend wird hier eine große Versammlung abgehalten, in der unsere Kandidaten für die bevorstehenden Wahlen nominiert werden. Bis heute hat Antwerpen nur einen sozialistischen Abgeordneten in der Kammer. Dieser, Dr. Terwagne, bekommt auch jetzt wieder die erste Stelle auf unserer Liste, und seine Wiederwahl ist sicher. Man glaubt hier aber allgemein, noch einen zweiten Kandidaten durchbringen zu können. Dieser, Jef Groeser, ist Sekretär der Diamantarbeitergewerkschaft und hervorragend tätig in der allgemeinen Gewerkschaftsbewegung. Man hofft daher, daß viele nichtsozialistische Arbeiter ihm ihre Stimme geben werden.

Die Wahlen für den Rat der Gewerberichter, welche hier vorgestern stattfanden, sind den Gewerkschaften sehr vorteilhaft gewesen. Ihre Kandidaten, die auch von unserer Partei sowie von der liberalen Arbeiterpartei empfohlen wurden, siegten mit einer Mehrheit von ungefähr 800 Stimmen. Bisher war dieser Rat immer in Händen des katholischen Arbeitervereins „Vrede" („Friede"!) gewesen. Das günstige Resultat dieses Kampfes verspricht viel Gutes für die allgemeinen Wahlen Ende Mai. —

England.

Friedens-Schalmei.

Bradford, 21. März. (W. T. B.) Bei dem gestern stattgehabten Festmahle der Handelskammer in Bradford hielt der Präsident derselben, Mitchell, folgende Rede: „Unser Gast sagte, daß durchaus kein Grund besteht, aus dem wir nicht eine beständige und dauernde Freundschaft mit dem deutschen Volke unterhalten können. Wenn in vergangener Zeit irgendwelche Mißverständnisse vorgelegen haben, so hatten sie ihren Ursprung in der Tatsache, daß wir nicht genug von einander gewußt haben. **Wir haben niemals auf die Zukunft Deutschlands mit Gefühlen der Eifersucht gesehen.**"

Bürgermeister Whitehead begrüßte ebenfalls den Botschafter Grafen Wolff-Metternich und sprach die Hoffnung aus, daß diese Gelegenheit dazu beitragen möge, die Beziehungen zwischen den beiden Völkern herzlicher zu gestalten. —

Finnland.

Erdrosselungs-Kommission.

Helsingfors, 21. März. (Meldung des „Bureau Ritzau.") Der Kaiser hat angeordnet, daß der Vorschlag des Senats betreffend die neue Landtagsverfassung und ein neues Wahlgesetz für Finnland zur Prüfung an eine besondere Kommission überwiesen werden soll, deren Vorsitzenden der Kaiser ernennt und deren Mitglieder sich aus zwei Mitgliedern des russischen Senats, zwei des finnischen Senats und dem Minister-Staatssekretär zusammensetzen sollen.

Das Verbrechen von Courrières.

Ein gefährdeter Fetisch.

Einer unserer Mitarbeiter schreibt uns aus Paris:

Man braucht wahrlich nicht von blinder Verehrung für die Bourgeoisdemokratie erfüllt zu sein, um zu wünschen, daß einiges von ihrem Geist sich den „sozialen" Monarchien mitteilte. Da ist zum Beispiel die Fahrt Clemenceaus ins Streikgebiet, eine kluge und herzhafte Tat, die sich sehen lassen kann. Freilich, unsere staatsweisen Geheimräte wird eine Gänsehaut überlaufen. Man denke! Ein Minister des Innern, der oberste Chef der Verwaltung, der sich nicht auf Berichte strebsamer Sekretäre und wachsamer Regierungspräsidenten verläßt, ja sich nicht einmal mit der Entsendung eines Kommissars begnügt, der bei den Verhandlungen der streitenden Teile die strenge Maske der über allen materiellen Interessen thronenden unparteiischen Staatsgewalt vorzuhalten hat, sondern der als ein gar nicht feierlicher, ungenierter Bürger in das leidenschaftliche Gewühl einer Streikversammlung tritt, auf das Podium klettert und eine Rede hält, auf gut Glück und ohne die Sicherheit, nicht ausgepfiffen und hinausgeworfen zu werden! Ja, wie kann man nur — wird manche deutsche Exzellenz denken und wird es nicht begreifen. Muß da nicht die hehre Autorität und geheimnisvolle Würde des Staates, die Grundlage alles doch so unbedingt nötigen „Respekts" verloren gehen, wenn sich ein Minister, statt auf Hoffesten unter hochmütigen Schranzen umherzutänzeln, in die dumpfige Atmosphäre eines überfüllten „Maison du peuple" begibt und am Ende die Leute auf den gefährlichen Gedanken bringt, eine Regierung sei am Ende nicht ein an sich verehrungswürdiges, nicht mit menschlichen Maßen zu messendes Wesen — von der schrecklichen Möglichkeit ganz abgesehen, daß die Versammlung unfreundlich und der Minister ohne Erfolg wieder heimfahren könnte! — Ja allerdings, was ist in diesem Frankreich nicht alles möglich, wo man jetzt alle Tage Gendarmen, ja sogar ganze Kompagnien Soldaten vor den Heugabeln aufgeregter Bauernhaufen davonlaufen sieht! Und dies auf Befehl der Regierung! In diesem Frankreich, wo man offenbar glaubt, daß der Staat gar kein mystisches Wesen sei, dessen Beleidigung gleich mit Blut gesühnt werden müsse. Wieviele Hundert hätten unter ähnlichen Verhältnissen in anderen Staaten, wo der Geist der „Ordnung und Autorität" herrscht, schon ihr Leben lassen müssen! Und hier tut man, als ob die Heiligkeit des Staates nur ein Pfunder sei gegenüber dem simplen menschlichen Leben!

Die Auffassung unseres Korrespondenten hat zweifellos viel für sich, wir können sie jedoch nicht ohne eine Bemerkung passieren lassen. Es dürfte auch anderswo vorkommen, daß bei einem so außerordentlichen Ereignis irgend ein Minister sich zu einer Extratour aufrafft. Leider ist auch das Verhalten der Staatsbeamten, die sich weigerten, in die Grube einzufahren, durchaus nicht rühmenswert. Aber die Hauptsache: das gewiß anerkennenswerte Verhalten des Ministers kann das Verschulden der Regierung an der Katastrophe nicht wieder gut machen. Die Tat des Einzelnen kann man für den Menschen bewerten, aber sie rettet das System nicht. Im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaft spielt die Regierungsform keine übermäßig große Rolle, jede Regierung fühlt sich als Trägerin des kapitalistischen Systems und handelt danach. Deshalb konnte auch die französische Regierung schuldig werden an dem Verbrechen von Courrières.

Ueber die

Ausdehnung des Streiks

und die Argumentationen des Polizeisäbels liegen folgende Nachrichten vor:

Lens, 21. März. Der Bergarbeiterkongreß des Alten Syndikats, an dessen Spitze der sozialistische Deputierte Basly steht, stimmte für den Gesamtausstand und verlangte für die Bergleute einen Tagelohn von 7 Fr. 10 Cts. Das Neue Syndikat, dessen Führer der Republikaner Broutchoux ist, fordert den Achtstundentag und 8 Fr. Tagelohn sowie 2 Fr. für jede Ueberstunde. Die Delegierten des Kongresses wurden beim Verlassen des Saales von den Anhängern Broutchoux' überfallen und mißhandelt. Da die Gendarmerie zum Schutze nicht ausreichte, wurde eine Schwadron Dragoner herangezogen, die aber nicht eingriff. Seit heute morgen sind 80 000 Bergleute im Ausstand.

Lens, 21. März. Die Straßenkundgebungen dauerten auch die ganze Nacht fort. Die Gendarmerie mußte die Volksmenge wiederholt mit blanker Waffe auseinandertreiben. Patrouillen durchzogen dauernd die Ortschaft. Der Platz vor dem Bahnhofe ist von Truppen besetzt.

Billy-Montigny, 21. März. Gestern abend fand im Volkshause eine große Versammlung der Bergarbeiter statt. Drei Redner, darunter auch eine Frau, hielten scharfe revolutionäre Ansprachen. Und so wurde auch vorgeschlagen, das Rathaus und das Gefängnis zu erstürmen, um die dort verhafteten Bergleute in Freiheit zu setzen. Nach Schluß der Versammlung fanden Straßenumzüge statt.

Lens, 20. März. In einer heute abend abgehaltenen Versammlung protestierten die Ausständigen heftig gegen die Verhaftungen, die aus Anlaß der heutigen Kundgebung vorgenommen wurden, besonders gegen diejenige Broutchoux'. Die Ausständigen, die schließlich zu lärmenden Kundgebungen übergingen, wurden durch Gendarmerie zerstreut.

Decazeville, 21. März. Der Kongreß der Grubenarbeiter hat folgende Resolutionen angenommen: Die Arbeiterdelegierten sind in derselben Weise in den Gruben zu verteilen wie die Ingenieure. Die Jahrespension, welche infolge tödlicher Unfälle den Hinterbliebenen ausgezahlt wird, muß zwei Dritteln des Lohnes des Toten entsprechen. Die Summe darf nicht weniger als 900 Fr. betragen, wenn es sich um einen Familienvater, und nicht weniger als 450 Fr., wenn es sich um eine Frau handelt. Ferner soll die Unterstützungskasse ausschließlich ohne Lohnabzüge von der Gesellschaft unterhalten werden. Schließlich verlangten die Delegierten noch, daß Konflikte zwischen den Arbeitern und der Verwaltung ohne Intervention von außen zu schlichten wären.

Die Einstellung der Bergungsarbeiten.

Lens, 21. März. Der Präfekt hat die für heute angesetzte Grubenuntersuchung der Revisionskommission angesichts der letzten Ereignisse aufgeschoben.

Lens, 21. März. Die Arbeiten in den Gruben von Billy-Montigny sind zum Stillstand gekommen; die Ingenieure sind sich unschlüssig über die Art und Weise, wie sie gegen das Feuer vorgehen sollen. Man scheint eine neue Explosion zu befürchten.

Aus der Partei.

Aufruf!

Parteigenossen! Bis vor kurzer Zeit haben wir es unserer Weltanordnung und den groben Puffern des Kapitalismus überlassen, die Kinder des Proletariats in die Kampfreihen der Arbeiterbewegung zu bringen. Daß wir uns damit nicht mehr begnügen dürfen, diese Erkenntnis bricht sich immer mehr Bahn in der Partei. Ein berühmter Psychologe sagte: Im allgemeinen wird der Mensch sich in derjenigen Richtungslinie weiter entwickeln, in welche er zwischen dem fünfzehnten bis zwanzigsten Jahre hineingebracht wurde oder selbst hinein geriet. Diese Erfahrung hat sich sowohl die katholische wie evangelische Kirche zu nutze gemacht, indem sie Gesellenvereine, den Windthorst-Bund, Jünglingsvereine und andere Organisationen gründeten, in denen sie das in der Schule begonnene Verdummungswerk fortsetzen. Es wäre eine Unterlassungssünde, wollten wir diesen dunklen Bestrebungen nicht die Aufklärung der Jugend im sozialistischen Sinne entgegensetzen. Aus dieser Erkenntnis heraus entstanden an verschiedenen Orten Vereine der arbeitenden Jugend, die sich nun am 11. Februar 1906 auf einer Konferenz in Karlsruhe zu einem „Verband junger Arbeiter Deutschlands" zusammenschlossen. Er will die heranwachsende Jugend zu tüchtigen Mitkämpfern für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse erziehen. Außerdem wurde die Herausgabe einer Jugendzeitung beschlossen, die vom 1. April d. J. ab unter dem Namen „Die junge Garde" erscheinen soll.

Die Redaktion hat Genosse Dr. Frank übernommen.

Der Unterzeichnete fordert nun die Parteiorganisationen allerorts auf, dort, wo es das Vereinsgesetz erlaubt, Ortsvereine zu gründen. Wo dies nicht möglich ist, bittet er um Angabe von Vertrauensmännern, die die Werbung von Einzelmitgliedern betreiben, sowie den Vertrieb der Zeitung übernehmen. Nähere Auskunft sowie Material wird bereitwilligst gesandt.

Mit sozialistischem Gruß!

Der Vorstand des Verbandes der jungen Arbeiter Deutschlands.
J. A.: Bruno Wagner, Mannheim, S. 3. 3. II.

Es wird um Abdruck dieses Aufrufs in der Parteipresse gebeten.

Das sozialdemokratische Zentralkomitee für das Königreich Sachsen beginnt in der sächsischen Parteipresse mit der Veröffentlichung seines für die Ostern zusammentretende Landesversammlung der sächsischen Sozialdemokratie bestimmten Berichtes für das Jahr 1905. Der vorliegende erste Abschnitt gibt einen knappen Rücklick auf die wichtigsten Begebnisse in der sächsischen Politik von 1905 und geht besonders auf den Wahlrechtskampf ein. Er sagt zu Beginn: „Das Jahr 1905 war in der sächsischen Parteipolitik eins der bewegtesten und arbeitsreichsten; ein Kampfesjahr im wahrsten Sinne des Wortes."

Positive Mitarbeit der Sozialdemokratie. In Apolda scheidet der Genosse Baudert infolge seiner Wahl zum Parteisekretär aus dem Gemeinderat. Die liberale „Apoldaer Zeitung" schreibt dazu: „Baudert hat der Gemeindevertretung 14 Jahre angehört. Mit ihm verliert das Kollegium eines seiner befähigtsten Mitglieder. Er hat seinen Standpunkt sachlich und mit Geschick vertreten, aber auch bei zahlreichen Gelegenheiten gezeigt, daß ihm das Wohl der Gemeinde am Herzen lag."

Totenliste der Partei. In Trier starb ein wackerer Mitkämpfer, der Zigarrenmacher Jakob Herrig, der lange Jahre Vertrauensmann des dortigen Wahlkreises gewesen ist. — In der Heil- und Pflegeanstalt Illenau (Baden) ist der Bildhauer Joseph Roth aus Baden-Baden gestorben. Er hat vor Jahren die Büste des verstorbenen Genossen Daniel Lehmann zu Pforzheim unentgeltlich entworfen. Bei der auf die Denkmalsenthüllung folgenden Feier im engeren Kreise der Genossen, berichtet der Karlsruher „Volksfreund", hielt Roth eine feurige Rede, die zu den schönsten Hoffnungen berechtigte. Später etablierte er sich in seiner Vaterstadt Baden-Baden. Dort haben ihm aber bald die Not des Alltagslebens, die Sorge um das tägliche Brot, häusliches Unglück und das Beengende seiner Umgebung die Schwingen gelähmt und zerbrochen, so daß sein jetzt erfolgter Tod für ihn eine Erlösung bedeutet.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Die Blöße der Prinzessin Ena v. Battenberg, die sie sich bei ihrem Religionswechsel behufs Heirat mit Alfons von Spanien gegeben, will die Straßburger Staatsanwaltschaft mit einer Konfiskation verhüllen. Der „Süddeutsche Postillion" hatte diesen Glaubenswechsel symbolisch-realistisch als Hemdenwechsel auf dem Titelbilde seiner letzten Nummer dargestellt. Da bei dieser Prozedur des Hemdenwechsels nun aber der unbekleidete Körper eines jugendfrischen jungen Mädchens enthüllt wird, so ist die Straßburger Staatsanwaltschaft der Ansicht, unsere Straßburger Parteibuchhandlung habe gegen den § 184a des Strafgesetzbuchs verstoßen, jenes Ueberbleibsel der einstigen Lex Heinze, das denjenigen mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 600 Mark bedroht, der Schriften, Abbildungen usw., die ohne unzüchtig zu sein, das Schamgefühl gröblich verletzen, einer Person unter 16 Jahren gegen Entgelt überläßt oder verbreitet. 19 Exemplare der Nr. 6 des „Süddeutschen Postillions" sind infolgedessen in der Straßburger Parteibuchhandlung konfisziert und der Geschäftsführer ist verantwortlich vernommen worden.

Es will uns bedünken, der Straßburger Staatsanwaltschaft sei bei ihrer Tat ein kleiner Irrtum unterlaufen. Nicht das Bild des „Süddeutschen Postillions", nicht die nackte Mädchengestalt verletzt das Schamgefühl, sondern die Handlung, die das Bild darstellt. Daß sie also drastisch dargestellt wird, mag den Souveränen Europas unangenehm sein — eine Gefahr für die Sittlichkeit der Jugend wird aber dadurch nicht heraufbeschworen. Verständlich ist die Maßnahme der Straßburger Staatsanwaltschaft nur unter dem Gesichtswinkel des Worts: Dem Volke muß die Religion erhalten bleiben!

Noch eine Konfiskation. Die „Mittelh. Sonntags-Zeitung", unser Gießener Parteiorgan, ist beschlagnahmt worden, und zwar die Nummer vom 11. März. Das klingt furchtbar ernst, aber der Ernst löst sich in schallende Heiterkeit auf, wenn man den Anlaß der Beschlagnahme erfährt. Das Blatt hat, wie andere Zeitungen auch, aus einem oberhessischen Kreisblatt (!!!) des darin enthaltenen drolligen Druckfehlers wegen eine Notiz wiedergegeben über die Silberhochzeit des Kaiserpaares; dieser unfreiwillige Beitrag für die humoristische Ecke soll nun Gott weiß was für ein Schwerverbrechen sein.

Ein Nachspiel zum roten Sonntag. Wegen Beleidigung des Polizeipräsidenten von Köln wurde Genosse Dr. Erdmann von der „Rheinischen Zeitung" zu 50 M. Geldstrafe verurteilt. Der Staatsanwalt hatte 300 M. beantragt. Die angeblichen Beleidigungen sollen enthalten sein in einem Artikel, worin unser Kölner Parteiblatt am Tage nach dem roten Sonntag die Kriegsvorbereitungen der dortigen Polizei kritisierte. Wie gesucht die ganze Anklage war, mag man daran ersehen, daß das Gericht in der Urteilsbegründung ausführte, durch den Ausdruck „behördliche Unvernunft" sei die Grenze einer angemessenen Kritik überschritten. Die in dem Artikel berichteten unglaublichen Tatsachen wurden gar nicht bestritten; die Beleidigung „durch die Form" war auch hier wieder der Haken, woran man den Preßsünder aufknüpfte.

Zu 200 Mark Geldstrafe wurde Genosse Marckwald von der „Märkischen Volksstimme“ zu Forst von der Sorauer Strafkammer verurteilt, weil er über den Forster Amtsrichter Schmidt die unrichtige Meldung gebracht hatte, er habe die Beschwerde des Genossen Perner gegen seine Verhaftung nicht fristgerecht an das Landgericht weiter gegeben. Der Irrtum entstand infolge der in gutem Glauben gemachten falschen Bekundung einer anscheinend zuverlässigen Frau. Trotzdem wagte der Staatsanwalt von Verleumdung zu sprechen und 5 Monate Gefängnis zu beantragen.

Wegen angeblicher Beleidigung der Königsberger Polizei ist gegen das „Hamburger Echo“ Anklage erhoben worden. Bei der Lohnbewegung der Königsberger Hafenarbeiter im vorigen Jahre wurde der Genosse Brandt verhaftet. Er mußte aber sofort wieder freigelassen werden, da er absolut nichts verbrochen hatte. Das „Hamburger Echo“ brachte die Nachricht von der Verhaftung, und bei dieser Gelegenheit soll es die Königsberger Polizei beleidigt haben.

Gewerkschaftliches.

Zwei Welten.

In Meerane hat ein Weber sich während des Lohnkampfes als „nützliches Element“ aufgespielt. Ein anderer Arbeiter nannte ihn „Streikbrecher“. Der Arbeitswillige lief zum Kadi in Chemnitz, wo ein Vergleich zustande kam, da der „Beleidiger“ sich sagen ließ, daß er auf alle Fälle verurteilt würde. —

Bei alledem schied der Arbeitswillige unbefriedigt vom Gericht. Der Richter konnte nicht begreifen, was den Ehrenmann zu ihm trieb. Das beweist das Gespräch, das sich zwischen Schützling und Beschützer entwickelte:

Amtsrichter: „Haben Sie in Ihrer Ehre und Ihrem Fortkommen Einbuße erlitten?“

Kläger: „Ja, ich bin aus dem Verbande ausgestoßen worden.“

Amtsrichter: „Das ist doch keine Einbuße.“

Kläger: „Doch; besonders fühlte ich mich beleidigt, weil die Meeraner Sache wieder aufgerührt worden ist.“

Amtsrichter: „Ich wollte feststellen, ob Ihre Frau und Ihre Kinder infolge der Veröffentlichung Not gelitten haben?“

Kläger: „Nein, ich habe mich weiter gefunden.“

Amtsrichter: „Das ist doch keine Schande, wenn Sie arbeiten, das hat Ihnen doch Ihre Frau gedankt?“

Kläger: „Ja. Ich betrachte aber meinen Ausschluß aus dem Verbande als eine Ungerechtigkeit und ich bin dadurch in meiner Ehre angegriffen worden.“

Amtsrichter: „Lassen Sie sich dadurch nicht bekümmern; sehen Sie Ihrer Frau in die Augen und arbeiten Sie weiter!“

Der Richter begriff nicht, daß der Arbeitswillige bei ihm Schutz suchte vor seinem eigenen Gewissen! Und der Arbeitswillige war entsetzt, bei denen, die ihn einer ihm selbst bedenklich erscheinenden Handlung wegen lobten, kein Verständnis für seinen Seelenzustand zu finden.

Von seinen Klassengenossen trennt ihn seine Handlung; seine bürgerlichen Beschützer und Lobredner leben in einer anderen Gefühlswelt. — So taumelt er haltlos als Deklassierter hin zwischen zwei Welten.

Berlin und Umgegend.

Zur Lohnbewegung in den Wagenfabriken und Sattlerwerkstätten. Diese Lohnbewegung, die sich auf die verschiedenen in den Wagenfabriken vertretenen Berufe erstreckt, mußte sich, soweit Sattlerarbeit in Frage kommt, auch auf die selbständigen Sattlerwerkstätten der Wagenbranche ausdehnen. Auch hier wurden Forderungen eingereicht. Aber die Sattlerinnung hat es nicht für nötig erachtet, auf das höfliche Schreiben des Sattlerverbandes irgendwelche Antwort zu erteilen. Dagegen ist in mehreren Betrieben mit dem Arbeitgeber über die Forderungen verhandelt worden, wobei in vielen Fällen annehmbare Erfolge erzielt wurden. Am Dienstag fand eine außerordentliche Branchenversammlung der Wagensattler statt, in der über die Lohnbewegung berichtet und beraten wurde. Wie bisher überall, wo es notwendig wurde, die Arbeit einmütig niedergelegt worden ist, so soll auch für die Folge gehandelt werden. In der Versammlung wurden auch die Vorgänge in der Wagenfabrik von Neuß erwähnt. Hier waren Einladungszettel zu einer Werkstättensitzung verteilt worden. Der Firmeninhaber Herr Trutz hatte auch einen solchen Zettel erhalten und sofort rief er selbst seine Arbeiter zu einer Versammlung innerhalb der Fabrik zusammen. Tür und Tor wurden verschlossen, so daß keiner entwischen konnte. Dann hielt er eine Rede an seine „getreuen Arbeiter“, sagte, daß er keine sozialdemokratischen Arbeiter in seinem Betriebe dulden könne, und daß solche, die etwa die in dem Zettel angekündigte Versammlung besuchen würden, nicht mehr seine Freunde sein könnten. Schließlich forderte er zur Diskussion auf. Zwei „Getreue“ meldeten sich zum Wort und redeten ihm nach dem Munde. Einer von den beiden erkühnte sich sogar, ihn zu bitten, den kürzlich den Schmieden aufgezwungenen Lohnabzug von 2½ Proz. wieder rückgängig zu machen. Das bewilligte der Fabrikant. Die eingereichten Forderungen lehnte er natürlich ab. Vor dem Lokal, wo die von der Lohnkommission einberufene Werkstättensitzung stattfinden sollte, hatte Trutz drei Aufpasser postiert. Die Masse seiner Arbeiter war töricht genug, sich einschüchtern zu lassen; nur wenige getrauten sich an der Sitzung teilzunehmen. Seitdem hängt in der Fabrik folgende Bekanntmachung aus:

Jeder organisierte Arbeiter, der für den Verband wirkt oder Beiträge sammelt, ist sofort seiner Entlassung gewärtig.

Daß es Herrn Trutz trotz aller dieser Maßnahmen nicht gelingen wird, seine Arbeiter dauernd in der Dummheit zu erhalten, ist wohl selbstverständlich.

Der Streik der Mühlenarbeiter und des übrigen Personals der Schüttmühle dauert unverändert fort. Zwei von den nützlichen Elementen sind leider in der Mühle geblieben, um die unentbehrlichen Rausreiterdienste zu leisten und — nicht leider — später den sicheren Tritt zu bekommen.

Eigentümlicherweise geben sich die im Kanal liegenden Schiffer zu Streikbrechern her, ebenso die Mehlkutscher, indem sie sich gegenseitig von dem noch vorrätigen Mehl aufladen helfen, was sonst nicht ihres Amtes ist. Sie reden sich damit heraus, daß ihrer Organisation, dem Transportarbeiter-Verbande, nichts von dem Streik bekannt sei. Einmal trifft das nicht zu; es ist selbstverständlich dem Transportarbeiter-Verband die Mitteilung zugegangen. Aber es wird auch dort nicht anders gehen als anderwärts, nämlich so, daß jeder organisierte Arbeiter seine Nase in den „Vorwärts“ steckt und sich nach Möglichkeit selbst orientiert.

Die Streikenden sind guten Mutes und freuen sich der freien Zeit, die ihnen so lange durch zwölf- und mehrstündige tägliche Arbeitszeiten vorenthalten wurde.

Zuzug ist nach wie vor fernzuhalten.

Verband deutscher Mühlenarbeiter.
Der Gauvorstand.

Der Streik der Möbeltransportarbeiter, Packer und Kutscher von der Firma A. Schäfer dauert unverändert fort. Eine mit dem Prokuristen der Firma angebahnte Verhandlung, welcher sich mit der Hinzuziehung eines Verbandsvertreters einverstanden erklärte, lehnte der Inhaber der Firma, Herr Leuschner, am Dienstagabend ab, mit dem Bemerken, daß er nur mit seinen Leuten verhandeln wolle. Obwohl einzelne Firmen, wie G. Knauer und P. Schur es übernommen haben, die Firma Schäfer dadurch zu unterstützen, daß sie Transporte für die letztere ausführen, befindet sich die Firma Schäfer doch in sichtbarer Verlegenheit. Es haben verschiedene Kolonnen der genannten Firmen Streikarbeit verweigert und Transporte unerledigt stehen lassen. Bei einem Transport, welchen die Firma Schäfer für die Breslauer Paketfahrt zur Erledigung übernommen hatte, stehen die Breslauer Wagen seit drei Tagen am Planufer, ohne daß der Umzug bisher erledigt werden konnte. Am Mittwochmorgen erschienen fünf Feuerwehrleute zum Aufladen. Als diese aber durch die Streikposten von der Sachlage Kenntnis erhielten, erklärten auch diese sich solidarisch und führten die Arbeit nicht aus. Alle Versuche seitens der Firma, einzelne alte Packer zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen, blieben erfolglos. Die Streikenden halten fest zusammen und sind gewillt, die Arbeit nicht eher aufzunehmen, bis die Firma sich bereit erklärt, annehmbare Zugeständnisse zu machen. Daß die Firma die berechtigten Forderungen ihrer Arbeiter erfüllen kann, geht daraus hervor, daß sie etwaigen arbeitswilligen Packern zehn Mark Lohn pro Tag geboten hat. Trotzdem haben sich Arbeitswillige nicht gefunden, außer den beiden Inspektoren, von denen der eine Kutscher- und der andere Packerarbeiten verrichtet. — Mit der Firma Schubert u. Co. hat am Dienstagnachmittag eine Verhandlung in Gegenwart eines Verbandsvertreters stattgefunden, wodurch eine Einigung erzielt worden ist. Die Kutscher und Packer erzielten eine Zulage von 2—3 M. die Woche, und außerdem sind die Spesensätze geregelt und aufgebessert worden. Die Arbeiter erhalten während der scharfen Zeit einen Lohn von 5,50 M. pro Tag. Die Arbeit ist infolgedessen am Mittwoch morgen wieder einmütig aufgenommen worden. Bei der Firma Schumacher-Friedenau, wo die Arbeiter und Kutscher ebenfalls Lohnforderungen gestellt hatten, haben sich die Parteien auf friedlichem Wege geeinigt, so daß es zu einem Ausstande nicht erst gekommen ist.

Deutsches Reich.

Die Versiemmer des Stettiner „Vulkan“ befinden sich seit drei Wochen im Streik. Da die Direktion auswärts Streikbrecher sucht, sei auf den Sachverhalt besonders hingewiesen.

Die Zahl der streikenden Schneider in Königsberg i. Pr. beträgt etwa 1000. Von beiden Parteien ist das Gewerbegericht als Einigungsamt angerufen.

Der Kampf der Gießereiarbeiter in Köln. Den Beschluß, am 10. März „sämtliche Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in allen Gießereien von Köln und Umgegend“ auszusperren, wenn bis zum 17. März in den mit Streik überzogenen Betrieben die Arbeit nicht wieder aufgenommen sei, ist bis heute von dem Arbeitgeber-Verbande nicht durchgeführt worden. Nur die Firma Gebr. Odenthal in Köln-Ehrenfeld, wo ein Streik bestand, hat ausgesperrt. Der Aussperrungsbeschluß ist der Arbeitgeberversammlung durch Vorspiegelung falscher Tatsachen abgepreßt worden. Man hat die Arbeitgeber in den Glauben versetzt, der Metallarbeiter-Verband habe den betreffenden vier Firmen einfach die nackten Forderungen unterbreitet und deren sofortige unveränderte Anerkennung ohne jede Verhandlung gefordert. Man hat den Unternehmern einfach das Begleitschreiben unterschlagen, das die Firmen sehr höflich ersuchte, „den Tarif einer wohlwollenden Prüfung zu unterziehen“ und dem Metallarbeiter-Verband „Mitteilung über die Annahme, Ablehnung oder eventuelle Aussetzungen an den einzelnen Positionen dieses Tarifes zu machen“. Es mag sein, daß die übrigen Unternehmer, nachdem ihnen die Wahrheit bekannt geworden ist, es abgelehnt haben, sich von gewissen Scharfmachern und Terroristen mißbrauchen zu lassen und daß deshalb die Aussperrung unterblieben ist. Es kann aber auch sein, daß das organisierte Unternehmertum einen besonders großen Schlag plant, und daß es mit den Kriegsvorbereitungen noch nicht zu Ende gekommen ist. Die Arbeiter sehen den kommenden Dingen mit Ruhe entgegen; sie sind gerüstet. Das zeigte eine am Montag abgehaltene Riesenversammlung.

Die Forderungen der Arbeiter sind sehr bescheidener Natur. Sie fordern den zehnstündigen Arbeitstag, 25 Proz. Aufschlag für Ueberstunden, 100 Proz. für Nacht- und Sonntagsarbeit; als Grundlohn für Former über zwanzig Jahre pro Woche 30 M., unter zwanzig Jahren 25 M. (ursprünglich waren hier 27 M. gefordert); für Kernmacher und Schmelzer sollen die Löhne so gesetzt sein, daß 27 M., bei Putzern und Hülfsarbeitern 24 M. (ursprünglich 27 M.) pro Woche erreicht werden. Unverschuldeter Ausschuß und Fehlguß muß dem Former bezahlt werden; eine Prüfungskommission soll in strittigen Fragen entscheiden. Weitere Forderungen richten sich gegen die gerade in Gießereien so zahlreichen gesundheitlichen und sonstigen Mißstände.

Justitia mit Pfeffer in den Augen.

Der „christliche“ Pfefferwerfer, von dem wir seiner Zeit berichteten, daß er sich mit zwei Kumpanen in Köln in das Versammlungslokal der ausständigen Mitglieder des deutschen Holzarbeiterverbandes begeben habe, um zu lauschen, und daß er, als er darüber zur Rede gestellt wurde, mehreren Ausständigen sofort eine Handvoll Pfeffer in die Augen warf, stand jetzt vor dem Schöffengericht. Die zwei Mitchristen behaupteten als Zeugen, der Angeklagte habe erst den Pfeffer geschleudert, als sie mißhandelt worden seien; die als Zeugen vernommenen Ausständigen bekundeten aber mit aller Bestimmtheit, daß man die Burschen erst gezüchtigt habe, als der Angeklagte seine tückische Tat verübt hatte. Der Angeklagte, Josef Kiene mit Namen, behauptet, er habe sich durch die Mißhandlung seiner beiden Freunde „bedroht gefühlt“; die Gefährlichkeit des Pfefferwerfens habe er — nicht gekannt. Der Staatsanwalt führte aus, der Angeklagte habe sich mit Vorbedacht die Tasche mit Pfeffer gefüllt. Wenn auch andere geschlagen worden seien, so sei der Angeklagte nicht geschlagen worden. Anderen Menschen Pfeffer in die Augen zu werfen, sei eine gemeine Handlung. Mildernd sei, daß die Tat aus Parteikämpfen hervorgegangen sei. Er beantrage daher nur 40 M. Geldstrafe. Nach dem Plaidoyer des Verteidigers trat einer der Zeugen nochmals vor und erklärte: Der Angeklagte hat den Pfeffer geschleudert, ehe jemand geschlagen worden ist! Das Gericht glaubte jedoch den anderen Zeugen und sprach den Angeklagten frei; dieser habe in Notwehr zu handeln geglaubt; das angewandte Mittel sei auch nicht derart, daß der Angeklagte die Grenzen der Notwehr überschritten habe. — Von unserer Justiz erlebt man täglich neue Wunderdinge.

In den Siemens-Schuckertwerken in Nürnberg ist wieder eine Bewegung ausgebrochen. Im vorigen Jahre wurde die 57stündige Arbeitszeit, eine 10prozentige Lohnerhöhung und Aufhebung des Zwangs, Ueberstunden zu machen, vereinbart. Diese Vereinbarungen werden jedoch schon jetzt von der Direktion kaum mehr beachtet. Die Arbeitszeit ist durch das immer mehr überhandnehmende Ueberstundenunwesen auf 67, 70 und noch mehr Stunden gestiegen; wenn sich die Arbeiter weigern, Ueberstunden zu machen, werden sie entlassen. Die 10prozentige Lohnerhöhung ist zwar eingetreten, aber man hat es auf andere Weise verstanden, die Arbeiter um die Errungenschaft zu bringen. Am schlechtesten sind die im Tagelohn beschäftigten Hülfsarbeiter weggekommen; bei Versetzungen in andere Säle wird ihnen einfach der Lohn reduziert, weil sie im neuen Saal als „Anfänger“ betrachtet werden. Zwei überfüllte Fabrikversammlungen haben beschlossen, von der Direktion zu fordern, daß die Vereinbarungen vom vorigen Jahre eingehalten werden. Ferner wird für die im Lohn beschäftigten Hülfsarbeiter eine Teuerungszulage verlangt, so daß die verheirateten 35, die unverheirateten 33 Pf. Mindeststundenlohn bekommen.

Mit einem vollen Sieg ist der Ausstand der Glasarbeiter bei der Firma Reppert in Friedrichsthal beendet. Die bewilligten Forderungen bestehen in einer 10prozentigen Lohnerhöhung, Bezahlung der durch den Streik verlorenen Arbeitsschichten, Anerkennung der Glasarbeiterorganisation und Unterlassung etwa geplanter Maßregelungen. Dieser Sieg der Arbeiter wird wie eine Bombe beim saarabischen Scharfmachertum einschlagen. Sämtliche Arbeiter der Firma sind dem Glasarbeiterverband beigetreten. Wir marschieren auch im Saarrevier trotz alledem.

Versammlungen.

Die Automobildroschkenführer versammelten sich am Mittwoch bei Augustin, die Nachtfahrer am Vormittag, die Tagfahrer am Abend. Die Antwort des Polizei-Präsidenten auf die Petition der Automobilführer stand zur Beratung. Vom Vorstand des Vereins der Droschkenführer wurde bekannt gemacht, daß in der nächsten Woche eine allgemeine Versammlung der Droschkenkutscher und -Führer von Berlin stattfinden wird, in welcher diese Antwort und die beabsichtigten neuen Maßregelungen von seiten der Polizei besprochen werden sollen. Wie dem Vorstand mitgeteilt worden ist, verlangt die Polizei von den Einspännern Unterschriften, durch welche sie eine neue Ordnung anerkennen, die eine schwere Schädigung ihrer Interessen bedeutet. Der Streik vom 26. und 27. Februar hat in den hohen Polizeikreisen viel böses Blut gemacht und man verlangt jetzt von den Einspännern, daß sie damit einverstanden sein sollen, daß sie ihren Fahrschein verlieren, wenn sie jemals wieder streiken. In scharfen Worten wurde ein solcher Terrorismus der Polizei von der Versammlung zurückgewiesen. Was heute den Einspännern passiert, so sagte man sich, kann morgen bei den Automobilführern vorkommen. Der Vorstand erklärte, daß man nach Einholung juristischer Auskunft gegen den Polizeipräsidenten vorgehen werde und daß die Einspänner in einem Flugblatt gewarnt werden sollen, die von der Polizei verlangte Unterschrift zu geben. Es wurde von verschiedenen Seiten betont, daß die Polizei ebenso gut verlangen könne, es solle jemand sein Todesurteil unterzeichnen.

Die Antwort des Polizeipräsidenten an die Automobilführer wurde verlesen und als unbefriedigend verworfen. Die Polizei bestreitet, daß Drangsalierungen vorkommen und weigert sich, den Wünschen der Petenten nachzukommen. Die Behauptung des Präsidenten, daß im vorigen Jahre nur 14 Automobilführer wegen übermäßigen Zuschnellfahrens bestraft worden seien, wurde sofort als unrichtig festgestellt. Einer Aufforderung des Vorsitzenden folgend, standen allein in der Vormittagsversammlung 21 Mann auf, die zusammen 36 Strafmandate erhalten hatten. Der Vorsitzende machte darauf aufmerksam, daß mindestens ebensoviel bestraft worden seien, die nicht in die Versammlungen kommen.

Gegen die Belastung der Automobilführer durch hohe Steuern wurde entschieden Front gemacht. Nach der neuen Veranlagung werden über 3000 Mark Einkommen für einen Automobilführer angenommen und damit 104 Mark Steuern verlangt. Die Organisation wird dagegen Protest erheben, aber es ist notwendig, daß jeder einzelne bei der Steuerbehörde reklamiert. Es wurde erklärt, daß höchstens ein Einkommen von 1800 Mark angenommen werden könnte und davon noch viele Nebenausgaben in Abzug kommen.

Bei dieser Gelegenheit wurde darauf aufmerksam gemacht, daß bei 1500 M. Einkommen Kirchensteuern bezahlt werden müßten. Verschiedene Redner empfahlen eifrig den Austritt aus der Landeskirche für jeden, der die Kirche zu seinem Seelenheil nicht notwendig brauche und daher auch keine Veranlassung habe, Kirchensteuern zu bezahlen.

Die Versammlung nahm einen Antrag an, nach welchem die Mitglieder der Organisation sich verpflichten, alle Anzeigen, Strafen, und Maßregelungen von seiten der Polizei beim Vorstande zu melden. Wer sich Rat holen oder seine Reklamation gegen die Steuerveranlagung ausgefertigt haben will, findet bereitwilliges Entgegenkommen im Bureau der Organisation.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die Nachwahl in Kaiserslautern.

Bei der gestern stattgehabten Nachwahl im Kreise Kaiserslautern-Kirchheimbolanden erhielt nach einer Wolffschen Depesche **unser Genosse Klement 7568 Stimmen,** Schmidt (vereinigte Liberale) 7565 Stimmen, Roesicke (Bund der Landwirte) 6507 Stimmen und Kempf (Zentrum) 3784 Stimmen. Bei der Wahl 1903 erhielten wir im ersten Wahlgang 7000, die Freisinnigen 8024, das Zentrum 4228, Bund der Landwirte 6114 Stimmen. **Unsere Stimmenzunahme ist eine recht erfreuliche, sie beträgt 550 Stimmen. Unser Genosse Klement kommt demnach mit dem Liberalen in Stichwahl.**

Abgelehnte Auszeichnungen.

Paris, 21. März. (W. H.) Die Regierung hatte beabsichtigt, **verschiedenen Grubenarbeitern in Courrières, welche sich bei den Rettungsarbeiten hervorgetan hatten, das Kreuz der Ehrenlegion zu verleihen,** unter anderem dem **Abgeordneten Simon, welcher mehrere Kameraden mit eigener Lebensgefahr rettete.** Infolge einer Untersuchung hat die Regierung diesen Plan fallen gelassen, da sich herausstellte, **daß die Retter in ihrer Mehrzahl der sozialistischen Partei angehören und die Auszeichnung ablehnen würden.**

Attentat auf Polizeibeamte.

Riga, 21. März. (W. H.) **In Stubbensar ermordeten Revolutionäre einen Polizeibeamten und verwundeten dessen Schreiber schwer**

Solidarität.

Petersburg, 21. März. (Petersburger Telegraphen-Agentur.) **In Bielostok streiken die Arbeiter sämtlicher Druckereien. Sie verlangen die Freilassung von 23 gestern verhafteten Schriftsetzern.**

Aus der amtlichen Depeschenfabrik.

Petersburg, 21. März. Die Petersburger Telegraphen-Agentur erklärt, daß die von London und Odessa aus verbreiteten Privattelegramme, welche über eine angebliche **Meuterei von drei Regimentern in Moskau und einem Militäraufstande in Sebastopol berichten, von revolutionären Agitatoren in Petersburg fabriziert seien**

Schlachtopfer!

Odessa, 21. März. (W. H.) In Bessarabien werden für Ostern **Judenmassakres befürchtet.** Die Juden **können nicht flüchten, da die rumänische Regierung die Aufnahme derselben verweigert.**

Eine neue Grubenkatastrophe.

Denver (Colorado), 21. März. (W. H.) Dem „Evening Journal“ zufolge sind **32 Grubenarbeiter in Camp-Bird durch Explosion schlagender Wetter getötet worden.** 500 andere Arbeiter **sind verschüttet und es ist vorläufig nicht möglich, ihnen Hülfe zu bringen.** Man befürchtet eine schwere Katastrophe.

Verantw. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsblatt

Reichstag.

12. Sitzung vom Mittwoch, den 21. März, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstische: Niemand.

Nachdem der Präsident, Graf **Ballestrem**, dem verstorbenen Abg. Lenzmann einen kurzen, kühlen Nachruf gewidmet hat, tritt das Haus in die Tagesordnung ein.

Erster Punkt ist der Antrag Liebermann v. Sonnenberg (Wirt. Ver.) und Genossen, welcher lautet:

„Die verbündeten Regierungen werden ersucht, durch Vermittelung des Reichsamtes des Innern Maßnahmen der Bundesregierungen herbeizuführen, wodurch die allen Reichsangehörigen durch Landesgesetze und den § 17 des Reichswahlgesetzes gewährleistete Versammlungsfreiheit wirksam vor gewaltsamen Störungen geschützt ist."

Abg. **Liebermann v. Sonnenberg**: Am vorigen Mittwoch wurde hier das Lob der Freiheit in allen Tonarten gesungen. Auch unser Antrag will eine verfassungsmäßige Freiheit sichern. Aber in einem hochzivilisierten Lande kann Freiheit nicht ohne Ordnung existieren. Die landesgesetzlichen Vereinsrechte sind sehr verschieden, und es ist oft schwierig, zu wissen, nach welchem Rechte man sich richten soll, wenn man irgendwo eine Versammlung abhalten will. Dennoch hat ein Reichsvereinsgesetz große Bedenken, da es sich dabei nur um eine mittlere Linie handeln kann und seine Einführung daher für viele Gegenden einen Rückschritt bedeuten würde. Deshalb wollen wir nur, daß die verbündeten Regierungen sich über gemeinsame Polizeivorschriften einigen. Jetzt gelingt es oft einer Sprengkolonne, die Versammlung zur Auflösung zu bringen, lediglich weil die geltenden Bestimmungen ihr nur allzu günstig sind. Von der Polizei sollten in erster Linie die Veranstalter geschützt werden. Gelegentlich sprengen auch Bürgerliche die Versammlungen anderer Bürgerlicher oder Sozialdemokraten, wie z. B. die Fortschrittler einst gern die Lassalleanischen Versammlungen. Am meisten aber werden die Lücken der Gesetzgebung von der Sozialdemokratie zu einer Art Gewaltherrschaft benutzt. Ich habe in 3000 Versammlungen in 28 Jahren gesprochen und habe vielleicht die größte Versammlungspraxis. In Lörrach sprach, um mich zu stören, der Sozialdemokrat Rüdt gleichzeitig mit mir, weil wir die Bureauwahl versagt hatten. In Danzig schrien die Sozialdemokraten „Hallo! Bureauwahl!" Sie wußten aber gar nicht, was „Bureauwahl" ist. Mit Ausnahme des § 4 des sächsischen Versammlungsgesetzes und einer Bestimmung des badischen Gesetzes gibt es überhaupt keine Vorschrift über die Bureauwahl. In Erfurt schrieb nach dem Tumult die sozialdemokratische „Tribüne" wie zur Entschuldigung: wir (Arbeiter) wären verpflichtet gewesen, Bureauwahl stattfinden zu lassen, dann wäre alles friedlich verlaufen. **Die Sozialdemokraten bekommen ja aber doch stets Redefreiheit**, die sie allerdings oft mißbrauchen. Es müßte bestimmt ausgesprochen werden, daß der Vorsitzende unter allen Umständen das Hausrecht besitzt und daß die aufsichtsführenden Beamten verpflichtet seien, auf Wunsch des Vorsitzenden ruhestörende Personen festzustellen und eventuell zu entfernen.

Abg. **Baudert** (Soz.):

Mit dem Kern des Antrages könnten wir einverstanden sein, da wir stets für den Schutz der Versammlungsfreiheit eingetreten sind. Wir haben uns vor allem stets gegen gewaltsame Störungen der Versammlungsfreiheit durch die Behörden vor oder nach Beginn öffentlicher Versammlungen ausgesprochen. Unter solchen Störungen haben vor allem die Sozialdemokraten und die Gewerkschaften zu leiden. Aber die Begründung des Herrn Vorredners erinnert an das alte Wort: Wer im Glashause sitzt, soll nicht mit Steinen werfen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich erinnere an die Notiz, die vor kurzem durch die Presse ging über die Störung einer Versammlung, in der Professor Dr. Neisser aus Breslau über das Thema „Ehe und Geschlechtskrankheiten" in Stettin sprechen sollte. Nach dem Bericht der „Ostsee-Zeitung" sind dort unerhörte Skandalszenen von den Antisemiten planvoll inszeniert worden. Sie schreibt: „Als der Gelehrte das Podium betrat, um seinen Vortrag zu beginnen, erhob sich plötzlich in dem dicht gefüllten Saale und auf den Galerien ein wahrer Höllenlärm: Schreien, Pfeifen, Johlen, dazu ununterbrochene Rufe: „Juden raus!" (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Auch wir Sozialdemokraten haben schon wiederholt die Erfahrung gemacht, daß die Antisemiten, wenigstens ein Teil von ihnen, sich sehr gut darauf verstehen, die Versammlungsfreiheit zu vernichten. Ich erinnere mich noch sehr lebhaft einer Versammlung vor ungefähr 15 Jahren, wo Herr Abg. Liebermann v. Sonnenberg in meiner Vaterstadt das Referat übernommen hatte und wo von der Leitung dieser Versammlung im Voraus darauf hingewiesen wurde, daß diejenigen, die bei einem gewissen Hoch sitzen bleiben wollten, das ruhig tun sollten. Als dies aber getan wurde, wurde nachher von antisemitischer Seite der Versuch gemacht, die betreffenden wegen Majestätsbeleidigung zu denunzieren! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich erinnere auch daran, daß unter dem Sozialistengesetz in Berlin es meinen Parteigenossen unmöglich war, in Versammlungen zu sprechen, weil sie jedesmal von Antisemiten daran verhindert wurden. Es ist auch bekannt, daß sich die antisemitischen Handlungsgehülfen vor allem dadurch auszeichnen, daß sie die Versammlungen von Handlungsgehülfen anderer Vereinigungen systematisch sprengen. In den Jahren 1893 und 1898 haben sich besonders in Sachsen die Antisemiten in der Sprengung sozialdemokratischer Versammlungen hervorgetan. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Und nicht nur die Antisemiten allein, sondern auch Angehörige anderer bürgerlicher Parteien verfolgen diese Praxis dort, wo sie sich in der Mehrheit befinden. Mir selbst ist es durch Anhänger des Bundes der Landwirte, durch Konservative und auch durch andere Parteien wiederholt unmöglich gemacht worden, zu reden. Ich weiß nicht, ob bei anderen Parteien von der Parteileitung dasselbe geschieht wie bei uns. Vor jeder Reichstagswahl werden von unserem Parteivorstand an die Vertrauensmänner Zirkulare versandt, in welchen ausdrücklich darauf hingewiesen wird, daß die Parteigenossen Versammlungen, von welchen sie durch Inserate oder Plakate ausdrücklich ausgeschlossen werden, meiden sollen. Das wird in den allermeisten Fällen getan. Und wenn derartige Vorgänge, wie sie der Herr Liebermann v. Sonnenberg vorgetragen hat, wirklich vorgekommen sind, dann sind dafür andere Ursachen maßgebend gewesen. Zu Anfang der 90er Jahre fuhr übrigens der freisinnige Agitator Dr. Fränkel in ganz Thüringen mit der bestimmten Weisung umher, sozialdemokratische Versammlungen unmöglich zu machen.

Wie lagen denn die Dinge bei der letzten Eisenacher Wahl im November vorigen Jahres? Wenn alles so wäre, wie Herr Liebermann von Sonnenberg vorgetragen hat, dann würde ich ja selbst sagen, es sei von meinen Parteigenossen dort über den Strang gehauen worden. Aber von dem, was ich im Landtage gesagt habe, habe ich kein Wort zurückzunehmen. Ich kann mich auf Ausführungen unserer Gegner, der Nationalliberalen, dafür berufen, daß die Antisemiten sich bei der Wahl von vornherein einer groben Irreführung der Wählermassen im Eisenacher Kreise schuldig gemacht haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der nationalliberale Professor Dr. Flex hat selbst betont, daß — was Herr von Liebermann bestritten hat — die Sozialdemokraten wohl das Recht gehabt haben, bei der ersten von den Antisemiten einberufenen Versammlung Bureauwahl zu verlangen. Er gibt zu, daß die Sozialdemokraten durch die Antisemiten unnötig gereizt und erbittert worden sind, daß die Antisemiten die Versammlung **unter falscher Flagge** einberufen haben, indem sie sich als Vertreter der „vereinigten nationalen Parteien" ausgaben und so die Wählermassen beschwindelten, da ja die Nationalliberalen, ebenso wie die Freisinnigen, ihren **besonderen** Kandidaten aufgestellt hatten! Das Organ der Freisinnigen, die „Eisenacher Tagespost", schrieb am 28. Oktober: „Die ärgsten Schwindler und die dummdreistesten Volksbetrüger sind, wie ihre eigenen früheren Parteigenossen festgestellt haben, die Antisemiten. Der Beweis ist unschwer zu erbringen." Der Bezirksdirektor Geheimrat Krausseller hat ja nachher eine Erklärung losgelassen, worin er die ganze Schuld auf die Sozialdemokraten schiebt. Ein Beweis für seine „Objektivität" aber ist, daß er die freisinnige „Eisenacher Tagespost", die seiner Darstellung der Vorgänge entgegengetreten war, als sozialdemokratisches Blatt bezeichnet hat. Die Hauptschuld, daß es bei der Wahl überhaupt zu Unruhen kommen konnte, lag an dem provokatorischen Vorgehen der Behörden. Der Bürgermeister von Eisenach ließ vor der Wahl den Aufruhrparagraphen anschlagen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Es ist auch nicht widerrufen, daß der Bezirksdirektor und der Departementschef in der Nähe des antisemitischen Wahllokals auf einem Ballon Posto gefaßt hatten, um die zu erwartende „Revolution" aus der Nähe zu beobachten. Der ganze Vorgang ist in Wirklichkeit nichts als ein harmloser Wahlulk gewesen, wie er, wenn einige tausend Menschen sich zusammenfinden, sehr wohl vorkommen kann. Die Vorgänge sind dann gleich am nächsten Tage durch ein Flugblatt der Antisemiten in ungeheuerlicher Weise aufgebauscht worden, wie die freisinnige „Tagespost" zugegeben hat. Daß die Antisemiten übrigens den größten Teil der Schuld an den Störungen getragen haben, ist durch die Preßerörterungen festgestellt, die bis in die letzte Zeit zwischen dem Bezirksdirektor und dem nationalliberalen Dr. Flex gepflogen worden sind. Wenn die Sache so läge, wie Herr Liebermann von Sonnenberg sie darstellt, so würden auch die Nationalliberalen zweifellos die Schuld auf uns schieben. Aber wenn die bürgerlichen Parteien auch alle stammesverwandt sind, um eine Nuance anständiger als die Antisemiten sind die Nationalliberalen in Eisenach, wie es scheint, doch noch. Den Befähigungsnachweis, daß sie es verstehen, die Versammlungsfreiheit zunichte zu machen, haben die Antisemiten längst erbracht. Und wenn sie nun diesen Antrag mit solchen Motiven hier stellen, so setzen sie damit der politischen Heuchelei und der antisemitischen Schaumschlägerei die Krone auf. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Giesberts** (Z.): Nachdem der Reichstag so oft ein freiheitliches Reichs-Vereinsgesetz gefordert hat, kann er unmöglich jetzt für diesen lahmen Antrag stimmen. Ich möchte den Antrag daher abgelehnt wissen, so bedauerlich die Ruhestörungen, die die Veranlassung zu dem Antrage gegeben haben, auch sind. Nach meiner Erfahrung kommt bei öffentlichen Wahlversammlungen überhaupt nichts heraus. — **In Essen war der Wahlkampf besonders heiß; trotzdem ist keine unserer Versammlungen von den Sozialdemokraten gestört worden.** (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Sozialdemokraten dachten sich wohl, für jede Versammlung, die sie uns stören, würden wir ihnen auch eine gesprengt haben. (Große Heiterkeit.) Die Befugnisse der Polizei zu erhöhen, wie es der Antrag will, halte ich für sehr bedenklich. Die Polizei kann Exzesse ja gar nicht hindern. Sie kann nur die Exzedenten nachher feststellen, wenn es nicht zu viele sind. Sind da 1200 Menschen, die Lärm machen, so kann die Polizei nichts tun, es müßte denn vorher der ganze Saal mit Polizisten besetzt werden. Und da nehme ich doch lieber ein wenig Tumult auf mich, als eine solche Ueberwachung. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.) Viel wichtiger, als der vorliegende Antrag, wäre ein Antrag auf besseren Schutz des Koalitionsrechtes gegen Großkapitalisten! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Den Terrorismus der Sozialdemokratie, der den Reaktionären nur Wasser auf die Mühle liefert (Sehr wahr! bei den Freisinnigen), will ich auf der anderen Seite durchaus nicht leugnen. Er ist es, der in letzter Linie den freiheitlichen Ausbau des Koalitionsrechtes hindert. (Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Abg. **Patzig** (natl.) spricht ebenfalls gegen den Antrag und weist darauf hin, daß dieser das Datum des 7. Dezember trägt, also unmittelbar nach den bedauerlichen Eisenacher Vorkommnissen geboren ist! Die Annahme des Antrages würde das Reichs-Vereinsrecht für lange Zeit verhindern. Ich bin nicht in der Lage, die Schuld an den Eisenacher Tumulten einseitig auf die Schultern der Sozialdemokraten zu wälzen. (Hört! hört! links.) Die Antisemiten ließen die auch im politischen Leben notwendige „Firmen-Reinheit" vermissen. (Lebhafte Heiterkeit.)

Abg. Dr. **Porzig** (k.) ist trotz vieler Bedenken für den Antrag: die Versammlungsfreiheit muß vor allem gegen die Angriffe von unten geschützt werden. Eine Vertiefung über das innere Wesen der Sozialdemokratie würde zur Vertiefung unseres innerpolitischen Lebens wesentlich beitragen! Sie, meine Herren Sozialdemokraten, erkennen ja das Recht auf freie Meinungsäußerung sehr oft nicht an, sowohl in Ihren eigenen Reihen (Heiterkeit) als auch sonst. Derselbe Geist, der in den Eisenacher Tumulten geherrscht hat, wurde bei den Zolltarifdebatten 1902 auch hier ins Haus getragen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Wissen Sie ja gar nicht! Waren ja noch gar nicht hier! Große Heiterkeit.) Bei meiner Wahl haben allerdings die Sozialdemokraten nur an einem Tage Krakeel gemacht, und das nehme ich ihnen nicht übel, weil am Tage vorher Bebel da war. Da war ihre Aufregung erklärlich. (Heiterkeit und Beifall bei den Konservativen.)

Abg. **Raab** (Antis.): Auch wir sind für eine Regelung dieser Materie durch Reichsgesetz. Bis diese kommt, ist es gut, Vorsorge zu treffen durch Annahme unseres Antrages. Auch die Sozialdemokraten haben doch schon üble Erfahrungen mit den Versammlungen gemacht. Weshalb greifen sie denn die Antragsteller an? Der Vorgang in Eisenach hatte bei uns, den frohen Siegern, keinen Einfluß auf die Stellung des Antrages. Wir haben nur kleine Versammlungen in Eisenach einberufen, weil wir da den **Mob, die beste Truppe der Sozialdemokratie**, fernhalten konnten. Ich habe einmal ein paar Obergenossen aufgefordert, den Saal zu verlassen; sie blieben ruhig in ihrem Haufen stehen und skandalierten weiter. Ich war damals noch jünger und denunzierte sie wegen Hausfriedensbruches — ich erkläre: ich tue es nicht wieder! (Heiterkeit.) Die Folge war, daß der ganze Haufen als Zeugen bekundete, die beiden hätten aus dem Haufen nicht herauskönnen. (Heiterkeit.) Sie wurden freigesprochen.

Abg. **Bernstein** (Soz.):

Wenn der vorliegende Antrag wirklich nur den Zweck hätte, die Versammlungsfreiheit sicher zu stellen, würde er keine energischeren Verteidiger gefunden haben als uns. Wir halten das Recht der freien Versammlung hoch und wollen der Redefreiheit in den Versammlungen den höchsten Schutz gewähren. Wenn der Abg. Raab von einem „wüsten Treiben" mit Bezug auf die Sozialdemokraten gesprochen hat, so ist das das Höchste an Entstellung, was zu leisten ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es gibt keine Partei, die so sehr Redefreiheit gewährt, wie die Sozialdemokratie. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten. Gelächter rechts.) Ich habe noch keiner Versammlung unserer Partei beigewohnt, in der der Vorsitzende nicht wiederholt zur Ruhe mahnte, wenn ein Gegner sprechen wollte. Ausschreitungen des Temperaments mögen vorkommen. Darum aber nach einem Ausnahmegesetz zu rufen, dazu liegt absolut kein Anlaß vor. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die beste Möglichkeit, das Recht der Versammlungsfreiheit sicher zu stellen, ist die Sicherheit der Versammlungsgelegenheit. Wie steht es aber damit in Deutschland? Wissen denn die Antragsteller nicht, daß es in Deutschland noch Staaten gibt, in denen von der Gewährleistung einer Versammlungsfreiheit gar keine Rede ist? Wenn sie es wissen, dann mögen sie doch einmal erst dafür sorgen, daß in diesen Staaten die Versammlungsfreiheit gewährt wird. Es kommt nicht darauf an, ob die Versammlungsfreiheit nach dem Buchstaben des Gesetzes besteht, sondern darauf, ob sie in der Praxis auch vorhanden ist. Da ist es aber doch nicht unbekannt, wie sehr gerade die Sozialdemokratie unter einem schweren Druck zu leiden hat, wie die Gastwirte beeinflußt werden, ihre Lokale nicht zur Verfügung zu stellen usw. Wie ganz anders ist es in England. Dort gibt es gar kein besonderes Versammlungsrecht, weil völlige Versammlungsfreiheit besteht. In den großen öffentlichen Parks sind Räume errichtet, die für Versammlungen bestimmt sind. Und wenn einmal ein Umzug veranstaltet werden soll, da wird nur dem Polizeioffizier Mitteilung gemacht, damit er dafür sorgen kann, daß der Umzug nicht durch den Wagenverkehr gestört wird. Man hat auf Trafalgar Square verwiesen und gesagt: dort seien Versammlungen verboten. Das Verbot ist aufgehoben, es finden dort wieder Versammlungen statt. In der Schweiz gibt man Schulen, Kirchen, selbst Gerichtsgebäude für Arbeiterversammlungen her. Und noch nie hat sich eine Partei beschwert, daß die Sozialdemokratie das Versammlungsrecht nicht achtet. In Deutschland gibt es außerordentlich wenig öffentliche Gebäude, die allen Parteien gleichmäßig zur Verfügung gestellt werden. Eins der wenigen ist das in Jena von dem verstorbenen Professor Abbé, der kein Sozialdemokrat war, gestiftete Volkshaus. Daß das Temperament einmal überströmt, kommt natürlich bei **den** Klassen am ehesten vor, die in der Opposition stehen, die mit der ganzen Glut ihres Herzens das öffentliche Leben verfolgen. Wo die Temperamentsausbrüche dazu führen, das Versammlungsrecht anderer zu stören, wird das von uns auf das schärfste zurückgewiesen. Aber es gibt noch in allen Städten neben den organisierten Mitgliedern der Sozialdemokratie eine große Menge unorganisierter Arbeiter oder sonstiger Elemente, die der Sozialdemokratie nahe stehen, über die wir aber keine Gewalt haben. Solche Vorfälle sind Dinge, die ein Volk, das auf Freiheit achtet, mit in den Kauf nimmt. Sie sind außerordentlich unbedeutend und harmlos im Verhältnis zu dem, was früher beim öffentlichen Wahlkampf in England Sitte gewesen ist. Da haben die größten Politiker wie Peel, Gladstone usw. es sich gefallen lassen müssen, daß sie mit irgend welchen Gegenständen beworfen und niedergeschrien wurden, aber keinem von ihnen ist es jemals eingefallen, nach der Polizei zu schreien oder nach Ausnahmegesetzen zu rufen. Sie haben sich gesagt: die Freiheit des Landes steht uns höher als die Beseitigung dieser kleinen Unbequemlichkeiten. Noch neuerdings haben Balfour und Chamberlain in öffentlichen Versammlungen sprechen müssen, die wegen stürmischen Verlaufs aufgehoben wurden.

Das Versammlungsrecht zu beschränken, ist das Ziel des vorliegenden Antrages. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es war sehr interessant, daß Herr Liebermann von Sonnenberg selbst nicht wußte, wie denn nun eigentlich auf Grund seines Antrages die Versammlungsfreiheit geschützt werden sollte. In der Praxis läuft der Antrag auf nichts anderes heraus als auf Ausnahmegesetze gegen die der jeweiligen Polizeibehörde unliebsame Partei. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Herr Raab ist in der ausführlichsten Weise auf die Vorgänge in Eisenach eingegangen und hat das Zeugnis des „Eisenacher Tageblatts" zu entwerten gesucht. Ich bin **auch** in Eisenach gewesen, am Tage nachdem die betreffende Versammlung stattgefunden hat, und ich kann bestätigen, daß die Entrüstung über das Treiben der Partei, die Herrn Schack aufgestellt hatte, in den Kreisen der Liberalen noch größer war als bei uns; vor allem darüber, daß jene Partei sich „vereinigte nationale Partei" nannte, während doch Nationalliberale und Freisinnige, die eigene Kandidaten hatten, zweifellos auch „national" sind. Die nationalliberale „Eisenacher Zeitung" vom 5. November, also noch **vor** jener Versammlung, berichtet über eine antisemitische Versammlung in Tivoli, wo ein Nationalliberaler, der gegen die parteiische Geschäftsführung des Vorsitzenden Protest erheben wollte, aufgefordert wurde, binnen 5 Minuten den Saal zu verlassen! (Hört! hört!) Als er sich wieder zum Wort meldete, rief ihm Herr Liebermann von Sonnenberg zu: **„Sie kennen wohl den Paragraphen vom Hausfriedensbruch nicht?"** (Hört! hört!) Und ein jüngerer Antisemit wollte sogar Hand an den Nationalliberalen legen. Die Sozialdemokratie hatte ihre Anhänger gewarnt, in die Versammlung zu gehen. Es hatten sich aber doch eine Anzahl Indifferenter gefunden, die die Karten benutzten. Aus den Vorkommnissen ist dann in der unerhörtesten Weise Kapital geschlagen worden.

Herr Giesberts hat ganz recht, wenn er sagt, die Hauptsache wäre, daß die Versammlungsleiter nicht die Geduld verlören. Es liegt also absolut kein Grund vor, aus solchen Vorgängen heraus gesetzliche Bestimmungen zu fordern. Gerade dadurch, daß die Beamten eingreifen, wird gewöhnlich die Erregung nur erhöht. In Berlin ist die Polizei schon dahinter gekommen, daß es ganz überflüssig ist, in alle Versammlungen Beamte zu schicken. Ich wiederhole nochmals, daß das, was hier vorgeführt ist, so untergeordnet ist, daß es Kautschukbestimmungen, wie die vorgeschlagenen, nicht rechtfertigt. Wir werden diesem Antrag deshalb unter keinen Umständen zustimmen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Schrader** (frs. Vg.): Was im Anfang in Abrede gestellt wurde: daß die Eisenacher Versammlungen nicht die Veranlassung zu dem Antrag gegeben hatten, ist durch die Diskussion bewiesen. Auch die Rede des Herrn Raab hat einen Nachweis dafür geliefert. (Sehr gut! links.) Das Schlimmste wäre die Durchführung der Anregungen des Abg. Liebermann von Sonnenberg, die darauf hinausliefen, den Vorsitzenden zum Polizeibeamten zu machen.

Der Antrag will einfach die Versammlungen in höherem Maße als bisher unter polizeiliche Aufsicht stellen. (Sehr richtig! links.) Der Antrag zeigt keinen Weg zu einer größeren Versammlungsfreiheit in Deutschland, sondern einen Weg, der in entgegengesetzter Richtung führt. (Beifall links.) Meine Partei kann dazu nicht die Hand bieten.

Abg. **Sindermann** (Soz.):

Es ist erstaunlich, daß gerade von den Antisemiten Klagen über Störungen der Versammlungen vorgebracht werden, von der Partei, die aufs skrupelloseste die Versammlungen stört und besonders in Sachsen **Sprengkolonnen** organisiert hat. In den ersten Versammlungen, die die Antisemiten in Dresden und Umgegend abhielten, wurden die Sozialdemokraten, wenn sie sich zum Wort meldeten, sofort vom Podium heruntergeworfen! In einem anderen Wahlkreise wollte man unseren Kandidaten schon auf dem Wege mit Steinen schmeißen. Dagegen werden mir die Konservativen bestätigen, daß es Wahlkreise gibt, in denen die Konservativen unsere Versammlungen nicht stören und wir die ihrigen nicht. Ich habe es noch vor kurzem erlebt, daß sich in einem Wahlkreise 6 konservative Redner in einer sozialdemokratischen Versammlung in die Rednerliste eintragen ließen. Es ist in dieser Versammlung zu keiner Störung gekommen. Wir hindern die Gegner niemals, das Wort zu nehmen. Einzelne Störungen können allerdings einmal vorkommen, wenn Redner derart verallgemeinern, wie es der Abg. Liebermann v. Sonnenberg zu tun pflegt. Wir werden gegen diesen Antrag stimmen, weil durch ihn die Handhabe zu einer Erdrosselung des Vereins- und Versammlungsrechts gegeben wird. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Lattmann** (Wirt. Ver.): Von der Freiheit, die die Sozialdemokratie will, bekommt man sehr eigenartige Gedanken, wenn es einem so gegangen ist wie mir: In Melsungen traten mir sozialdemokratische Maurer mit Mauersteinen gegenüber, sodaß meine Freunde den Revolver ziehen mußten. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Schöne Versammlungsfreiheit mit Revolvern!) Als ich Kassel gegen den **sozialdemokratischen Schwindel von der Fleischnot** sprechen wollte, sprangen die sozialdemokratischen Arbeiter mit aufgekrempelten Rockärmeln auf mich zu, sodaß ich unter Zurücklassung meines Hutes schleunigst das Weite suchen mußte. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten. Große Unruhe.) Die Eisenacher Krawalle waren durchaus nicht unschuldiger Natur. Dieser Ernst einte alle bürgerlichen Parteien. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Fragen Sie einmal die Führer des evangelischen Arbeitervereins, welche noch tagelang mit dickgeschwollenen Augen

umherliefen, fragen Sie den Schutzmann, der hinausgeworfen wurde! Die Sozialdemokraten hatten zum größten Teil Stöcke und Schlagringe bei sich. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Und Sie hatten Revolver!)

Abg. **Stücklen** (Soz.):

Wenn man die soeben gehörte Agitationsrede des Abg. Lattmann sich genauer besieht, so merkt man darin den antisemitschen Agitationsreisenden so recht wie er leibt und lebt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich kann es mir schwer vorstellen, wie eine Versammlung sich die Hemdärmel aufgekrempelt haben und auf den Abg. Lattmann losgegangen sein soll. Bis er mir den Beweis bringt, bestreite ich es. (Großer Tumult rechts, sodaß die folgenden Sätze des Redners unverständlich bleiben.) In Sachsen waren gerade die Antisemiten an den Versammlungsstörungen schuld. Das geht schon daraus hervor, daß die Ausschreitungen in Sachsen von der Tagesordnung verschwunden sind, seitdem die antisemitische Partei zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken ist. Daß es einer unserer Programmpunkte sei, noch ruppiger zu werden als bisher, ist eine Behauptung, die der Herr Vorredner wider besseres Wissen gemacht hat . . .

Präsident Graf **Ballestrem**: Einen solchen Vorwurf dürfen Sie einem Abgeordneten nicht machen.

Abg. **Stücklen** (fortfahrend): Ich kann mir keine ungeeigneteren Richter der Versammlungsfreiheit denken, als gerade die Herren von der antisemitischen Partei. Als ich Ihren Antrag las, dachte ich: Jetzt gehen die Herren ja gegen sich selber vor; denn gerade sie stören ja immer die Versammlungen! (Heiterkeit links.) Zum Beweise dafür, daß unter Umständen die Sozialdemokraten auch für antisemitische Redner eintreten, will ich Ihnen folgendes erzählen: Als einmal in einer Versammlung die Absicht bestand, den antisemitischen Redner mit faulen Aepfeln zu bewerfen, da redete ich den Leuten gut zu und sagte ihnen, faule Aepfel hätten doch immerhin einen gewissen Wert, sodaß man nicht verschwenderisch mit ihnen umgehen sollte. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Die Anzahl der Versammlungen, die die Antisemiten in Sachsen gesprengt haben, läßt sich gar nicht angeben. Wir haben wieder einmal das Märchen vom sozialdemokratischen Terrorismus gehört. Die Sache liegt aber so, daß Sie in unseren Versammlungen stets die größte Redefreiheit genießen. Sie dürfen aber die Versammlungen auch nicht beleidigen. Ich habe es oft erlebt, wie antisemitische Diskussionsredner in den sozialdemokratischen Versammlungen die Anwesenden künstlich aufgepeitscht haben, wie sie ihnen eine Beleidigung nach der anderen an den Kopf warfen! Da kommt man doch zu der Ueberzeugung, daß Sie nur deshalb in unsere Diskussionen eingreifen, um die Versammlungen zu sprengen. Wie aber geht es in den antisemitischen Versammlungen zu? Auf den Anschlägen prangt das Wort: „Volle Redefreiheit." Das geschieht, um die Versammlung voll zu bekommen. Dann reden aber ein paar Antisemiten hintereinander eine oder mehrere Stunden lang. Erst dann kommt ein Sozialdemokrat zum Worte — mit 10 Minuten Redezeit! Man kann in 10 Minuten natürlich nicht alles widerlegen, was in ein, zwei Stunden gesagt wird. In Ihren Zeitungen aber heißt es dann: Der Sozialdemokrat wurde gründlich abgeführt!

Wenn man den Vorsitzenden ein größeres Recht einräumen will, dann wäre es das beste, man rüstet sie mit einer Pickelhaube aus, oder man setzt am einfachsten gleich den Schutzmann als Vorsitzenden hin. (Heiterkeit.) Herr Raab meinte, daß Herr Schack außer von den Antisemiten auch von den Christlich-Sozialen, den Deutsch-Sozialen, der Mittelstandspartei usw. aufgestellt gewesen sei. Was sind das aber anders als die verschiedenen Gruppen der antisemitischen Partei? (Widerspruch bei den Antisemiten; Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sie wollen mit dem Antrag einerseits größere Versammlungsfreiheit, andererseits wollen Sie dem Vorsitzenden mehr polizeiliche Befugnisse einräumen. Polizei und Freiheit passen aber zusammen wie die Faust aufs Auge. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. **Burckhardt** (Wirt. Ver.): Als ich einmal in einer Versammlung im Rheinland sprechen wollte und das Wort zu meinem Vortrag erhielt, riefen die Sozialdemokraten ununterbrochen: Bureauwahl! Bureauwahl! Als der Vorsitzende nur Ruhe verschaffen wollte, entstand ein solcher Tumult, daß der Polizeibeamte die Versammlung aufgelöst hat.

Abg. **Schack** (Antisemit): Behauptungen wie die, antisemitische Handlungsgehülfen seien als Sprengkolonnen organisiert, gehören zum innersten Wesen der Sozialdemokratie und haben deshalb mit Wahrheit nichts gemein. So etwas sollten die Sozialdemokraten beweisen.

Abg. **Reißhaus** (Soz.):

Wir sind die einzige Partei, die allen Gegnern volle Redefreiheit gewährt. Wir laden die Gegner ein, aber sie hüten sich meist zu kommen, weil sie ganz genau wissen, daß sie schlecht abschneiden würden. Noch neulich hat der antisemitische Redner Hans v. Mosch in einer Versammlung in der unsinnigsten Weise einen einundeinhalbstündigen Vortrag gegen die Sozialdemokratie gehalten. Wir haben ihn ruhig reden lassen. In welcher anderen Partei wäre so etwas möglich gewesen? (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Dagegen war ich in letzterer Zeit vielfach in Versammlungen anderer Parteien, die wirkliche Radauversammlungen waren, bei uns Sozialdemokraten dagegen war es stets ruhig. Wo gibt man uns einmal Gelegenheit, in einer gegnerischen Versammlung zu sprechen? Es zeugt von einem schlechten Geschmack der Antisemiten, daß sie gerade die Vorgänge in Eisenach benutzen, um gegen die Versammlungsfreiheit vorzugehen. Niemals kamen die Dinge einer Partei so passend wie den Herren Antisemiten die Vorgänge in Eisenach. Vielleicht wäre Herr Schack ohne diese Vorfälle nicht in den Reichstag gekommen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Am Abend vor der antisemitischen Versammlung fand in demselben Lokal, dem Tivoli, eine sozialdemokratische Versammlung statt. Da standen vor dem Versammlungslokal Flugblattverteiler, die antisemitische Flugblätter verteilten. Wären wir so vorgegangen, man hätte die Flugblattverteiler von der Tür verjagt. Wir gehen in die gegnerischen Versammlungen. Wo hat einmal der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie das gleiche getan? Er hütet sich, die ihm gewährte Versammlungsfreiheit zu benutzen, und begnügt sich damit, allerhand Flugblätter in die Welt zu setzen. Der vorliegende Antrag zeigt die ganze Rückständigkeit der Antisemiten, die solche Vorgänge benutzen, um nach Polizeimaßregeln zu schreien. Dabei haben die Herren Antisemiten sich selbst mit ihrem Antrag einen sehr schlechten Dienst erwiesen. Die Folgen werden sich bei der nächsten Wahl in Thüringen zeigen. — Mir ist zuverlässig berichtet, daß der Abg. Burckhardt sich irrt, wenn er meint, eine seiner Versammlungen im Rheinland wäre durch Sozialdemokraten gestört worden; es sollen liberale Steiger und Grubenaufsichtsbeamten gewesen sein, die den Spektakel gemacht haben. Ich kann nur wünschen, daß die heutigen Verhandlungen dazu beitragen, die Gegner zu bestimmen, uns auch in ihren Versammlungen zu Worte kommen zu lassen, denn nur das Gefühl, ungerecht behandelt zu werden, erzeugt Verbitterung. Behandelt man uns gerecht, dann hat man wahrhaftig keine Ursache, nach Polizei zu rufen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Zimmermann** (Antisemit): Wir Reformparteiler haben den Sozialdemokraten stets das Wort gegeben. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Herr Horn hat Stundenlang bei uns gesprochen. Ihre Sprengkolonnen haben wir aber zur Abkühlung an die frische Luft befördert. (Beifall rechts; große Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Horn** (Soz.):

Der Antisemitismus des Herrn Zimmermann hat in Sachsen vollständig abgewirtschaftet. (Lachen bei den Antisemiten. Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn Sie behaupten, daß 1893 die Sozialdemokraten in Ihren Versammlungen Redefreiheit gehabt hätten, so ist das eine objektive Unwahrheit. Ich selbst habe vielfach gebeten, man möge mir wenigstens 10 Minuten Redefreiheit gewähren, länger als 5 Minuten hat man mich aber nie reden lassen. (Zuruf rechts: Das ist auch lange genug!) Mit Steinen und mit Aepfeln ist nach uns geworfen worden. Das sind so antisemitische Kunststückchen, und so wie in Sachsen wird die Partei des Herrn Zimmermann überall abwirtschaften. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Schöpflin** (Soz.):

Ich habe selbst in Versammlungen mit Herrn Zimmermann diskutiert. Zweimal mußte er mir wenigstens eine halbe Stunde Redezeit geben, da er selbst Kandidat war und sich als solcher nicht zu sehr bloßstellen konnte. Gerade Herr Zimmermann aber ist bei den Arbeitern in Sachsen bekannt wegen seiner maßlosen Agitation dort, wo er sich nur einigermaßen sicher fühlt und annehmen kann, daß nicht besonders viel Gegner anwesend sind. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Hoffmann-Berlin** (Soz.):

Gerade die Antisemiten haben an Terrorismus das Möglichste geleistet, mehr als andere Parteien selbst in ihren sogenannten Flegeljahren — ein Wort, das wohl am besten auf die antisemitische Partei paßt. (Heiterkeit und Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich erinnere nur an Ihren Führer Iskraut in Berlin. In einer Versammlung hatten, wie die Polizei festgestellt hat, die antisemitischen Teilnehmer 2000 Steine in Taschentücher gebunden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Herr Iskraut stand auf einem Stuhl am Fenster und gab jedesmal das Signal, wenn ein sozialdemokratischer Redner sprechen wollte. Dann wurden Lieder angestimmt, wie: „Heil dir im Siegerkranz" und: „Nun danket alle Gott". (Große Heiterkeit.) Herr Liebermann von Sonnenberg hat auch einige Erfahrungen auf diesem Gebiete. Er kennt vielleicht den Referenten, der in einer Versammlung verspricht, Redefreiheit zu geben und — wenn dann das Referat vorüber ist — erklärt: „Sie werden uns doch nicht für so dumm halten, daß wir vorher Nein sagen, dann hören Sie ja das Referat nicht ruhig mit an!" (Hört! hört!) Herr Liebermann von Sonnenberg wird auch wissen, wer auf einen rein sachlichen Zwischenruf in einer Versammlung mit 3 Monaten Gefängnis wegen Hausfriedensbruchs gedroht hat. (Hört! hört! Abg. Liebermann von Sonnenberg: Wer war der Referent?) Referent war Herr Abg. Liebermann von Sonnenberg!! (Große Heiterkeit.) Ich erinnere Sie daran, in welcher Weise im Anfang der 80er Jahre unsere Versammlungen von den antisemitischen Sprengkolonnen gestört worden sind. Die antisemitischen Versammlungen begannen mit einem Hoch auf den Kaiser und endeten mit: „Juden raus!" und „Haut ihn!", so wie bei der Kaiserpomade draußen auf dem Deckel das Bild des Kaisers und innen reiner Schund ist. (Stürmische Heiterkeit.) Ich erinnere daran, wie von reichstreuen Bergbeamten 1890 unter den Bergleuten in der gemeinsten Weise ein Blutbad angerichtet wurde. (Unruhe rechts.) Das ist aktenmäßig festgelegt. Die reichstreuen Bergarbeiter sind zu 8 bis 9 Monaten verurteilt. Einer ist nachher von der Mansfelder Gewerkschaft als Packbaumeister oder sowas angestellt worden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Verurteilten wurden sehr bald nicht bloß von der Strafe, sondern auch von den Kosten begnadigt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In Orten, wo die Sozialdemokratie noch keinen Boden hat, ist jederzeit die Dreschflegelpolitik gegen uns gepredigt worden. Ich habe das oft selbst genug kennen gelernt. Herr Pauli behauptete, er hätte uns stets Redefreiheit gewährt. Machen Sie doch nicht solche Flausen. (Große Heiterkeit.) Hier finden Sie noch Leute, die es glauben, aber im Lande kennt man Sie zur Genüge. In den kleinen Städten, wo Ihre Domäne ist, lassen Sie niemand zum Wort, höchstens 5 bis 10 Minuten, und dann wird im Schlußwort die Sozialdemokratie in der gemeinsten Weise beschimpft, wenn man nicht mehr antworten kann. Daher sind die Genossen dazu übergegangen, das Schlußwort gar nicht mehr mit anzuhören. Am besten täten Sie, überhaupt nicht in Ihre Versammlungen zu gehen, damit sie dieses Komödiantentum nicht mit anhören müssen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Nach einigen persönlichen Bemerkungen der Abgeordneten Giesberts (Z.) und Burckhardt (Wirt. Ver.) erhält

Abg. **Liebermann von Sonnenberg** (Wirt. Ver.) das Schlußwort: Der Ausdruck „Antisemit" ist als Parteiname überhaupt nur eine Erfindung der Gegner, ich glaube, des „Berl. Tagebl.". Wenn die Sozialdemokraten angeblich von uns in Versammlungen gestört werden, so müßten sie doch gerade für unseren Antrag stimmen. Der Abg. Hoffmann irrt sich, daß ich jemals erst Redefreiheit gewährt und nachher verweigert habe. (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Ich hab's doch selbst gehört!) Dann verläßt Sie Ihr Gedächtnis, es wäre ja auch kein Wunder. (Stürmische Heiterkeit rechts.) Ich überschlage die Abgeordneten Bernstein, Stücklen, Horn, Reißhaus, Schöpflin usw. (Große Heiterkeit rechts) und erwidere dem Abgeordneten Baudert nur, daß er nicht hat nachweisen können, daß die „Bureauwahl" ein gesetzliches Recht der Anwesenden ist. Wenn Antisemiten die Versammlungen des Professor Reisser gestört haben, so bedauere ich das sehr; man hätte dem Manne viel mehr sagen können, welche Entrüstung im Volke über die Syphilis-Impfung herrscht.

Persönlich bemerkt

Abg. **Hoffmann-Berlin** (Soz.): Mein Gedächtnis ist durchaus nicht wacklig. Aber Ihr Gedächtnis . . . .

Präsident Graf **Ballestrem**: Sie dürfen nur von Ihrem eigenen Gedächtnis sprechen. (Große Heiterkeit.)

Abg. **Hoffmann-Berlin** (fortfahrend): Die Versammlung, in der Herr Liebermann das Versprechen der Redefreiheit gebrochen hat, fand im „Preußischen Hof" in Zeitz statt. Ich erinnere ihn an den Zwischenruf „Ehrenscheine!" (Heiterkeit.) Wer in antisemitische Versammlungen geht, sollte sich erst in eine Lebensversicherung einkaufen. (Heiterkeit.)

Abg. **Liebermann von Sonnenberg** (Wirt. Ver.) stellt fest, daß der Kaiser ihn bei der Landwehr gelassen hat, so daß der pöbelhafte Zwischenruf in jener Versammlung verfehlt war.

Der Antrag des Abg. Liebermann von Sonnenberg wird hierauf mit großer Mehrheit gegen die Stimmen der Antisemiten, Konservativen und eines Teils der Reichspartei abgelehnt.

Hierauf wird der Antrag des Abg. Graf von Bernstorf (Welfe), welcher lautet:

„Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die Verbrauchsabgabe auf Zucker, sobald der Ertrag die Summe von 2,10 M pro Kopf der Bevölkerung übersteigt, entsprechend herabgemindert wird"

auf Antrag des Abg. Göz von Olenhusen (Welfe) ohne Debatte der Budgetkommission überwiesen.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Die nächste Sitzung findet auf Antrag Bassermann (natl.) mit Rücksicht auf das Begräbnis des Direktors Knack und auf die Sitzungen der Steuerkommission erst Freitag 1 Uhr statt. Tagesordnung: Fortsetzung der Etatsberatung über den Kolonialetat.

Schluß 6½ Uhr.

Parlamentarisches.

Der Kolonial-Staatssekretär abgelehnt.

Die Kolonialverwaltung vom Auswärtigen Amt, dem sie heute unterstellt ist, abzutrennen und zu einem selbständigen Ressort mit einem Staatssekretär an der Spitze zu gestalten, ist seit geraumer Zeit das heiß ersehnte Ziel der Kolonialschwärmer. Durch die Person des ins Kolonialamt berufenen Erbprinzen v. Hohenlohe, glaubte man die bürgerlichen Parteien, die weniger aus prinzipiellen als aus taktischen Gründen Bedenken hegten, für die Reorganisation zu gewinnen. Doch das Zentrum versagte gestern vorläufig in der Budgetkommission, die sich mit der Frage zu beschäftigen hatte. Daß die ablehnende Haltung des Zentrums keine prinzipielle ist, vielmehr nur von spezifischen Zentrumswünschen und Absichten diktiert wird, konnte man gestern aus der Rede des Herrn Spahn entnehmen. Er gab als Grund der Ablehnung an, das Zentrum befürchte, ein selbständiges Kolonialamt vergrößere die Reibungsfläche mit den auswärtigen Mächten und könne die Einheitlichkeit der auswärtigen Politik stören. Einen Kolonial-Unterstaatssekretär, mit eventuell höherem Gehalt und etwas größerer Machtvollkommenheit, der aber in allen, mit der Kolonialpolitik zusammenhängenden auswärtigen Fragen dem Auswärtigen Amt unterstellt sein müsse, wolle das Zentrum bewilligen. Der Vorwurf, das Zentrum nehme an der Person des Erbprinzen Anstoß, sei unberechtigt. Der Staatssekretär des Auswärtigen betonte, durch die geforderte Umwandlung der Kolonialverwaltung werde die auswärtige Politik gar nicht gestört, für die nach wie vor allein das Auswärtige Amt zuständig sein würde. Die Umwandlung liege im Interesse des Dienstes und verschaffe dem Leiter des Kolonialamtes innerhalb der deutschen Kolonien auch eine bessere Autorität.

Der Unterstaatssekretär v. Mühlberg betonte ebenfalls, daß ein koloniales Staatssekretariat schon des selbständigen Handelns wegen erforderlich sei, zumal der Erbprinz v. Hohenlohe wiederholt versprochen habe, er wolle wichtige Aenderungen vornehmen. In längeren Darlegungen behandelte der Geh. Legationsrat Dr. Helfferich die Frage, und gab eine vergleichende Erläuterung der Kolonialverwaltung in Deutschland, England und Frankreich. Abg. Müller-Sagan (freis.) sprach gegen die Vorlage; Abg. Dr. Arendt (Rp.) dafür und zwar in seiner Kolonialschwärmerei so, daß ihm von mehreren Seiten attestiert werden konnte, er habe — natürlich sehr gegen seine Absicht — der Katze erst die Schelle umgehängt und verraten, welche Pläne mit der Etablierung eines selbständigen Kolonialamts verfolgt werden. Herr Arendt ist der enfant terrible der deutschen Kolonialpolitik und -Verwaltung. Durch seinen blinden Kolonialeifer ließ er sich auch dazu verleiten, Jesko v. Puttkamer heraushauen zu wollen, mit dem Erfolge, daß Herr Jesko und seine Taten in so gründlicher Weise erörtert wurden, daß Arendts Wunsch, den trefflichen Herrn wieder als Kameruner Gouverneur zu sehen, nunmehr unerfüllt bleiben muß. Und wenn gestern die Ablehnung des Kolonial-Staatssekretärs durch die Rede eines Abgeordneten herbeigeführt worden sein sollte, so hat Herr Arendt diese Tat vollbracht. Er versuchte nämlich diesen neuen Posten der Kommission mit dem Hinweis schmackhaft zu machen, ein Kolonial-Staatssekretär werde Forderungen für die Kolonien viel eher durchdrücken können: ebenso werde er auch die koloniale Entwickelung in „größere" Bahnen zu leiten vermögen, als ein untergeordneter Kolonialdirektor. Herrn Arendt scheint jede Million, die nicht für unsere „herrlichen" Kolonien verpulvert wird, direkt verloren zu sein. Genosse Bebel machte mit Fug und Recht Herrn Arendt das „Kompliment", gezeigt zu haben, welche Perspektiven sich öffnen, wenn die Vorlage angenommen werde. Der geforderte neue Staatssekretär werde natürlich den Ehrgeiz haben, seinen Wirkungskreis stetig zu vergrößern, die Kolonialpolitik in viel größerem Umfange zu betreiben, was nichts anderes heißt als: enorme Neuforderungen sind die Folgen. Auch auf die auswärtige Politik werde der neue Staatssekretär Einfluß gewinnen und schließlich werde, was bei einer großen Kolonialpolitik selbstverständlich ist, die Reibungsfläche mit anderen Mächten vergrößert. Auch auf die Flottenpolitik wirke das ein; die Schaffung einer großen Kolonialarmee stehe im Hintergrund. Sowohl aus prinzipiellen Gründen, wie auch in Anbetracht der naturgemäßen Folgen, die ein selbständiges Kolonialamt zeitige, stimme die Sozialdemokratie gegen die Vorlage. Die Abgg. v. Staudy (k.), Graf Oriola (natl.) und Lattmann (Ant.) sprachen ihr Einverständnis mit der Vorlage aus. Herr v. Staudy stellte an den Genossen Bebel die naive Zumutung, glauben zu sollen, daß wichtige und nützliche Gründe für die Vorlage sprechen, wenn — die Regierung und einige bekannte Abgeordnete (z. B. v. Staudy, Dr. Arendt, Graf Oriola) dafür zu haben sind. Bei der Abstimmung wurde der Posten eines Kolonial-Staatssekretärs mit 17 gegen 11 Stimmen abgelehnt; der des Unterstaatssekretärs mit 18 gegen 10 Stimmen bewilligt. Für den Staatssekretär stimmten die Konservativen, Nationalliberalen und Antisemiten; für den Unterstaatssekretär Zentrum, Konservative, Freisinnige und Antisemiten.

Zu Beginn der Sitzung wurde die vorgestern vertagte Debatte gegen die Erhöhung des Geheimfonds zu Ende geführt, wobei es zu einer sehr scharfen Auseinandersetzung zwischen unseren Genossen und den bürgerlichen Rednern kam.

Kerns Wahl für gültig erklärt.

Die Wahl Kerns (k.), Wahlkreis Bunzlau-Lüben, war angefochten worden. Das Plenum des Reichstages hatte beschlossen, Beweiserhebungen über die behaupteten Ungesetzlichkeiten vornehmen zu lassen. Diese Erhebungen haben zum Teil die Richtigkeit der Behauptungen ergeben, unter anderem auch der, daß von dem Gelde des Herrn Rittergutsbesitzers Kern dessen Arbeiter mit Bier, Schnaps und Zigarren traktiert worden sind, außerdem aber vom Inspektor des Rittergutes bearbeitet und kontrolliert wurden, daß sie die Stimmen für Kern abgeben mußten. Diese Vorkommnisse führten jedoch nach der Ansicht der Mehrheit der Wahlprüfungskommission nicht zu dem ziffernmäßigen Resultate, daß, statt dem Sozialdemokraten Stolpe, der freisinnige Kandidat zur Stichwahl gelangt wäre. Deshalb beschloß gestern die Mehrheit der Kommission, die Wahl Kerns für gültig zu erklären.

Verkehrsverteuerung ist die Parole.

Die Finanzreformkommission hatte sich in der gestrigen Sitzung zunächst mit der Stempelsteuer auf Frachturkunden und einem dazu eingebrachten Antrage von Spahn und Genossen zu beschäftigen. Nach den Beschlüssen der ersten Lesung sind nur Frachtbriefe im inländischen Eisenbahnverkehr, wenn die Urkunde über die Ladung eines ganzen Eisenbahnwagens lautet bei einem Frachtbetrage von nicht mehr als 25 M. mit 20 Pf., bei höheren Beträgen mit 50 Pf. zu versteuern.

Dazu beantragt Dietrich (k.) folgenden Zusatz: „Der Steuersatz vermindert sich auf die Hälfte dieser Sätze, wenn die Ladefähigkeit des Wagens 5 Tonnen nicht übersteigt. Er erhöht sich auf das $1^1/_2$fache, wenn die Ladefähigkeit über 10 Tonnen, aber nicht mehr als 15 Tonnen beträgt. Für je weitere 5 Tonnen Ladefähigkeit tritt die Hälfte des Satzes hinzu."

Ferner hat das Zentrum dazu beantragt und zwar vom Standpunkt der ausgleichenden Gerechtigkeit aus, wie von den Antragstellern betont wurde, daß diese Steuer auch auf den inländischen Schiffsverkehr ausgedehnt werde.

Der Antrag lautet:

„Konnossemente, Frachtbriefe, Ladescheine, Einlieferungsscheine im Schiffsverkehre zwischen inländischen See- oder Flußhäfen, wenn die Urkunde über die Ladung eines ganzen Schiffsgefäßes lautet bei einem Frachtbetrage von nicht mehr als 25 M. 20 Pf., bei höheren Beträgen 50 Pf. und sofern es sich um Schiffe mit einem Raumgehalte von über 150 Tonnen handelt bei einem Frachtbetrage von nicht mehr als 25 M. 50 Pf., bei höheren Beträgen 1 M. Dem Frachtbetrage im Sinne dieser Vorschrift ist der Schlepplohn hinzuzurechnen, sofern er neben der Fracht zu zahlen ist."

Die Vertreter der Regierung, Direktor Kuhn und Freiherr v. Stengel stimmen den Anträgen zu, ebenso die Nationalliberalen. Dahingegen werden diese sowohl wie die vorliegenden Kommissionsbeschlüsse von den Sozialdemokraten und Freisinnigen als verkehrsstörend und handelsfeindlich ganz energisch bekämpft.

Bei der Abstimmung werden die Anträge gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der Freisinnigen und der Wirtschaftlichen Vereinigung angenommen.

Es folgt die Diskussion der Kommissionsbeschlüsse betr. des Personenfahrkartenstempels in erster Lesung und zweier dazu gestellter Anträge. Die Kommission hat bekanntlich die Versteuerung der Personenfahrkarten mit kilometrischen Zuschlägen nach dem Antrage der Nationalliberalen beschlossen. Dieselben Antragsteller wollen diese Steuer nach ihrem jetzt eingebrachten neuen Antrage auf den Dampfschiffsverkehr der Nord- und Ostsee zwischen inländischen Orten ausgedehnt wissen und die Stempelbeträge nicht auf 10 Pf., wie nach dem Beschlusse der ersten Lesung, sondern auf 5 Pf. nach oben abgerundet wissen.

Ganz anders lautet der von dem Konservativen Dietrich eingebrachte Antrag. Danach sollen Personenfahrkarten im inländischen Eisenbahn- und Schiffahrtsverkehr in der I. Wagenklasse mit 40 Pf., der II. mit 20 und der III. mit 10 Pf. versteuert werden mit folgender Erweiterung: „Beträgt der Fahrpreis nicht mehr als 2 M. so ist die Hälfte, beträgt er mehr als 10 M. so ist das Doppelte, beträgt er mehr als 20 M. so ist das Dreifache der vorstehenden Sätze zu erheben. Fahrkarten von Straßen- und ähnlichen Bahnen, welche getrennte Wagenklassen nicht führen, werden wie Fahrkarten III. Klasse behandelt."

Während Westermann (natl.) für den Kommissionsbeschluß und für den Zusatzantrag der Nationalliberalen eintritt, werden diese von Graf Kanitz (k.) energisch bekämpft, der erklärt, daß er ein prinzipieller Gegner jeder Verkehrsverteuerung sei und nur aus taktischen Gründen für den Antrag Dietrich eintrete, der immerhin den Vorzug habe, daß er nicht so verteuernd wirke wie die Kilometerzuschläge. Richtiger wäre es überhaupt, den Mehrbedarf durch Erhöhung der Matrikularbeiträge aufzubringen.

Der preußische Finanzminister v. Rheinbaben erhebt nochmals, wie schon in der ersten Lesung, seine warnende Stimme gegen die Kilometerzuschläge, hält aber den Antrag Dietrich für annehmbar und empfiehlt ihn zur Annahme. Ueber diese Ausführungen des Finanzministers ist der Nationalliberale Büsing — der geistige Urheber der Kommissionsbeschlüsse — ganz empört. Eine solche Situation sei ihm noch nicht vorgekommen. Die Kommission habe den Mehrbedarf des Reiches auf 200 Millionen festgestellt. Nachdem sie nun einige der Regierungsvorlagen zur Aufbringung dieses Mehr für unannehmbar befunden hat und bestrebt ist, dafür Ersatz zu schaffen, stellte sich ihr überall der preußische Finanzminister hindernd in den Weg und erklärt: dieser Weg ist nicht gangbar. „So", fährt Büsing fort, „bei der Wehrsteuer" (Zuruf von d. Soz.: Da hat er recht!), „bei den Kilometerzuschlägen" (Zuruf: Da hat er recht!), „bei der Ausdehnung der Erbschaftssteuer" (Zuruf: Da hat er unrecht!), bei der Reichseinkommen- und Vermögenssteuer (Zuruf: Da hat er erst recht unrecht!), kurz, überall wohin die Kommission greift, stellt sich ihr der Finanzminister gegenüber. Da wäre es ja am besten, die Verhandlungen überhaupt abzubrechen." Er geht dann dazu über, die Vortrefflichkeit der Kilometerzuschläge zu preisen. Für ihn existieren keine von allen den von den Regierungsvertretern erhobenen Bedenken. Er ist überzeugt, daß damit mindestens 50 Millionen mit Leichtigkeit herauszuholen sind, weshalb er und seine Freunde an dem Kommissionsbeschluß festhalten werden.

Nachdem der von Büsing so gräßlich angehauchte Finanzminister noch kurz erklärt hatte, daß er und die anderen Regierungsvertreter nur ihrer Pflicht genügt hätten, als sie ihre Bedenken ins Feld führten, Merten von den Freisinnigen und Singer entschieden Vorlage und Anträge bekämpft, der Reichsschatzsekretär kurz für seinen angegriffenen Kollegen eingetreten und zum so und so vielten Male betont hatte, daß die Kommission die Pflicht habe, für die durch ihre Ablehnung entstandenen Ausfälle Deckung zu schaffen, wird die weitere Beratung vertagt.

Aus der Unterstützungswohnsitz-Kommission.

Die Vorschrift, wonach durch einjährigen ununterbrochenen Aufenthalt bezw. Abwesenheit nach zurückgelegtem sechzehnten Lebensjahre der Unterstützungswohnsitz erworben bezw. verloren wird, wurde in der vorletzten Sitzung angenommen. In der gestrigen Sitzung kamen sozialdemokratische Anträge zur Verhandlung. Der Antrag, das Unterstützungswohnsitz-Gesetz auf Elsaß-Lothringen auszudehnen, wurde auf Wunsch des Staatssekretärs von Posadowsky, der sich darüber zunächst mit dem Statthalter für Elsaß-Lothringen in Verbindung zu setzen wünschte, zurückgestellt.

Die ferneren sozialdemokratischen Anträge wollen, daß die einzelnen Bundesstaaten die Träger der Armenunterstützung sind und dieselben durch Ortsarmenverbände ausüben. Ferner soll § 3 des Unterstützungswohnsitzgesetzes folgende Fassung erhalten:

„Ortsarmenverbände müssen mindestens 20 000 Einwohner umfassen. Sie können aus einer oder mehreren Gemeinden und wo die Gutsbezirke außerhalb der Gemeinden stehen, aus Gutsbezirken bezw. aus Gemeinden und Gutsbezirken zusammengesetzt sein. Alle zu einem Ortsarmenverbande vereinigten Gemeinden und Gutsbezirke gelten in Ansehung der durch dieses Gesetz geregelten Verhältnisse als eine Einheit. Den beteiligten Gemeinden und Gutsbezirken bleibt die Vereinbarung der Verfassung der Ortsarmenverbände überlassen, mit der Maßgabe, daß für jeden Ortsarmenverband eine besondere aus Abgeordneten der Gemeinden und Gutsbezirke bestehende Vertretung gebildet wird, ferner die Kontrolle der Unterstützungsbedürftigen durch Mitglieder der Gemeinden oder Angehörige der Gutsbezirke, in denen die Unterstützungsbedürftigen sich befinden, ausgeübt wird, und daß die Abgeordneten zur Vertretung und die kontrollierenden Mitglieder oder Angehörige durch allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahl in den Gemeinden oder Gutsbezirken gewählt werden und für ihre Tätigkeit eine Vergütung erhalten. Die näheren Bestimmungen erläßt der Bundesrat. Dieselben sind dem Reichstage bei seinem nächsten Zusammentritt zur Kenntnisnahme vorzulegen."

Sämtliche Anträge wurden mit acht gegen die vier sozialdemokratischen Stimmen abgelehnt. Graf v. Posadowsky erklärte sich entschieden dagegen. Die Handhabung der Armenpflege würde lasch sein, die Anforderungen steigen, die Kosten wachsen, der Ort der Unterstützung im Belieben der Hülfsbedürftigen stehen, die freiwillige Wohltätigkeit aufhören. Es gebe auch keinen Staat, welcher Träger der Armenlasten sei. Deutschland könne dies Experiment nicht wagen. Freilich sei eine Vergrößerung und Zusammenfassung der Ortsarmenverbände erforderlich, um die bestehenden Mängel der Armenpflege zu beseitigen. Weil aber in Deutschland die Dinge so verschiedenartig liegen, müsse der Landesgesetzgebung die Regelung überlassen bleiben.

Die Konservativen und Nationalliberalen erklärten, jeder Gutsbezirk müsse selbständiger Ortsarmenverband bleiben. Das Zentrum wünschte die Bildung leistungsfähigerer Verbände durch die Landesgesetzgebung und die Landesverwaltung.

Unsere Vertreter widerlegten die gemachten Einwendungen. Sie wiesen darauf hin, daß durch die Landesgesetzgebung, insbesondere in dem ausschlaggebenden Preußen, wo die Konservativen die Gesetzgebung und Verwaltung beherrschten, eine Zusammenlegung der Gutsbezirke und ländlichen Gemeinden nicht zu erreichen sei. Seit dem 36jährigen Bestehen des Gesetzes sei partikularrechtlich in dieser Beziehung nichts geschehen. Welch ungeheuerliche Zersplitterung in der Armenpflege vorhanden sei ergebe sich daraus, daß in Deutschland 16 085 Gemeinden mit unter 100 Einwohnern, 41 211 Gemeinden mit 100 bis unter 500, 11 616 Gemeinden mit 500 bis unter 1000 Einwohnern bestehen und zum allergrößten Teil selbständige Ortsarmenverbände bildeten. Ortsarmenverbände mit über 20 000 Einwohnern gebe es in Deutschland nur 227. —

Aus der Frauenbewegung.

Boykott der Philharmonie. Der in gestriger Nummer des „Vorwärts" enthaltenen Erklärung des Verbandes sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend, in welcher vor dem Besuch der Beethoven-Feier in der Philharmonie, veranstaltet von der „Neuen freien Volksbühne" gewarnt wird, schließen sich die Genossinnen Berlins sowie die Kreisvertrauenspersonen von Teltow-Beeskow und Niederbarnim an.

Der Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse hatte für Montag ein geselliges Beisammensein veranstaltet. Es herrschte eine sehr schöne heitere Stimmung, die durch Gesang und Rezitation noch erhöht wurde. Montag, den 26. März spricht der Reichstagsabgeordnete Molkenbuhr in Feuersteins Festsälen, Alte Jakobstr. 75 über „Heimarbeit". Gäste sind willkommen.

Sozialdemokratischer Lese- und Diskutierklub „Norden". Freitag, den 23. d. M., abends 8½ Uhr, Sitzung bei Korff, Elisabethkirchstraße 18. Tagesordnung: Kapitalismus und Arbeitslosigkeit.

Zentralverband der Handlungsgehülfinnen Deutschlands. Bezirk Berlin Zentrum. Donnerstag, den 22. März 1906, abends 9 Uhr: Sitzung in den Sophien-Sälen, Sophienstr. 17. Vortrag des Kollegen F. Guttmann über: „Sind wir mit dem Kaufmannsgericht zufrieden?" Neuwahl des Bezirksführers. — Bezirk Nord-Ost. Donnerstag, den 22. März 1906, abends 9 Uhr: Sitzung im Böhmischen Brauhaus, Landsberger Allee 11. Vortrag der Kollegin Krauß über: „Wie verbessern die Warenhausangestellten ihre Lage?" Neuwahl des Bezirksführers.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 22. März.

Anfang 7½ Uhr:

Opernhaus. Sinfoniekonzert der kgl. Kapelle.
Schauspielhaus. Geschlossen.
Deutsches. Der Graf von Charolais.
Neues. Boubouroche. Vorher: Die Neuvermählten.
Berliner. Zar Feodor Joannowitsch.
Westen. Undine.
Lessing. Rosmersholm.

Anfang 8 Uhr:

Schiller O. (Wallner-Theater.) Ueber unsere Kraft. (II. Teil.)
Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater). Die Macht der Finsternis.
Metropol. Auf ins Metropol.
Zentral. Die Fledermaus.
Walhalla. Heinrich Heine. Die Ballhaus-Anna.
Komische Oper. Don Pasquale.
Kleines. Kinder der Sonne.
Residenz. Der Prinzgemahl.
Trianon. Loulou.
Carl Weiß. Die lebende Brücke auf Kuba.
Lustspielhaus. Die von Hochsattel.
Thalia. Bis früh um Fünfe.
Luisen. Die Haubenlerche.
Deutsch-Amerikanisches. Er und Ich.
Kasino. Die Herren Söhne.
Apollo. Das bummelnde Berlin. Spezialitäten.
Herrnfeld. Familientag im Hause Prellstein.
Folies Caprice. Der Schmock. Dalles u. Co.
Wintergarten. Saharet: „Die Kaiserin der Sahara". — Spezialitäten.
Belle-Alliance. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Passage. Spezialitäten.
Urania. Taubenstraße 48/49. Im Hörsaal 8 Uhr: Dr. v. Unruh: Am Golf von Neapel.
Sternwarte, Invalidenstr. 57/62. Täglich geöffnet von 1 bis 7 Uhr.

Berliner Theater.

Abends 7½ Uhr: Gastspiel des Moskauer Künstlerischen Theaters.
Zar Feodor Joannowitsch.
Freitag zum letztenmal: **Ein Volksfeind.**
Sonnabend letzte Vorstellung: **Zar Feodor Joannowitsch.**
Sonntag: **Die Jungfrau v. Orleans.**
Sonntag nachmittag: **Kean.**

Neues Theater.

Anfang 7½ Uhr.
Boubouroche.
Vorher: **Die Neuvermählten.**
Freitag: **Ein Sommernachtstraum.**
Sonnabend: **Boubouroche.** Vorher: **Die Neuvermählten.**
Sonntag: **Ein Sommernachtstraum.**

Kleines Theater.

Anfang 8 Uhr.
Kinder der Sonne.
Freitag:
Kinder der Sonne.

Urania Taubenstr. 48/49.

Abends 8 Uhr:
Am Golf von Neapel.

Sternwarte Invalidenstr. 57/62.

Zentral-Theater.

(Operette.) 8 Uhr:
Fledermaus. Operette in drei Akten.

Luisen-Theater.

Abends 8 Uhr:
Die Haubenlerche.
Freitag: Benefiz für Uhlig: Auf eigenen Füßen.
Sonnabend: Der Störenfried. Die Dienstboten.
Sonntag nachm.: Wilhelm Tell.
Abends: Auf eigenen Füßen.
Montag: Auf eigenen Füßen.

Komische Oper.

Donnerstag, den 22. März 1906, abends 8 Uhr:
Don Pasquale.
Freitag: **Hoffmanns Erzählungen.**
Sonnabend: **Hoffmanns Erzählungen.**
Sonntag nachm. 3 Uhr ermäßigte Preise: **Hoffmanns Erzählungen.**
Abends 8 Uhr: **Hoffmanns Erzählungen.**

Passage-Theater.

Anfang 8 Uhr.
Das neue März-Programm.
Antoinette Sohns
Koloraturjängerin.
Geschwister Fiokati,
Gesang und Tanz-Duo.
Fritz Schönbauer
mit seinen lustigen Geschichten.
14 originelle Spezialitäten.

Apollo-Theater.

9 Uhr! Täglich: 9 Uhr!
Das bummelnde Berlin.
Burleske mit Gesang und Tanz in drei Bildern von Benno Jacobson. Musik von Rudolf Nelson.
Im 3. Bilde: **La Matschiche.**
Solo: **Liane d'Eve.**
Vorher 8 Uhr: Die glänzenden Spezialitäten.
Sonntag nachm. 3 Uhr: **Berliner Luft und Spezialitäten.**

Metropol-Theater

Anfang 8 Uhr.
!Auf – in's Metropol!
Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Viktor Hollaender.
Rauchen in all. Räumen gestattet.

Walhalla-Theater

Heinrich Heine.
Lustspiel in 3 Akten von A. Mels.
Hierauf:
Die Ballhaus-Anna.
Posse m. Ges. i. 2 Akt. v. Dann u. Haskel.
Anf. 8 Uhr. Rauchen überall gestattet.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Donnerstag, abends 8 Uhr: **Ueber unsere Kraft.** (2. Teil.) Schauspiel in 4 Aufz. von Björnstjerne Björnson.
Freitag, abends 8 Uhr: **Ueber unsere Kraft.** (1. Teil.)
Sonnabend, abends 8 Uhr: **Der Vogel im Käfig.**

Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh. Th.)
Donnerstag, abends 8 Uhr: **Die Macht der Finsternis.** Schauspiel in 5 Akten v. Leo N. Tolstoj. Uebersetzt von Raphael Löwenfeld.
Freitag, abends 8 Uhr: **Der Vogel im Käfig.**
Sonnabend, abends 8 Uhr: **Ueber unsere Kraft.** (1. Teil).

Freie Volksbühne.

Sonntag, den 25. März, nachmittags 2½ Uhr:

Metropol-Theater. 7./8. Abteilung
Kater Lampe.

Carl Weiß-Theater. 14./15. Abteilung
Ein Frühlingsopfer.

Voranzeige: 8. Serie: Abend-Vorstellungen
Anfang 8½ Uhr im **Carl Weiß-Theater:**
Emilia Galotti.
Trauerspiel in 5 Aufzügen von G. E. Lessing.
228/12 **Der Vorstand.** In Vertr.: G. Winkler.

65 Abessinier in Castans Panoptikum

Friedrichstr. 165. Kein Extra-Entree.

Zirkus Albert Schumann

Heute abend präzise 7½ Uhr:
Zum ersten Male:
Neu und noch nie dagewesen!
Direkt von China importiert
Chinesische Fischer
mit ihren hier noch nie gezeigten
Cormorants
Chinesische Fische fangende
Taucher-Vögel.
Das gr. Naturwunder.
Ferner das Sensations-Programm und zum **94.** Male:
Femina.

Deutsch-Amerikanisches THEATER.
Jeden Abend 8 Uhr!!
Gastspiel **Ad. Philipp.**
Zum **90.** Male:
ER & ICH
Sonnt. nachm. 3 Uhr, halbe Preise:
Ueber'n großen Teich.

Lustspielhaus.

Täglich abends 8 Uhr:
Die von Hochsattel.

Folies Caprice

Budapester Possen-Theater
132 Lindenstr. 132, Ecke Friedrichstraße.
Zum 6. Male:
Der Schmock
und
Dalles & Co.
Anfang 8 Uhr.
Kasse den ganzen Tag geöffnet. Vorverkauf bei Wertheim.

Carl Weiß-Theater.

Gr. Frankfurterstr. 132.
Täglich abends 8 Uhr:
Vorletzte Woche.
Die lebende Brücke auf Kuba
Sonnabend nachm. 4 Uhr Kindervorstellung, kl. Pr.: **Schneewittchen.**

W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Große Extra-Vorstellung.
Othello,
der Mohr von Venedig.
Trauerspiel in 5 Aufzügen von W. Shakespeare.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf. **Ball.**

Otto Pritzkows
Berliner Abnormitäten- und Biograph-Theater
Münzstr. 16. Münzstr. 16.
Welt-Biograph System 1906
Sy Sy ? ? ? ? ? ?
Die Wunder-Liliputaner!
Die Fußkünstlerin!

Trianon-Theater.

Anfang **Loulou.** 8 Uhr.
Sonntag nachm.: **Die herbe Frucht.**

Fröbels Allerlei-Theater

Schönhauser Allee 148.
Jeden Sonntag und Mittwoch: Konzert
Theater, Spezialitäten, Tanz.
Anf. Sonntags 6 Uhr, Mittwochs 8 Uhr.
Sonnabende für Sommersaison sind noch frei.

Kasino-Theater

Lothringerstr. 37. Täglich 8 Uhr.
Die Herren Söhne.
Volksstück in drei Akten von Walter u. Stein.
Vorher das **neue bunte Märzprogramm.**
Sonnt. 4 Uhr: **Arbeit schändet nicht.**

Reichshallen.

Stettiner Sänger.
Neu! **Einquartierung.**
Mil. Humoreske v. Meysel
Anfang Wochentags 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

Dresdenerstr. 97
Colosseum
Spezialitäten
Otto Steidels Hamburger Sänger.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.
Eintritt 30 u. 50 Pf.

Schwarzer Adler

Friedrichsberg. Fernsprecher Nr. 8. **Frankfurter-Chaussee 5.**
Restaurant und Festsäle.
Donnerstag, den 22. März 1906:
Volks-Kabarett
der
Brettl-Diva Margarete Walkotte
(vollständig neues Repertoir).
Georg Wolff vom Thalia-Theater. **Erwin Baron** vom Kleinen Theater. Fräulein **Gerhard** vom Kabarett Roland. Herr **Spahn.** Fräulein **Lautzer,** Professor **Schiremann,**
Anfang 8½ Uhr. Entree Vorverkauf 40, abends 50 Pf.
3392* **Gebr. Arnhold.**

Achtung! Vereine, Gewerkschaften, Fabriken, Klubs!
Restaurant „Waldhaus",
Rauchfangswerder bei Zeuthen,
herrlich am Zeuthener See u. Hochwald gelegen, hat seine großen Säle Sonntag, d. 10. Juni, 1., 8., 15., 29. Juli, 5., 12. August noch zu vergeben. 4000 Sitzplätze usw. 2 Dampfer (je 200 Personen) zu vermieten. Gute Küche. Anerkennungen zur Einsicht. Um Besichtigung und rechtzeitigen Abschluß bittet
Der Inhaber **Karl Römisch.**

Winter-Garten

Letzte Vorstellungen
der australischen Tänzerin
Saharet
als
Kaiserin der Sahara.
Außerdem
das glänzende März-Programm.

Gebrüder
Herrnfeld-Theater.
Familientag
im
Hause Prellstein
mit den Autoren Anton u. Donath Herrnfeld in den Hauptrollen.
Anf. 8 Uhr. Vorverk. 11—2 Uhr.
Voranzeige!
Sonntag, den 1. April:
Abschieds-Vorstellung
mit vorhergehendem Festakt u. Verabreichung eines Souvenirs in Form eines Albums, welches den Werdegang des Herrnfeld-Theaters mit interessanten Abbildungen enthält.

Palast-Theater
Burgstr. 28, 2 Min. v. Bh. Börse.
Heute 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Große
Extra- und Benefiz-Vorstellung
für das
Hauspersonal.
Einmalige Aufführung:
Die Verlobungsfalle.
Schwank von O. Kohlmey.
Neue Spezialitäten.
Nach der Vorstellung: **Ball** ohne Nachzahlung.
Familienkarten und Ehrenkarten haben an der Abendkasse, soweit noch Plätze vorhanden, Gültigkeit.

Etablissement Buggenhagen
Moritzplatz.
Täglich
in den unteren Sälen
Gottschalk-Konzert.

Sanssouci. Kottbuser Straße 4a.
Dir. Wilhelm Reimer.
Sonnt., Mont., Donnerst.:
Hoffmanns Norddeutsche Sänger
und Tanzkränzchen.
Sonnt. Bg. 5, Wochent. 8 U. Anmeld. f. d. gr. Theatersaal z. nächst. Saison (a. f. Mittwochs) w. schon jetzt entg.

Krug zum Grünen Kranze
Alexanderplatz
(im Keller)
Allabendlich:
„Fidelitas!“
Damen-Orchester
Bedienung nach Münchener Art.
Entree frei.

Gustav Behrens
Spezialitäten-Theater
Frankfurter Allee 85.
Das sensationelle, vollständig neue
März-Programm.
Nur Schlager.

Elysium Landsberger Allee Nr. 40-41. Inh. C. Eisermann.

Jeden Donnerstag:
Original-Harburger Sänger
Direktion: C. Frick und F. Kasche-Krause.
Anfang 8 Uhr.
Entree 10 Pf.
Vorzugskarten gelten.
Nachher: **Freitanz.**

Neue Berliner
Genossenschafts-Bäckerei
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht
Reinickendorf-Ost, Wittestraße 62.
Bilanz per 31. Dezember 1905.
Aktiva.

Grundstücks-Konto	33 000,— M.
Gebäude-Konto	186 200,— „
Waren-Konto	2 548,11 „
Betriebsunkosten-Konto	35,— „
Gespann-Unkost.-Konto	277,— „
Inventar-Konto	2 650,— „
Maschinen-Konto	6 100,— „
Gespann-Konto	11 180,— „
Kasse-Konto	1 477,99 „
Bank-Konto	684,78 „
Effekten-Konto	379,40 „
	244 502,28 M.

Passiva.

Hypotheken-Konto	200 000,— M.
Reservefonds-Konto	6 222,78 „
Unterstützungsfds.-Kto.	5 936,98 „
Hypoth.-Tilgungsf.-Kto.	6 000,— „
Konto-Korrent-Konto	25 142,52 „
Kto. d. Genossenschafter	1 200,— „
	244 502,28 M.

Zahl der Genossen am 31. Dezember 1904: 24. Beigetreten bis 31. Dezember 1905: keiner. Es scheiden aus durch Ausschluß 3, durch Tod 1. Verblieben am Schlusse des Geschäftsjahres 20 Mitglieder.
Mitgliedergutbaben
am 31. Dezbr. 1904: 1300,— M.
am 31. Dezbr. 1905: 1200,— „
Verminderung 100,— M.
Haftsumme der Genossen
am 31. Dezbr. 1904: 1300,— M.
am 31. Dezbr. 1905: 1200,— „
Verminderung 100,— M.
Der Vorstand.
Robert Engel. Karl Marschel.

Raucht
Spree-Blume-
Zigaretten.

Hygienische
Bedarfsartikel. Neuest. Katalog m. Empfehl. viel. Aerzte u. Prof. grat. u. fr.
H. Unger, Gummiwarenfabrik
Berlin SW., Friedrichsstraße

260L*
Inventur-
Ausnahmepreis!
Reichgestickte abgepaßte Portieren
Die ganze **Dekoration**
(bestehend aus 2 Flügeln und 1 Querbehang)
in schwer. Wollserge 3.85 (Wert 6,50)
in Viktoriatuch 4.85 (Wert 7,50)
in Leinenplüsch 6.85 (Wert 10,00)
in hell seidenart. Empire 10.85 (Wert 18,00)
Eine Partie Wollportieren, 90 cm breit, mit allerliebster Blumenkante per Meter . . 68 Pf. (Wert 1,25 Mk.)
Teppich-Spezialhaus
Emil Lefèvre
Berlin S. Oranienstr. 158.
Nach auswärts per Nachnahme.
Inventur-Extraliste u. Katalog mit ca. 600 Illustrat. gratis und franko.

Ziehung vom 27.–31. März 1906.
Trierer Dombau-Geld-Lotterie
15 377 Geldgewinne, zus. Mk.:
500 000
Hauptgewinne Mk.:
100 000
50 000
etc. etc.
Lose à 4 M., halbe à 2 M. (Porto u. Liste 30 Pf. extra).
Oscar Bräuer & Co. Nachf.
G. m. b. H., Bank-Geschäft
Berlin W., Friedrichstr. 181
Ohne Adressen-Räder-Amt.

Die Möbel-Fabrik
von
A. Schulz, 5 Reichenbergerstr. 5
5904Z*
empfiehlt Wohnungs-Einrichtungen von 240—10 000 M. in nur anerkannt gediegener Ausführung in jeder Holz- und Stilart sowie auch Polsterwaren eigener Fabrikation zu äußerst billigen Preisen. Streng reelle und gewissenhafte Bedienung. Kulanteste Zahlungsbedingungen. Tel. Amt IV 6877.

Brauerei F. Happoldt

Berlin S. **Hasenheide 32—38**
empfiehlt ihr
Lager- Münchner- Tip-Top-
Bier
in **Flaschen** und **Gebinden.**
Telephon: Amt IV. No. 9115.
6635L*

Arbeiter-Bildungsschule Berlin

Sonntag, den 25. März, abends 7 Uhr,
in Haberechts Festsälen, Gr. Frankfurterstraße 30:
Vortrag von Frau Dr. David über: „Die Organisation der modernen Gesellschaft“.
Nach dem Vortrag: **Gemütliches Beisammensein und Tanz.**
Eintritt 20 Pfennig inkl. Garderobe. 4/12

Zentral-Verband der Schuhmacher Deutschl.

Montag, den 21. März, abends 8½ Uhr,
in den Residenz-Sälen, Landsbergerstraße No. 31:
Kombinierte Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Stern** über: „Aus der Entwicklungsgeschichte des menschlichen Geisteslebens“. Dritter Vortrag: „Das Erwachen des modernen Menschen im Zeitalter der Renaissance“. 2. Verschiedenes. 169/5
Um zahlreichen Besuch bittet **Die Ortsverwaltung.**

Allgemeiner deutscher Gärtner-Verein.

(Ortsverwaltung Groß-Berlin.)
Branche Landschaftsgärtnerei.
Am **Freitag**, den 23. März, abends 9 Uhr, in **Obst's Festsälen** in Schöneberg, Meiningerstr. 51 (Eingang auch Martin Lutherstraße 8:
Mitglieder-Versammlung.
Nur Mitglieder haben Zutritt und ist zur **Legitimation** das Mitgliedsbuch unbedingt mitzubringen. 290/5
Der Vorstand der Ortsverwaltung.

Arbeiter-Athleten-Bund Deutschlands.

Sonntag, den 25. März 1906, nachmittags 2 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstraße 27c:
Delegierten-Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Der Stand unseres Bundes. 2. Aufnahme neuer Mitglieder. 3. Verschiedenes. 290/6
☞ Vereine, welche gewillt sind, dem Bund beizutreten, ersuchen wir, zwei Delegierte zu entsenden. **Der Vorstand.**

Deutsche Metallarbeiter-Gewerkschaft

Verwaltungsstelle Berlin.
Bureau u. Arbeitsnachweis Rosenthalerstr. 57 (2. Eingang: Germannstr. 28).
Geöffnet von 9½—2 und 4—8 Uhr. Telephon: III, Nr. 1296.

Montag, den 26. März, abends 8 Uhr, im Rosenthaler Hof, Rosenthalerstr. 11/12:
Außerordentliche General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn **Rud. Lange** über: **Die direkte Aktion.** 2. Stellungnahme zur III. Konferenz: a) Vorlage und Tagesordnung des Vorstandes; b) Kongreßmarke; c) Wahl von Delegierten; d) Diskussion über den Entwurf der Metallarbeiter. 3. Stellungnahme zum 1. Mai.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
☞ Die wichtige Tagesordnung erfordert pünktliches und zahlreiches Erscheinen der Mitglieder. Nochmals machen wir auf die am 8. April, vormittags 9 Uhr, stattfindende Urania-Vorstellung aufmerksam.
280/7 **Die Ortsverwaltung.**

Bäckerei-Genossenschaft „Produktion“

E. G. m. b. H.
Charlottenburg.
Mit dem heutigen Tage eröffnen wir obige Genossenschaft. **Eine unserer wichtigsten Aufgaben ist Herstellung guter und reeller Backware, Brot usw. unter Beachtung peinlicher Sauberkeit.**
Arbeiter und Arbeiterinnen! In Eurem eigenen Interesse liegt es, dies zu beachten und das Unternehmen zu unterstützen.
Zwecks Einteilung der Frühstücksbestellung wolle man sich in die in der Verkaufsstelle der **Bäckerei, Christstr. 18,** sowie in den Verkaufsstellen des Konsumvereins, **Wilmersdorferstr. 27, Tauroggenerstr. 10,** und **Potsdamerstr. 12,** und in der **Geschäftsstelle, Wilmersdorferstraße 27,** ausliegenden Listen einzeichnen.
Bäckerei-Genossenschaft „Produktion“.
106/5* **Die Verwaltung.**

Graumanns Festsäle

Bühne! **Naunynstr. 27.** **3 Kegelbahnen**
Achtung! Vereine! Sonnabende, Sonntage im April, Mai und Juni noch frei. **Gustav Graumann.**

Moerner's Blumengarten

Ober-Schöneweide
Dampferstation Stern
empfiehlt sich zur Abhaltung von Sommerfestlichkeiten jeglicher Art.

Voigts „Krampenburg“
gegenüber von Schmöckwitz am Fusse der Müggelberge
mit allem Komfort neuerbautes Wirtshaus, 2 Dampferstege, 3 große Säle 2c., Vereinen u. Gesellschaften zu Land- u. Wasserpartien bestens empfohlen. — Zwecks Abschlüssen u. Mietung von Sommerwohnungen bemühe man sich nach meinem Berliner Lokal **R. Voigts Ritterstube, S.W. Ritterstr. 75.** Achtungsvoll **Robert Voigt.**

Restaurant Bellevue
früher **Rieck-Werder**
Wollersdorfer Schleuse, Werderstraße 37 am Flakensee
empfiehlt sich den geehrten Vereinen 2c. zu kulantesten Bedingungen.
Großer Saal für 800 Personen.
35 Fremdenzimmer.
2680*

Die herzlichste Gratulation zur silbernen Hochzeit senden dem Jubelpaare, unserem alten Parteigenossen 5462
Julius Mille nebst Frau
Die Genossen d. Stadtbez. 1138. I.T.

Den Kollegen zur Nachricht, daß die Beerdigung des **Klavierarbeiters**
Gustav Putzer
heute, Donnerstag, nachmittag 5 Uhr, von der Leichenhalle des Ober-Schöneweider Friedhofs aus stattfindet. †139
Die Kollegen von Koch u. Co.

Am 19. d. Mts. verschied nach fast zweijährigem Leiden der Schriftsetzer
Franz Scheer
im noch nicht vollendeten 32. Lebensjahre 6635
Um stilles Beileid bitten
Die trauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet am Freitag, nachmittags 4½ Uhr, von der Halle des Friedhofes der St. Georgen-Gemeinde in Weißensee, Köhlerstraße, aus statt.

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Mechaniker
Otto Jonas
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 22. März, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Krankenhauses Friedrichshain aus nach dem Georgen-Kirchhof, Landsberger Allee, statt.
Rege Beteiligung erwartet
114/6 **Die Ortsverwaltung.**

Am 21. März früh 9 Uhr verstarb unser Bruder, Schwager und Onkel
Heinrich Obst.
Die Beerdigung findet Sonnabend, den 24. d. Mts., nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des Schöneberger Kirchhofes, in der Magstraße aus statt.
Schöneberg, den 22. März 1906.
Ernst Obst
6725 **Meiningerstr. 8.**

Für die zahlreichen Beweise aufrichtiger Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben unvergeßlichen Mannes, unseres guten Vaters, des Zimmerers
Gustav Struck
sagen wir allen Verwandten sowie seinen Kameraden unseren tiefgefühltesten Dank. 671b
Frau Struck nebst Kindern.

Ortskrankenkasse der Zigarren- u. Zigarettenmacher zu Berlin.
Freitag, den 30. März 1906, abends 8 Uhr, im **Restaurant Hempel,** Rosenthalerstr. 11/12:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vorlegung des Jahresberichtes.
2. Bericht der Revisionskommission.
3. Verschiedenes.
Nur die Delegierten der Generalversammlung haben Zutritt.
Der Vorstand.

Extra-Unterstützungskasse f. Buchbinder u. verw. Gewerbe.
Sonntag, den 25. März 1906, vormittags 10 Uhr, bei **Lippke, Melchiorstr. 15:**
General-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Verlesung der Protokolle. 2. Bericht des Rendanten. 3. Bericht der Revisoren und Antrag auf Entlastung. 4. Verschiedene Kassenangelegenheiten.
Der Vorstand. 103/19
J. A.: H. Herzheit, Vorsitzender.

„Neue Zeit“
1883 bis 1906 (auch einzelne Hefte) kauft
Buchhandlg. Vorwärts
Berlin SW. 68, Lindenstr. 69.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41, Spezialarzt für 29/14*
Haut- und Harnleiden.
10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4

Bei **Husten, Heiserkeit** wirken **Reichels Hustentropfen** überraschend schnell und sicher. Nur echt, wenn mit Marke „Medico“ versch. offen. Flasche 50 Pf.
Erhältlich in den Drogerien und bei Otto Reichel, Berlin SO 43 Eisenbahnstr. 4.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Bergarbeiterleben in der Mark.

Dritter Verhandlungstag.

(Eigener Bericht des „Vorwärts".)

Kottbus, 21. März.

Die heutige Sitzung der Strafkammer beginnt mit der Beweiserhebung darüber, ob die „unvermuteten" Revisionen des Bergrats Netto der Grubenleitung lange genug vorher bekannt waren, um Arbeiten zur Verdeckung von vorschriftswidrigen Zuständen ausführen zu lassen. Der erste Zeuge, Zeidler, der hierüber vernommen wird, ist seit 25 Jahren Bergarbeiter und war von 1900 bis 1904 in der Senftenberger Stadtgrube beschäftigt. Er weiß, daß in dieser Zeit oft Arbeiten vorgenommen wurden, durch die mancherlei unordentliche, den Bergpolizeivorschriften widersprechende Zustände in der Grube verbessert oder verdeckt worden sind. Er kann zwar nicht bestimmt sagen, daß solche Arbeiten immer aus Anlaß einer bevorstehenden Revision ausgeführt wurden, jedoch weiß er, daß sehr oft unmittelbar nach der Ausführung derartiger Arbeiten der revidierende Beamte erschien. Daß diese Arbeiten jedesmal mit dem Erscheinen des Revisionsbeamten zusammenhingen, kann der Zeuge natürlich nicht angeben, woraus der Gerichtsvorsitzende sogleich der Ansicht Ausdruck gab, daß also die Arbeiten wohl nicht mit Rücksicht auf die Revision ausgeführt wurden.

Ueber die Zustände innerhalb des Bergwerkes gibt der Zeuge folgendes an: Im Fahr- und Förderweg (Stollen, welcher der Kohlenförderung und dem Verkehr der Arbeiter dient) waren die Kappen (Balken, welche die Decke des Stollens tragen) gebrochen. Es waren zwar Ersatzkappen angebracht, aber man hatte die gebrochenen Kappen nicht beseitigt. Diese hingen so tief hinab, daß die Arbeiter sich tief bücken mußten, um die Strecke zu passieren. Die herabhängenden Splitter streiften den Rücken des Zeugen. Auch Türstöcke (Stützen der Kappen) waren gebrochen.

Der von der Staatsanwaltschaft geladene, vom Oberbergamt Halle gestellte Sachverständige Bergrat Baselt meint hierzu, die herabhängenden Splitter der gebrochenen Kappen seien nicht gefährlich für die Arbeiter. Das seien nur Schönheitsfehler. Wenn die Arbeiter die Augen offen halten, würden sie sich an den Splittern nicht verletzen. — Der Gerichtsvorsitzende gibt seiner Auffassung dahin Ausdruck: Es ist ja niemand verletzt worden. Alles kann doch nicht für die Ewigkeit halten. — Der Angeklagte Gärtner macht darauf aufmerksam, daß der so geschilderte Zustand der Strecke den Vorschriften der Bergpolizei widerspricht.

Der Zeuge Zeidler hat in den vier Jahren, wo er in der Stadtgrube beschäftigt war, den revidierenden Beamten nur einmal gesehen. Daraus soll zwar nicht gefolgert werden, daß der Beamte nicht öfter revidiert hat, wohl aber zieht der Angeklagte daraus den Schluß, daß die Revisionen nicht mit der erforderlichen und polizeilich vorgeschriebenen Gründlichkeit erfolgt sind. Vorschrift ist, daß der revidierende Beamte die Arbeitsstellen zu besichtigen hat. Wenn er dies getan hätte, dann müßte er dem vier Jahre in der Grube beschäftigten Arbeiter öfter zu Gesicht gekommen sein. — Der Vorsitzende meint hierzu: Der Zeuge hat natürlich nicht immer an derselben Stelle des Bergwerks gearbeitet. Es ist also ein Zufall, daß er den Revisionsbeamten nicht öfter sah.

Der Verteidiger befragt den Sachverständigen, Bergrat Baselt, eingehend darüber, ob die Zahl und Art der vom Bergrat Netto ausgeführten Revisionen genüge, um eine dauernde Sicherheit des Betriebes zu verbürgen. — Nachdem der Sachverständige eine Reihe von Fragen des Verteidigers beantwortet hat, merkt man seinem Ton an, daß er weitere Fragen nur widerwillig beantwortet und sich sichtlich bemüht, eine ihm aufsteigende Gereiztheit zu beherrschen. Er sei als Sachverständiger nur für das bestellt, was in den Akten angeführt sei. Fragen, die darüber hinausgehen, werde er nicht beantworten. — Im Laufe der weiteren Befragung macht der Sachverständige zum Verteidiger eine Bemerkung, die diesen zu der Entgegnung veranlaßt: Der Sachverständige scheine befangen zu sein. Unter diesen Umständen werde die Verteidigung, so unangenehm es ihr sei, zu erwägen haben, ob sie nicht auf das Vergnügen, den Herrn Sachverständigen weiter zu hören, verzichten müsse. — Wegen dieser Bemerkung verhängt das Gericht über den Verteidiger eine Ordnungsstrafe von 50 M., weil aus Ton, Gesten und Worten des Verteidigers zu schließen sei, daß er den Sachverständigen habe verhöhnen wollen.

Als bei der weiteren Befragung des Sachverständigen durch den Verteidiger wieder Fragen bezüglich der Revisionen des Bergrats Netto gestellt werden, verweigert der Sachverständige jede auf den Bergrat Netto bezügliche Auskunft.

Als zweiter Sachverständiger ist Bergmeister Spartenbach geladen. Rechtsanwalt Liebknecht beantragt die Ablehnung dieses Sachverständigen, weil derselbe als derzeitiger Assistent des Bergrats Netto in seiner Begutachtung der Revisionen Nettos befangen sein könnte. — Das Gericht lehnte diesen Antrag ab.

Eine längere Erörterung knüpft sich an folgende Bekundung des Zeugen Zeidler: Die Arbeiter mußten, um zur Grubeneinfahrt zu gelangen, den Weg über eine 25 Meter hohe steile Schutthalde nehmen. Bei feuchtem Wetter war dieser Weg gefährlich. Um nicht abzurutschen, mußte man auf Händen und Füßen kriechen. Da die Arbeiter den gefährlichen Weg über die Halde vermeiden wollten, gingen sie durch den Förderstollen. Das ist aber, wenn die Förderung sich im Gange befindet, noch gefährlicher, es ist auch selbst wenn die Förderung stillsteht, bergpolizeilich verboten. Die Benutzung des Förderstollens ist den Arbeitern durch den Steiger untersagt worden, so daß ihnen nur der Weg über die Halde blieb. Dieser Zustand dauerte 3 bis 4 Monate im Winter. In dieser Zeit muß nach Annahme des Zeugen eine Revision stattgefunden haben, es wurde an dem angegebenen Mißstande jedoch nichts geändert. Erst nachdem derselbe in der „Bergarbeiter-Zeitung" besprochen worden war, wurde eine Treppe über die Halde angebracht.

Der Sachverständige, Bergrat Baselt, ist der Ansicht, daß der Weg über die Halde wohl beschwerlich, aber nicht gefährlich sei. Als ein Mißstand könnten die beschriebenen Verhältnisse nicht bezeichnet werden. — Der Angeklagte und der Verteidiger sind hierüber anderer Meinung. Der Vorsitzende sagt mit nachdrücklicher Betonung: Es ist doch nichts passiert, obgleich der Weg mehrere Monate von den Arbeitern benutzt wurde, also war der Weg doch nicht gefährlich. Die Arbeiter haben ja aus Faulheit den bequemeren aber viel gefährlicheren Weg durch den Förderstollen benutzt.

Ein anderer Zeuge gibt an, daß die Fahrstrecke manchmal an vielen Stellen unpassierbar war. Wieder ein anderer Zeuge bekundet, daß notwendige Reparaturen der Strecke meist nicht sogleich gemacht wurden, sondern erst dann, wenn die Kohlenförderung gerade nicht notwendig war. — Mehrere Zeugen, die länger als ein Jahr in der Stadtgrube beschäftigt waren, haben während der Zeit keinen Revisionsbeamten gesehen, sondern nur manchmal gehört, es solle eine Revision stattgefunden haben.

Hierauf wird zur Erörterung eines anderen Punktes der Polizeiwachtmeister Amm wieder vernommen.

Aus einem bei den Akten befindlichen Bericht, den die Polizeiverwaltung von Senftenberg aus Anlaß des Strafverfahrens gegen Gärtner auf Ersuchen des Ersten Staatsanwalts in Kottbus an diesen sandte, verliest der Verteidiger folgenden Passus:

„Es erscheint dringend geboten, gegen p. Gärtner wegen seiner schamlosen und haltlosen Beschuldigungen exemplarisch einzuschreiten, um diesem Menschen, der von den Arbeitergroschen lebt, endlich das Handwerk zu legen.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß er planmäßig in der Verhetzung der Arbeiter vorgeht, um sich dadurch vermutlich noch eine bessere Position zu erobern. Von beständiger Arbeit ist er bisher überhaupt noch kein Freund gewesen."

Der Verteidiger fragt den Zeugen, ob er diesen Bericht verfaßt, oder an der Abfassung mitgewirkt habe.

Der Zeuge verneint die Frage der Abfassung; über die Beteiligung an derselben gibt er keine bestimmte Auskunft und verweigert schließlich seine Aussage über diesen Punkt, nachdem er vom Staatsanwalt und vom Vorsitzenden auf sein Recht der Zeugnisverweigerung über diesen Punkt aufmerksam gemacht ist. — Hierauf hält der Verteidiger dem Zeugen Amm vor, daß er im Zeugenzimmer gesagt habe, es sei ein Skandal, daß jeden Sonntag Versammlungen abgehalten werden. Solcher Hetzerei müsse ein Ende gemacht werden. — Polizeiwachtmeister Amm: Das ist mir ja schon am ersten Tage vorgehalten worden. Ein Spion hat ja dem Verteidiger meine Aeußerung hinterbracht. — Rechtsanwalt Liebknecht: Es handelt sich nicht um dieselbe Aeußerung des Zeugen, die ich am ersten Sitzungstage erwähnte.

Der Staatsanwalt beantragt, diese Frage, als nicht zur Sache gehörend, abzulehnen. Rechtsanwalt Liebknecht: Die Frage gehört zur Sache. Es handelt sich um die Würdigung des Zeugen, der ja bezüglich der Aeußerungen Gärtners in den Versammlungen der Hauptbelastungszeuge ist, durch die hier erwähnte Aeußerung aber gezeigt hat, daß ihm ein hohes Maß von Animosität gegen den Angeklagten Gärtner eigen ist. — Der Staatsanwalt beantragt, den Verteidiger wegen des Ausdrucks „Animosität" in eine Ordnungsstrafe von 75 M. zu nehmen. — Nunmehr stellt der Verteidiger den Antrag, den Zeugen Polizeiwachtmeister Amm in eine Ordnungsstrafe zu nehmen, weil derselbe einem Zeugen den schweren Vorwurf, ein Spion zu sein, gemacht hat.

Der Gerichtshof berät über diese Anträge. Nachdem er zurückgekehrt ist, sagt der Vorsitzende: Das Gericht bittet den Herrn Verteidiger, solche Ausdrücke zu unterlassen. Es ist dem Gericht nicht angenehm, den Verteidiger nochmals in eine Ordnungsstrafe zu nehmen, das Gericht gebe dem Herrn Staatsanwalt anheim, seinen Antrag zurückzuziehen.

Der Staatsanwalt hält seinen Antrag aufrecht.

Hierauf führt Rechtsanwalt Liebknecht aus: Der Ausdruck „Animosität" enthalte nichts Beleidigendes. In der Berliner Gerichtspraxis nehme niemand an diesem Ausdruck Anstoß. Daß der Zeuge Amm sehr animos gegen den Angeklagten Gärtner sei, sei auch jetzt noch seine, des Verteidigers, Meinung.

Das Gericht lehnte den Antrag des Staatsanwalts ab, ebenso den Antrag des Verteidigers. Hierzu sagt der Vorsitzende: Der Zeuge Amm habe die Aeußerung: Die Hetzerei müsse ein Ende nehmen, in einem besonderen Zimmer gemacht, wo er seiner Meinung nach nur mit Bekannten zusammengewesen sei. Es müsse also ein Spion ins Zimmer gekommen sein. — Darauf entgegnet der Verteidiger: Nicht in einem besonderen Zimmer, sondern im Zeugenzimmer habe Polizeiwachtmeister Amm die betreffende Aeußerung gebraucht. Dabei sei ein dem Angeklagten nahestehender Zeuge ungehindert zugegen gewesen. Von Spionage könne also keine Rede sein.

Im übrigen gaben bei der Erledigung dieses Zwischenfalles sowohl der Vorsitzende wie der Verteidiger dem Wunsche Ausdruck, daß sich die Verhandlungen in ruhigen Bahnen abspielen möchten.

Den Schluß der Sitzung bildeten Vernehmungen darüber, ob Gärtner durch Aeußerungen in einer Versammlung den Betriebsinspektor Möller von der Stadtgrube beleidigt habe.

Erster Schutzkongreß für alle in der Schiffahrt und im Schiffbau beschäftigten Arbeiter.

Berlin, 21. März.

Dritter Verhandlungstag.

Zur Verhandlung stand:

Die Unfall- und Erkrankungsgefahr der Arbeiter auf den deutschen Werften und die Mittel zu ihrer Verhütung.

Das Referat hierüber hielt der Arbeitersekretär R. Wissell-Lübeck (Metallarbeiter-Verband). In seinem zirka vierstündigen, ungewöhnlich interessanten Vortrag gab der Redner einen großzügigen Ueberblick über den rapiden Aufschwung der deutschen Schiffbau-Industrie. Entsprechend der Komplikation und den ständig gesteigerten Ansprüchen zur Beschleunigung des Schiffbaues sind auch die Betriebsgefahren gewachsen. An der Hand sorgfältiger Aufstellungen der erreichbaren Unfallziffern entrollte der Vortragende nun ein detailliertes Bild von der intensiven Ausnutzung der Arbeitskraft auf den Werften und der im engsten Zusammenhang damit stehenden Häufung der Unfälle nebst deren mittelbaren und unmittelbaren Ursachen. Einen vielsagenden Aufschluß hierüber konnte er der Berichten der Sektion V der Nordwestlichen Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft entnehmen, in deren Bereich die bedeutendsten Werften Nordwest-Deutschlands liegen. Demgemäß steht fest, daß die Werftbetriebe die absolut und relativ höchste Unfallziffer aufweisen. Es arbeiten nämlich etwa die Hälfte der im Sektionsbezirk beschäftigten Unfallversicherten dieser Berufsgenossenschaft auf Werften. Die Zahl der entschädigungspflichtigen Unfälle verteilt sich aber zu drei Vierteilen auf die Werftbetriebe. Der Sektionsvorstand hat denn auch wiederholt ermahnt, die Werfleitungen möchten, um die Zahl der schweren Schadensfälle und damit die Belastung der Mitglieder zu mindern, den Aufsichtsbeamten doch zweckentsprechende Anleitungen in dieser Hinsicht geben. Auf einer Werft, deren Namen im Sektionsbericht allerdings diskret verschwiegen wird, entfallen auf 1000 Beschäftigte nicht weniger wie 44 entschädigte Unfälle. Auf den kaiserlichen Werften vermindert sich die amtlich bekanntgegebene Unfallziffer allerdings. Eine Beweiskraft für die geringere Unfallgefahr daselbst bietet jene amtliche Bekanntgabe jedoch schon um deswillen nicht, weil die kaiserlichen Werftverwaltungen stets bemüht sind, die Verletzten durch Fortzahlung der alten Löhne von der Stellung von Rentenansprüchen abzuhalten. Wenn die Arbeiter später dann aus irgend einem Grunde entlassen werden, dann sind ihre Ansprüche in der Regel verjährt. Tatsache ist, daß die Zahl der entschädigungspflichtigen Unfälle auf Werften eine die Durchschnittsziffer der übrigen am meisten mit Unfällen belasteten Berufsgenossenschaften weit übersteigt. Als Unfallursache kehrt stereotyp der Vermerk wieder: Absturz von Stellagen, Sturz in den Schiffsraum oder das Trockendock, Abfallen von Gegenständen auf den Kopf usw. Aehnlich wie mit den Unfallziffern steht es mit den Krankenziffern. Laut Reichsstatistik entfallen während der letzten vier Jahre im Durchschnitt in den gesamten Krankenkassen auf je 100 Mitglieder 37,4 Erkrankungen. Für den Werftdistrikt des Nordwestens kommen dagegen auf die kaiserliche Werft in Kiel auf je 100 Krankenversicherte 42 Erkrankte, auf die kaiserliche Werft in Wilhelmshaven 47, auf die kaiserliche Werft in Danzig 64, auf die Howaldtwerft in Kiel 49, auf die Flensburger Werft 49, auf die Kruppsche Germaniawerft in Kiel 63 und auf die Werft der A.-G. Weser in den Jahren 1902—1903 sogar 84 Erkrankte. Ebenfalls übersteigen die Krankheitstage den Reichsdurchschnitt ganz erheblich. Die Krankheitsursachen sind zur Hauptsache in der mangelhaften Ventilation und der dadurch hervorgebrachten Verqualmung der Arbeitsräume sowie in der permanenten Erschütterung des Nerven- und Muskelsystems durch Verwendung der pneumatischer Hämmer zu suchen. Außerdem greift das häufige Arbeiten in Zugluft und Nässe die Gesundheit in erheblichem Maße an. Auch die Mangelhaftigkeit der sonstigen sanitären Einrichtungen trägt ihr gutes Teil zu Erkrankungen bei. Verbesserungen tun dringend not und sind auch um so leichter durchzuführen, als die Schiffbau-Industrie enorme Gewinne abwirft. Der Vortrag Wissells fand stürmischen Beifall.

An der Diskussion beteiligten sich nur Müller und Deichsel vom Schiffszimmerer-Verband und Kirschnick vom Verband der Maschinisten und Heizer. Die übrigen Delegationen gaben die Erklärung ab, daß sie, um den Vortrag Wissells in seiner Wirkung nicht abzuschwächen, auf die Teilnahme an der Debatte verzichten würden.

Es gelangte darauf einstimmig eine Resolution zur Annahme, in welcher der Kongreß die Regierung auffordert, so schnell wie möglich dem Bundesrat und dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorzulegen, worin ausreichende Bestimmungen zum Schutze von Leben und Gesundheit der in Schiffbaubetrieben beschäftigten Arbeiter enthalten sind. In diesem Gesetzentwurf müssen unter anderem Bestimmungen enthalten sein, wonach:

1. Die Arbeiter berechtigt sind, aus ihren Reihen Kontrolleure zu bestellen, die den Auftrag haben, Gerüste, Stellagen, Arbeitsmittel und Werkzeuge vor der Benutzung auf ihre Sicherheit zu prüfen und die sanitären und hygienischen Einrichtungen (Ventilation, Beleuchtung gefährlicher Stellen usw.) auf genügende Beschaffenheit und Menge zu untersuchen; ferner die Befugnis besitzen, den Beginn oder die Fortführung der Arbeit zu verhindern, solange die genannten Einrichtungen nicht in genügendem Maße vorhanden oder im Verlauf der Arbeit soweit unbrauchbar geworden sind, daß sie nicht genügenden Schutz vor Unfall- oder Erkrankungsgefahr bieten;
2. Vorschriften zur Verkürzung der Arbeitszeit sowie zur Einschränkung der Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit enthalten sind;
3. gefährliche Arbeiten ausschließlich in Zeitlohn auszuführen sind.

Den in den Schiffbaubetrieben vertretenen Gewerkschaften wird zur Aufgabe gemacht, über die Unfälle und die Berufskrankheiten der Arbeiter ihrer Branche fortlaufend Statistik zu führen.

Als Vertreter des „Vereins deutscher Kapitäne und Offiziere der Handelsmarine" (Sitz Hamburg) gab der Kapitän Freyer seiner persönlichen Befriedigung über den Verlauf des Kongresses Ausdruck. Er habe aus den Verhandlungen manches gelernt, was ihm bisher vollständig fremd gewesen sei, und könne nur wünschen, daß der Kongreß mit seinen Bestrebungen baldigen Erfolg haben möge.

Bezüglich der Errichtung einer ständigen Schutzkommission für die in der Schiffahrt und im Schiffbau beschäftigten Arbeiter stimmte der Kongreß einer Resolution zu, in der eine solche Kommission für erstrebenswert bezeichnet wurde. Die näheren Vorarbeiten zur eventuellen Einsetzung derselben sollen jedoch den Zentralvorständen der in Frage kommenden Organisationen überlassen bleiben.

Hierauf wurde der Kongreß nach einer Schlußrede des Vorsitzenden Kloß-Stuttgart mit einem Hoch auf die Arbeiterbewegung geschlossen.

Aus Industrie und Handel.

Industrielle Konzentration.

Daß die Syndikate und Kartelle nicht die höchste Stufe der Wirtschaftsorganisation darstellen, lehrten schon die Erscheinungen beim Kohlensyndikat. Dieses hat tatsächlich nur die Erstarkung der Großen gefördert, es wirkte außerordentlich befruchtend für monopolistische Bestrebungen. Unter der Wirkung des Syndikats vollzog sich in schnellerem Tempo und in gewaltigem Umfange der Zusammenschluß von Kohle und Eisen; reine Zechen schlossen sich zusammen, oder sie verwandelten sich in Hüttenzechen, und als Vorläufer weiterer Zusammenschlüsse kam die große Interessengemeinschaft Gelsenkirchen-Rote Erde-Schalke zustande. Aehnliche Transaktionen scheint auch der Stahlwerksverband zu gebären. Wie im Kohlensyndikat wirkt auch hier die Beteiligungsfrage als Sprengpulver. Der Stahlverband funktioniert wie das Kohlensyndikat als Verkaufsbureau. Die einzelnen angeschlossenen Werke bekommen die Aufträge überwiesen, ihnen selbst geht die Fühlung mit den Verbrauchern vollständig verloren, das Netz der Abflußkanäle für die Produkte wird ihrem Ueberblick entrückt, der Komplex der Handelsbeziehungen entzieht sich ihrer Kontrolle. Wird nach Ablauf des jetzigen Vertrages der Stahlverband nicht ruiniert, dann stehen die Werke vor einer neuen Aufgabe, sie müssen erst wieder ihre Verkaufsbureaus, den Absatz ihrer Produkte organisieren. Aber nicht alle Werke sind in solcher Situation! Einige Unternehmen sind mit Eisengroßhandlungen liiert oder fungieren selbständig wie Thyssen — Deutscher Kaiser — als Handelsfirma. Finanziell verbunden mit Eisenwerken sind die Firmen Karl Spaehr mit Rombacher, Hütte, Gebr. Rochling mit Röchling, Röhr u. Co. mit de Wendel, Julius Schoch u. Co. mit der Deutsch-Luxemburgischen Gesellschaft. Für die hier genannten Werke birgt das Auseinanderfallen des Stahlverbandes keine Gefahr, für sie kann sofort die angeschlossene Handelsfirma, die jetzt natürlich auch auf den Stahlverband angewiesen ist, den Verschleiß übernehmen. Dieser Umstand wird das Selbstgefühl der betreffenden Unternehmer nicht wenig stärken, sie werden mit erhöhten Ansprüchen auftreten, größere Beteiligungsquanten beanspruchen. Widersetzen sich die übrigen Werke solchem Begehr, den sogenannten Werkfirmen kanns recht sein, sie werden eher Vorteil als Nachteil davon haben. Wenn bei den demnächst aufzunehmenden Verhandlungen über die Verlängerung des Stahlverbandes die volle Bedeutung der Verbindung der Werke mit Handelsfirmen in Erscheinung tritt, dann wird das Bestreben zu solchen Fusionen verstärkt sich geltend machen. So ist ein neuer Anstoß zu weiterer Monopolisierung in der Eisenindustrie gegeben, die Konzentration geht dahin, alle Phasen der Produktionen, beginnend mit der Gewinnung des Rohmaterials, endend mit der Fertigfabrikation und mit Einschluß des Verschleißes zu umfassen.

Glück im Unglück. Aus Cardiff wird gemeldet: Infolge des französischen Bergarbeiterstreiks sind die Kohlenpreise hier ganz bedeutend gestiegen. Aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiete wird berichtet, daß aus Frankreich starke Nachfrage vorliegt, wodurch die Fördertätigkeit stark beeinflußt werde. Die „Köln. Volksztg." darf sich rühmen, solche wohltätige Wirkung des Unheils in Courrières zuerst konstatiert haben.

Deutsche Kontinental-Gasgesellschaft in Dessau. Im Geschäftsbericht wird darüber geklagt, daß das Geschäft in Warschau unter der Einwirkung der vielen Streiks, in welcher die Arbeiter durch verschiedene sozialistische und revolutionäre Komitees hineingehetzt worden seien, beeinträchtigt wurde. Nach solchem scharfmacherischen Ausfluß legt die Verwaltung aber ein linderndes Pflästerchen auf die Wunden der Aktionäre, indem konstatiert wird, daß trotzdem wieder 10 Proz. Dividende verteilt werden können.

Kreuzstern

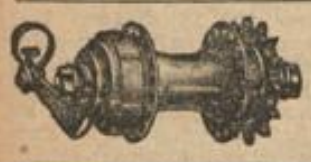
MAGGI's Bouillon-Kapseln

1 Tasse vorzüglicher Fleischbrühe zu 5 Pfg.

1 Tasse extra starker Kraftbrühe zu 7½ Pfg.

je 2 Portionen in Kapseln zu 10 und 15 Pfg.

Man achte genau auf den Namen „MAGGI".



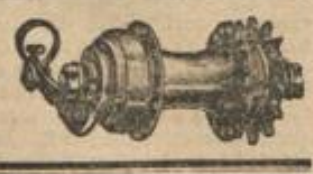
New-Departure-Freilauf-Bremsnabe

Die beste der Welt

Erhältlich in jeder besseren Fahrradhandlung.

Millionen im Gebrauch

Engros-Vertrieb: Romain Talbot, Berlin S.



Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Inventur-Ausverkauf. Gardinen Stores, 10 Prozent Rabatt. Fenster (zwei Schals) 140, 185, 225, 285, 350, 485, 575, 665 usw. 1321R*

Inventur-Ausverkauf. Vorzieh-Gardinen mit überraschend schöner Stickerei, Fenster 135, 165, 210, 255, 285, 325, 425 usw., goldfarbig und rot 265, 285, 325, 450 usw. 1322R*

Tüllbettdecken, weiß, creme, 195, 225, 285, 375, 450—790. Weißenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 1323R*

Inventurpreis. Steppdecken, Simili, Seide, rot, grün, oliv, blau, zirka 160 breit, 200 lang, Handarbeit (Wert 10,50) jetzt Stück 5,85.

Steppdecken, Gelegenheitskauf, nur so lange Vorrat, 285, 365, 425, 585, 675, 785 usw. Weißenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. *

Inventur-Ausverkauf. Tischdecken mit kleinen Stickfehlern in allen Farben, Größen, 1,85, 2,25, 2,75, 3,50, 4,35 usw. 1326R*

Plüschtischdecken, Gelegenheitskauf, mit kleinen Stickfehlern, nur so lange Vorrat, 4,85, 5,65, 6,35, 7,50, 8,45, 9,65, 10,85. 1327R*

Möbelstoffreste in Wolle und buntem Plüsch, zu Sofabezügen ausreichend, in allen Preislagen. Weißenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 1328R*

Inventur-Ausverkauf. Abfall-Teppiche in allen Größen zu Spottpreisen. 1329R*

Teppiche, imitiert Japaner und Perser, 2 Meter lang, nur 3,25. Weißenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 1330R*

Inventur-Preis. Portieren (zwei Schals, ein Lambrequin) Garnitur 3,85, in allen Farben. 1331R*

Einzelne Plüsch- und Tuchgarnituren enorm billig. Weißenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 1332R*

Gardinen-Versandhaus Jerusalemerstraße 11/12 Inventur-Ausverkauf zu bedeutend herabgesetzten Preisen. 1291R*

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. †1

Deckbett, Unterbett, Kissen mit glattrotem Inlett, zusammen 10,50, nur (Pfandleihe) Andreasstraße 38. *

Rotrosa-gestreiftes Deckbett, Unterbett, zwei Kissen, 18,00, Andreasstraße 38. 1342R*

Pommersches Bauernbett, Deckbett, Unterbett, zwei Kissen, 27,00. Großes Laken, Stück 1,00. Pfandleihe Andreasstraße 38. Elektrische nach überall. 1343R*

Bettenverkauf, Gardinenverkauf, Aussteuerwäsche, Steppdecken, Bettinlette, Tischdecken, Teppichverkauf, Riesenauswahl Uhrensorten, Festgeschenke, Damengarderoben, Herrenkleidung, Möbelstücke, sensationelle Spottpreise. Brautleuten empfehlenswert. Pfandleihhaus Weidenweg neunzehn. †40*

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 254/12*

Fahrräder, Teilzahlungen. Bergstraße 28, Stalitzerstraße 40. 1339R*

Pianinos Miete, Teilzahlung. Andersen, Schillingstraße 38. 288/17*

Bronzegaskronen! dreiflammig 6,00, Gaszuglampen 9,00! Salongaskronen 15,00! Gasampellhren 1½! Schaufensterlicht billig! Zweillochgaskocher 3,00! Gasbügelapparat 2½! Wohlauer, Wallnertheaterstraße 32. *

Möbel aller Art, Kleiderspinde, Garderobenspind, Vertiko, Stühle, Küchensachen, neu und gebraucht verkauft billigst Möbelspeicher Dresdenerstraße 117. 5145

Neueste Damenhüte, sehr preiswert, nur Pappelallee 140, Eckhaus, Schönhauserallee. 1361R*

Samenhandlung, Adolf Demmler, Dresdenerstraße 17, liefert wie seit 70 Jahren nur echte Elite-Sämereien für Garten und Feld. 1388R*

Hochvornehme Herrenanzüge, Paletots, feinsten Maßstoffen herrührend, 18—38,00. Herrenhosen verkauft täglich, Sonntag. Deutsches Versandhaus, Jägerstraße 63, I. *

Kanarienhähne. Neueste Gesangsrichtung. 1906 höchsten Ehrenpreis, goldene Medaille. Erstklassiges Zuchtmaterial. Große Auswahl. Verkauf Krebs, Köpenickerstraße 154a. 1273R*

Teppiche mit Farbenfehlern Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. †1

Möbelverkauf. In meiner Möbelfabrik Gneisenaustraße 15, am Halleschen Tor, stehen viele Wohnungs-Einrichtungen, verliehen gewesene und neue Ausstattungen zu sehr billigem Verkauf. Teilzahlung bei geringer Anzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung. Ich liefere gediegene Einrichtungen für 200, 300, 400 Mark, hocheleganter 500 bis 10 000 Mark. Besonders empfehlenswert ist der große Vorrat verliehen gewesener und zurückgesetzter Möbel, die noch fast neu und im Preise bedeutend herabgesetzt sind. Kleiderspind 22, Sofa mit Auszug 30, Bettstelle mit Matratze 20, Muschelspinde, Vertiko 34, Säulentrumeau 36, Plüschgarnitur 105, Muschelbettstelle mit Matratze 38, geschnitztes Büfett 115, Paneelsofa 80, Schreibtisch 28, englische Schlafzimmer, Speisezimmer, besonders preiswerte Salons. Gekaufte Möbel werden drei Monate kostenfrei aufbewahrt, durch eigene Gespanne geliefert. Musterbuch gratis. Sonntags von 8—10 und 12—2 Uhr geöffnet. 1363R*

Möbelangebot. Im Möbelverkaufsspeicher (Anhalter Bahnhof), Möckernstraße 25, Hochbahnstation Möckernbrücke, stehen verschiedene Zimmer Nußbaummöbel zum Verkauf. Darunter befinden sich hochmoderne Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, auch einzelne Salongarnituren, Paneelsofas, Bücherschränke, Ankleideschränke, Nußbaumbüfetts, Bronzekronen, Salonbilder, Schreibtische 28,00, funkelnagelneu, Ruhebetten mit wunderschöner Diwandecke 22,50, hocheleganter Säulentrumeau 30,00, prachtvolle Zimmerteppiche 8,00, Salonteppiche schon 14,00 bis zu den allergrößten Saalteppichen, reichgestickte Uebergardinen, Spachtelstores, Tüllgardinen, Steppdecken, Standuhren, Plüschtischdecken 5,00, verschiedene Gelegenheiten. Ankauf ganzer Warenlager, Wirtschaften, Konkursmassen, kostenlose Aufbewahrung und Transport gekaufter Möbel. Otto Lidekes Transport- und Lagerhaus (Anhalter Bahnhof), Möckernstraße 25. 1306R*

Federbetten Stand 10,50, große 16,00, Brautbetten, Aussteuerwäsche, Gardinen, Teppiche, Tischdecken, Steppdecken, Uhren, Goldsachen, spottbillig. Pfandleihhaus Küstriner Platz 7. 1345R*

Räumungshalber Säulenspind und Säulenvertiko billig zu verkaufen, Magazinstraße 18b, parterre rechts. 564b*

Möbeltischlerei liefert geschmackvolle Wohnungseinrichtungen äußerst billig. Nußsiebtisch 17, Nußbaum-Kleiderschrank, Vertiko 45, Trumeau geschliffen 35, Plüschsofa 55, Muschelbettstellen mit Matratze 40. Schlafzimmer. Farbige Küchen 60. Besichtigung meines staunend großen Lagers erbeten. Auch Ratenzahlung. Kein Laden. Nur Keller und Hinterräume. Harnack, Tischlermeister, Dresdenerstraße 124, zwischen Oranienplatz und Kottbuser Thor. Genossen erhalten 5 Prozent. 1288R*

Kostüme, Kostümröcke, Blusen zu Fabrikpreisen, Blumenstraße 9 II.

Milchgeschäftseinrichtungen, Milchkübel, Kannen, Maße, Milchsiebe, Wiegeschalen, Buttermaschinen etc. billigst. Jordan, Michaelkirchstraße 21.

Steppdecken, Tischdecken, Schlafdecken, Reisedecken spottbillig, Teppichhaus Münzstraße 17. 1369R*

Teppiche, kleine Webefehler, spottbillig, Teppichhaus Münzstraße 17.

Gardinen, Portieren, Store, Tüllbettdecken wegen Ueberfüllung spottbillig, Teppichhaus Münzstraße 17.

Delikatessengeschäft, volkreiche Gegend, verkauft billig Zigarrengeschäft, Hufelandstraße 43. 6145

1000 neue Nähmaschinen gebe auf Abzahlung, ohne Anzahlung, Langschiff, hocharmig, komplett, mit allen Apparaten. Elegante Ausstattung, drei Jahre reelle Garantie. Bellmann, Gollnowstraße 26, nahe der Landsbergerstraße. Alte Maschinen nehme in Zahlung. 1133R*

Herrenfahrrad, kleines Plüschsofa, Kleiderspind, Bettstelle, Dresdenerstraße 58, III rechts. 3906b

Plüschsofa, Salongarnitur, Kleiderschrank, Säulentrumeau, elegant, sofort billig verkäuflich Invalidenstraße 40/41, hochparterre links, herrschaftlicher Aufgang. 103/20

Destillation, für kinderlose Leute passend, 5 Jahre im Besitz, verkäuflich Scharnhorststraße 36. 6735

Nähmaschinen, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00. Für Nachweis Provision. Köpenickerstraße 60/61, Große Frankfurterstraße 43, Prenzlauerstraße 59/60. *

Nähmaschinen. Vergüte bis 12,00, wer Teilzahlung kauft oder nachweist. Woche 1,00. Postkarte. Brauser, Tilsiterstraße 90. †44*

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. 1†

Kinderwagen, Kinderbettstellen, Sportwagen, gebrauchte, zurückgesetzte spottbillig. Schneider, Kurfürstenstraße 172. 1015*

Bis Mitte April verkaufe meine 8 Zimmer Möbel, Plüschsofa, Ausziehtisch, Schränke, Bilder, Bettstellen Köpnickerstraße 128a I. 665b

Möbel, Spiegel, Polsterwaren, großartige Auswahl vollständiger Wohnungseinrichtungen. Preise staunend billig. Saalfelds Möbelspeicher, Krautstraße 50. 6675

Parteilokal mit Vereinen und Zahlstellen sofort zu verkaufen. Näheres bei Nölte, Brunnenstraße 63 vorn II. 674b

Dame verkauft sämtliche Möbel einer großen Wohnung, auch 10 Standbetten, Bilder, Gardinen, Teppiche, Steppdecken, Portieren, Dresdenerstraße 38, vorn II links. 103/15*

Nähmaschinen, alle Fabrikate, ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00, gebrauchte 12,00, Postkarte genügt. Wienerstraße 6, Ackerstraße 113. 6096

Kinderwagen verkauft Schulze, Friedelstraße 21, Quergebäude, 4 Treppen. †120

Rockanzug preiswert zu verkaufen Pücklerstraße 41, Hof I links. †16

Küchenspind, Küchentisch, Küchenstühle verkauft umzugshalber billig Köhler, Mattenstraße 14. †44

Spind, Bettstelle, Kommode, Kinderwagen, Tische, Plüschsofa billig zu verkaufen. Chdinski, Naunynstraße 17.

Möbelverkauf Wallstraße 80/81. Am Lager befinden sich viele zurückgesetzte und verliehen gewesene Möbel, die wie neu sind, Muschelkleiderspind, Muschelvertiko 28 Mark, Ausziehtisch 17, Bettstelle mit Federmatratze und Keilkissen 29, Mischelspiegel 12, Kommode 18, Ruhebett 26, Muschelbettstelle, komplett 39, Rohrstühle 3, Taschensofa 54, Paneelsofa 75, Schlafsofa 38, Waschtoiletten 26, Säulentrumeau, geschliffen 36, Herrenschreibtisch 50, Bücherspind, Büfetts, Säulenmöbel, englische Schlafzimmer, moderne Küchenmöbel. Auch Teilzahlung, Transport in Berlin und Vororten frei. 103/14

Verschiedenes.

Berichtigung! An dem Tode meines Mannes ist nicht Herr Ernst Nüsser, Oderbergerstraße 12, schuld. Mein Mann starb an Herzschlag. Frau Mummert, Oderbergerstraße 19.

Patentanwalt Wessel, Gitschinerstraße 94a. 3485*

Platinabfälle, alte Goldsachen, Bruchgold, Silber, Gebisse, alte Uhren, Rehgold, Staubgold, photographische Rückstände, Staniolabfälle, alte Tressen, sowie sämtliche gold- und silberhaltigen Abfälle kauft Goldschmelze Brod, Wrangelstraße 4. Telephon Amt 4, 6058. 97/1*

Kunststopferei von Frau Kolosty, Charlottenburg, Goethestraße 84, I. *

Pfandleihe, Prinzenstraße 63, täglich 8—8, Sonntags bis 2. 96/2*

Maßanfertigung tadellos sitzender Damengarderobe, sowie Schneiderkostümen, Blumenstraße 9 II. *

Fahrradankauf, auch defekte, Preisangabe. Kümmerelt, Große Frankfurterstraße 14. 1390R*

Bier Vereinszimmer frei Seydelstraße 30. 2915*

Wäsche wird sauber gewaschen, Freien getrocknet. Abholung Sonnabends. Emil Pankrath, Köpenick, Müggelheimerstraße 40. 6455

Herrn Graf, Wiesenstraße 41/42, erkläre ich für einen Ehrenmann. Frau Herlein. †83

Aufpolsterung! Matratze 4,00, Sofa 5,00. Arlt, Molkenmarkt 1.

Vermietungen.

Vereinszimmer mit Klavier, passend für Nachweis, auch Kontor. Kleine Kurstraße 10. 6605

Zimmer.

Kleines nettes Balkonzimmer, möbliert oder leer, zu vermieten bei Wessely, Schöneberg, Ebersstraße 65 vorn, am Bahnhof. 5675*

Schlafstellen.

Teilnehmer zur möblierten Schlafstelle gesucht. Frau Jacobey, Kolbergerstraße 26, III. 78b2

Bessere Schlafstelle für Herrn Kanonierstraße 35 III bei Hahn. 661b

Schlafstelle. Oranienstraße 156, vorn, Bierente. 103/16

Mietsgesuche.

Zwei junge Leute suchen sofort oder zum 1. April möbliertes Zimmer 1 oder 2 Treppen, Nähe der Stephanstraße. Zu erfragen bei Faber, Stephanstraße 11. †73

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Blinder Stuhlflechter bittet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeliefert. A. Gläser, Muladstraße 27. 1468b

Stellenangebote.

Schlosser, selbständig auf Geld- und Briefschränke, Schloßbau. Fuhrmann, Köpenickerstr. 114. 6665*

Tüchtigen Polsterer verlangt Alte Schönhauserstr. 32, Quergebäude IV.

Farbigmacher verlangt Rixdorf, Prinz Handjerystraße 73. †119

Zwingenanreißer, geübt, sowie Fix- und Fertigmacher für Kongo, Weichsel usw. suchen Gebr. Goldmann, Ritterstraße 71. 6575

Kreissägenschneider und Kistenmacher sucht Kistenfabrik, Lausitzerstraße 31. 6706

Töpfer auf Privat verlangt Wallnig, Töpfermeister, Marburgerstraße 7. 664b

Oberhemden-Näherinnen, auch Arbeitsstuben bei dauernder Beschäftigung sucht J. Gottheim, Wäschefabrik, Elisabethstraße 22. 236/9

Belegerinnen stellen sofort ein C. Rüthenberg Nachf., Weißensee, Langhansstraße 126/128. †124

Farbigmacherin verlangt Spiegelfabrik Badian, Schmidstraße 24. 675b

Zeitungsfrauen sofort verlangt Prinzenstraße 41. 103/17*

Zeitungsfrauen finden dauernde Beschäftigung. (Tour Mauerstraße.) Meldungen Schützenstraße 22. 103/18*

Lehrmädchen, gerade eingesegnete, verlangt Ruhemann, Straußfederfabrik, Ritterstraße 53. Vorstellung mit Eltern und Abgangszeugnis. 658b

Straußfedern-Näherinnen, Kräuselrinnen, im und außerm Hause, bei hohem Gehalt beziehungsweise guten Löhnen, verlangt bei dauernder Beschäftigung Ruhemann, Straußfederfabrik, Ritterstraße 53. 659b

Plätterinnen auf gereinigte und gefärbte Damengarderobe gesucht. Altenbergs Färberei, Weißensee, Langhansstraße 4. †138*

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Für eine **größere Fabrik Norddeutschlands** wird **zur Beaufsichtigung** der Hoftagelöhner ein

Platzmeister gesucht, 103/7*

welcher befähigt ist, eine größere Anzahl Leute zu beaufsichtigen und zur Arbeit einzuteilen. Bewerber, welche diesen Anforderungen vollständig genügen, wird guter Lohn und freier Umzug zugesichert. Offerten mit Zeugnisabschriften, Angaben früherer Tätigkeit und Familienverhältnisse sind unter **F. Z. V. 734** an **Rudolf Mosse, Frankfurt a. M.,** erbeten.

Schmiede, Schlosser, Nieter, Stellmacher (Wagner) **u. Schreiner gesucht.**
Waggonfabrik Aktiengesellschaft Rastatt (Baden). 206/3*

Gipsformer
für **Modellplatten** für dauernde Stellung bei hohem Lohn gesucht. Angebote unter Chiffre **„Eisengießerei"** postlagernd Postamt 39, Weddingplatz. 5442

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Wegen **Streik** und **Differenzen** ist
Zuzug fernzuhalten
von **Treppengeländer-Arbeitern (Drechsler, Tischler, Stellmacher, Polierer, Maschinenarbeiter und Bildhauer)** von der Treppengeländerfabrik Joseph Drechsler, Gubenerstraße 33;
von **Einsetzern** vom Bau Gerhardt in Halensee, Schweidnitzerstr. 6 und 7, und **Tischlern** von **Ebers Möbeltischlerei,** Manteuffelstr. 22.
Die Ortsverwaltung.

Achtung! Vergolder!
Die Differenzen in der Lackiererei von **A. Bethke, Kochstr. 62,** sind beigelegt und die Sperre somit aufgehoben.
225/8 **Die Ortsverwaltung.**

Für unser im Herbst d. J. zu eröffnendes

Warenhaus Kottbuserdamm

Ecke Gräfestrasse

suchen wir zum Eintritt per 1. Juni für folgende Abteilungen **tüchtige**

Verkäuferinnen

resp. erste Lagerdamen:

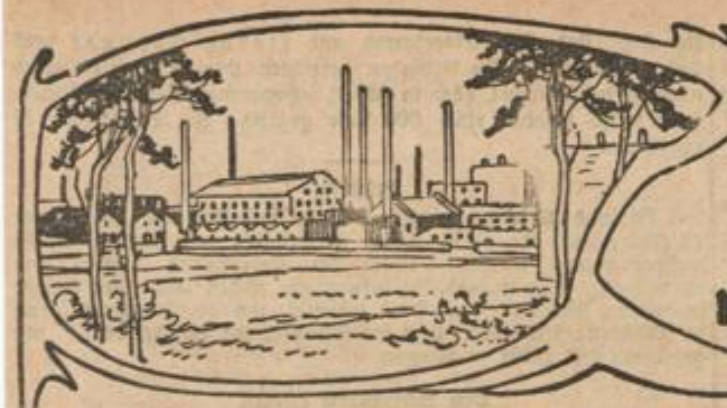
Kurzwaren
Handschuhe
Schuhwaren
Konfituren
Lebensmittel
Parfumeriewaren
Putz
Seidenband
Weißwaren & Spitzen
Blumen und Federn
Seidenwaren
Leinen- und Baumwollwaren
Tischzeuge
Futterstoffe
Herrenartikel
Wäsche
Tapisserie
Korsets
Schürzen
Möbelstoffe
Kleiderstoffe
Schirme
Konfektion
Wirtschaftsartikel
Lampen
Bijouteriewaren
Lederwaren
Galanteriewaren
Bücher und Schreibwaren
Glas und Porzellan
Spielwaren
Betten
Strumpfwaren
Holzgalanteriewaren

Meldungen
mittags **12-2** oder abends **7-9** Uhr.

A. Jandorf & Co.
Belle-Alliancestr. 1-2.

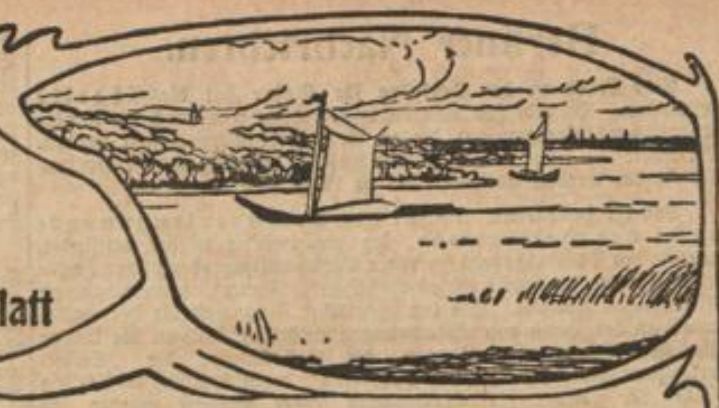
Geübte Leger
von fugenlosem Fußboden gesucht.
Berliner Lapidon-Werke, Friedenau, Friedenauerstraße Nr. **70.**
Meldung 9—10 oder 5—7 Uhr.

Verantwortlicher Redakteur: Hugo Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.



Vorort

Beilage des „Vorwärts" Berliner Volksblatt



Redaktion und Expedition: Berlin, Lindenstr. 69. Fernsprecher: Amt IV, 1983. | **Nr. 68. Donnerstag, den 22. März 1906.** | Inserate Sechsgespaltene Kolonelzeile 20 Pfg. Bei größeren Aufträgen entsprechenden Rabatt.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste! Durch Anfragen veranlaßt, teilen wir mit, daß in Zernsdorf das Lokal von Knorr nach wie vor der Arbeiterschaft zu den bekannten Bedingungen zur Verfügung steht.
Die Lokalkommission.

Rixdorf. 2. Bezirk. Freitag, den 23. März, abends 8½ Uhr, Bezirksversammlung bei Wollbrandt, Kirchhofstr. 41.
Der interessanten Tagesordnung wegen ist vollzähliges Erscheinen dringend erwünscht.
Der Bezirksführer.

Vorort-Nachrichten.

Zur Gemeindewahlbewegung.

Gemeindewahlen finden heute in Reinickendorf, Zehlendorf und Karlshorst statt.

Reinickendorf. Genossen, Arbeiter! Heute nachmittag von 3 bis 7 Uhr findet die Wahl zur Gemeindevertretung in der dritten Klasse statt. Unser Kandidat ist der Restaurateur Heinrich Schiller, Provinzstr. 79. An unseren Genossen wird es liegen, den Gegnern zu beweisen, daß die dritte Klasse der Sozialdemokratie gehört. Es ist Pflicht aller Genossen, die Säumigen aufzurütteln und darauf hinzuweisen, daß die Nichtbeteiligung an der Wahl nichts anderes bedeutet als eine Begünstigung unserer Gegner. Auch diejenigen Genossen, welche mit Arbeitern aus Reinickendorf-Ost zusammenarbeiten, bitten wir, dieselben auf ihre Wahlpflicht aufmerksam zu machen. Kein Arbeiter darf der Wahl fernbleiben, sollen wir das Mandat gewinnen.

Nieder-Schönhausen. Die Stichwahl in der dritten Abteilung ist auf Mittwoch, den 28. März, nachmittags von 12—6 Uhr angesetzt. Sie findet wieder im Liedemit'schen Lokal statt. Parteigenossen, beginnt heute schon mit der Agitation. Nutzt alle Chancen aus, damit es uns gelingt, unseren Kandidaten in das Dorfparlament hineinzuwählen.

Weißensee. Am morgigen Freitag findet nachmittags von 4—8 Uhr für die 3. Wählerklasse die Gemeinderatswahl statt. Pflicht eines jeden aufgeklärten Wählers ist es, dem sozialdemokratischen Kandidaten die Stimme zu geben!

Karlshorst. In der für die Gemeindewahlen der dritten Klasse einberufenen öffentlichen Wählerversammlung sprach am Dienstag an Stelle des durch auswärtige Verbandsgeschäfte verhinderten Genossen Heinrich Stühmer, Genosse Käming-Berlin über die bevorstehenden Gemeindewahlen und das sozialdemokratische Gemeindeprogramm. Der Vortragende entledigte sich seiner Aufgabe in sehr leicht verständlicher Weise und erntete lebhaften Beifall. In der Diskussion geberdete sich ein Herr Bläsing als Vertreter der bürgerlichen Ordnung, indem er auf die Roten und Juden schimpfte. Seine verworrenen Ausführungen brachten die Versammlung in recht heitere Stimmung. Die Genossen Link, Umbreit, Heider, Pinseler und Gronwald fertigten den Herrn recht gründlich ab. Mit einem Appell an alle arbeitsfreudigen Genossen, während der Wahlzeit (von 12 Uhr mittags bis 8 Uhr abends) dem Wahlkomitee, das bei Kupsch (Waldschänke) stationiert ist, sich zur Verfügung zu stellen, wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Zehlendorf. Die Genossen werden ersucht, am heutigen Tage mit allen Kräften zu agitieren. Denn nur, wenn jeder organisierte Arbeiter seine Pflicht tut, kann uns der Sieg zufallen. Die Gegner versuchen alles um uns niederzuhalten, und ihr Haupttrumpf sind die zahllosen Forensen, die nach einer neuerlichen Ministerialverfügung ja für jene Herren billig wie Brombeeren sind.

Es genügt daher nicht, daß nur jeder organisierte Arbeiter selbst zur Wahl geht, sondern jeder muß so viel wie möglich seine wahlberechtigten Berufsgenossen mitbringen, damit uns der Sieg gleich im ersten Wahlgang zufällt.

Die Wähler des Bezirks I (südlich der Bahn), Wahllokal: Fürstenhof, geben ihre Stimme dem Rohrleger Eduard Scheler, die des Bezirks II (nördlich der Bahn und Schlachtensee), Wahllokal: Kaiserhof, dem Prediger a. D. Paul Göhre. Die Wahlbureaus unserer Partei befinden sich für den Bezirk I bei Gustav Hanschmann, Hauptstraße, für den Bezirk II bei Benno Mickley, Potsdamerstraße. Jeder Wähler, welcher gewählt hat, ist verpflichtet, sich im Wahlbureau einzufinden, um sich dort den leitenden Genossen zur Verfügung zu stellen. Vergesse niemand, wenn er keine Wähler-Legitimationskarte erhalten haben sollte, sich mit einem anderen Ausweis (Steuerzettel, Mietskontrakt usw.) zu versehen.

Genossen! Es kommt heute auf jede Stimme an; niemand schätze sein Wahlrecht gering. Es ist die einzige Waffe, welche uns zur Verfügung steht. Gewählt wird von 5—8 Uhr nachmittags. Wer bis um 8 Uhr im Wahllokal erscheint, darf noch wählen! Gehe jeder aber rechtzeitig zur Wahl!

Um 9 Uhr abends findet bei Benno Mickley, Potsdamerstr. 25, eine öffentliche Versammlung für Männer und Frauen statt. Tagesordnung: Verkündung des Wahlresultats.

Adlershof. Die Ergänzungswahlen zur Gemeindevertretung finden am 26. März, nachmittags von 4—7 Uhr im Gemeindebureau, Bismarckstraße statt. Den Parteigenossen wird es zur Pflicht gemacht, die kurze Zeit bis zur Wahl zu benutzen und fleißig zu agitieren, damit die von der Sozialdemokratie bis jetzt innegehabten beiden Sitze nicht verloren gehen. Es ist Pflicht eines jeden, sein Wahlrecht auszuüben, damit am Tage der Wahl unsere Kandidaten, die Genossen Ferdinand Büttner und Hermann Hildebrandt als Sieger hervorgehen.

Wahlergebnisse.

Königs-Wusterhausen. Bei der am Dienstag stattgefundenen Gemeindewahl in der III. Klasse wurden von 654 eingeschriebenen Wählern 228 Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf unseren Genossen Schmidt 113 und auf die bürgerlichen Kandidaten Grünler 92, Nögerer 14, Gothan 8 Stimmen und Niezelt 1 Stimme. Unser Genosse Schmidt kommt somit mit dem bürgerlichen Grünler in Stichwahl; dieselbe findet am Donnerstag, den 29. März, von vormittags 11 bis 1 Uhr nachmittags und von 5 bis 7 Uhr abends statt. Es ergeht hiermit an die Wähler der III. Klasse die Aufforderung, nun ihrer Pflicht eingedenk zu sein und sich bei der Stichwahl noch weit zahlreicher zu beteiligen. Unsere Position ist eine günstige; erfüllen unsere Genossen alle ihre Pflicht, so gehen wir als Sieger aus der Wahl hervor. Bei der Wahl von 1904 erhielten die Kandidaten der bürgerlichen Parteien 132, und unsere Kandidaten 86 Stimmen. Schon dieser erfreuliche Stimmenzuwachs sollte alle Genossen zu besonderer Tätigkeit anspornen. Am Sonntag, den 25. d. Mts., findet eine Flugblattverbreitung statt, an welcher sich möglichst alle Parteigenossen beteiligen möchten.

Waidmannslust. Bei der gestern stattgehabten Gemeinderatswahl erhielt unser Genosse Denzer 77 Stimmen, der Kandidat der Bürgerpartei 63 Stimmen und ein weiterer Kandidat des Ortsvereins 29 Stimmen. Es ist daher eine Stichwahl erforderlich, die am Mittwoch, den 4. April, nachmittags von 4—7 Uhr stattfindet. An unseren Freunden liegt es nun, den heutigen Vorsieg zu einem vollständigen zu machen.

Eine tragikomische Wahlüberraschung hat sich in Schildow, einem etwa 400 Einwohner zählenden Dörfchen in der Nähe von Reinickendorf zugetragen. Es handelte sich um die Gemeindevertreterwahl, und den biederen Landbewohnern scheint es sehr gleichgültig gewesen zu sein, welcher Büdner in das Dorfparlament einzieht; es würde gewählt werden wie immer und eine rote Gefahr brauchte bei der geringen Anzahl von Sozialdemokraten im Gemeindebezirk gar nicht ins Auge gefaßt zu werden. Die Wähler der dritten Klasse blieben ganz aus und schließlich gaben der Gemeindevorsteher und der Lehrer, aus denen beiden der Wahlvorstand bestand, ihre Stimme einem „bürgerlichen" Kandidaten. Da erschienen kurz vor Schluß der Wahlzeit sieben Sozialdemokraten und brachten, ehe einer der Büdner aus dem Dorfe von ihrer Anwesenheit erfahren konnte, ihren Kandidaten, den Arbeiter Miersch, mit sieben gegen zwei Stimmen durch. „Wie hätt'n dät nur gangen" fragten sich abends im Dorfwirtshaus die Schildower.

Wie uns mitgeteilt wird, haben sich die dortigen Genossen erst kürzlich organisiert und die Gleichgültigkeit der Gegner sich zunutze gemacht.

Charlottenburg.

Aus Anlaß des Verbotes der Aufführung des Kampfschen Dramas in dem Verein „Freie Volksbühne" Charlottenburg schreibt uns die Vereinsleitung:

„Die Vereinsleitung wird nun vor dem Verwaltungsgericht ihr Recht suchen und finden. Wer das Statut der Freien Volksbühnen kennt, weiß, was der Standpunkt der Charlottenburger Polizei — die Volksbühnen seien nichts anderes als eine besondere Form des Vorverkaufs von Theaterbilletts und alle bisherigen Vorstellungen seien nur geduldet worden — bedeutet. Er bedeutet ganz einfach die Unmöglichkeit, einen Kreis von Menschen zu bilden, in den die Polizei ihre Nase nicht stecken darf. Ja, nach dieser Auffassung würde mit gleichem „Recht" die Polizei alle Einladungen zu Familienfeiern usw. als eine besondere Form des Vorverkaufs von Eintrittskarten ansehen und die Einreichung solch' öffentlicher Veranstaltungen verlangen können. Erfreulicherweise spricht diese Erkenntnis der Sachlage aus den Stimmen der Presse und den Anfragen, die an die Vereinsleitung gelangten. Sie alle, aus welcher Richtung sie immer kamen, waren von dem Empfinden getragen, daß es sich hier um mehr handelt als um die Störung der Arbeit eines einzelnen Volksbildungsvereins, der, gerade jetzt ein Jahr alt, im Begriffe steht, mit der Festigkeit eines heranreifenden Gebildes seinen guten Zielen nachzustreben.

Aber obwohl wir für die Rolle des Märtyrers eigentlich noch ein wenig jung sind, werden wir unsere Schuldigkeit tun. Jedes Mitglied wird in dem aufgezwungenen Kampf seine Pflicht tun, agitieren und werben, damit innerer Kräftezuwachs den Verein befähigt, den Druck von außen abzuschütteln. Und auch diejenigen Arbeiter in Charlottenburg usw., die dem Verein noch fernstehen, werden hoffentlich in diesem Augenblick die Notwendigkeit erkennen, ihm beizutreten. Jetzt, wo man von Polizei wegen der Charlottenburger Arbeiterschaft das Recht streitig macht, sich selbsttätig und nach eigenem Geschmack zu bilden, werden sie sich mit den angegriffenen Kameraden vereinigen."

Die letzte Sitzung der Charlottenburger Gewerkschaftskommission beschäftigte sich in der Hauptsache mit der Stellungnahme zum 1. Mai. Genosse Flemming erklärte im Auftrage des Ausschusses, daß sich die Gewerkschaftskommission bei der Besprechung der Maifeierfrage nicht auf dem Standpunkt einelner Gewerkschaftsführer in Köln habe stellen können, sondern den Anschauungen, die der Genosse Richard Fischer auf dem Jenaer Parteitag vertreten habe, zuneige. (Allseitiges Sehr richtig!) Wir können bei uns am Orte konstatieren, daß die Beteiligung an der Maifeier, das heißt in dem Ruhenlassen der Arbeit, nicht ab-, sondern stetig zugenommen hat. Aus diesem Grunde heraus empfehle er namens des Ausschusses, nicht nur wie sonst 2, sondern 4 Versammlungen am Vormittage des 1. Mai abzuhalten, in welcher jeder Teilnehmer außer der Marke seiner Organisation, eine Marke von der Gewerkschaftskommission ausgehändigt bekommt. Eine regelrechte Verteilung der Gewerkschaften nach den einzelnen Lokalen zwecks einer besseren Kontrolle sei notwendig, und habe in folgender Weise zu geschehen: Im oberen Saale des Volkshauses versammeln sich die Maurer, Putzer und Zimmerer, wohingegen sich im unteren Saale die Bauhülfsarbeiter, Maler, Töpfer und Steinsetzer einfinden. Die Holzarbeiter, Handels- und Transportarbeiter und die Bekleidungsindustrie halten gemeinsam ihre Versammlung im Lokale von Bauer, Berlinerstraße 60a, ab. In der vierten Versammlung, die im unteren Saale von Schulz, Kaiser Friedrichstraße 24, geplant ist, sollen die Metallarbeiter, Schmiede, Maschinisten, Heizer und Fabrikarbeiter und die übrigen Gewerkschaften erscheinen. — Er hoffe, daß sich bei genügender Agitation, die diesjährige Feier des 1. Mai zu einer imposanten gestalten möge. Alle nachfolgenden Redner waren mit den vorgeschlagenen Arrangements einverstanden. Mithin wurden die Vorschläge des Ausschusses einstimmig angenommen.

Als zweiter Punkt stand ein Antrag der Gastwirtsgehülfen auf der Tagesordnung, wonach die Gewerkschaften ihre Versammlungen und Festlichkeiten nur in den Lokalen abhalten möchten, wo organisierte Kellner beschäftigt werden. Von den Kellnern sollen alsdann die Legitimationskarten verlangt werden. Nach einer eingehenden Begründung des Antrages durch den Delegierten der Gastwirtsgehülfen, Genossen Bohla, wurde der Antrag nebst einem Zusatzantrag vom Genossen Jost einstimmig angenommen.

Eine ausgiebige Diskussion entspann sich noch über die Verhältnisse des Volkshauses. Zu dieser Sache wurde laut Antrag des Genossen Gebert beschlossen: „Der Ausschuß der Gewerkschaftskommission möge im Verein mit dem Volkshaus-Ausschuß und dem Vorstande der Partei dahin wirken, das Volkshaus baldigst in eigene Regie zu übernehmen." Genosse Jost ermahnte die Gewerkschaften noch, ihre Beiträge zum Volkshaus schnellstens zu entrichten, weil am 31. März der jährliche Kassenschluß eintritt. — Entschuldigt fehlten die Maurer und Handlungsgehülfen.

Die Schuhmacher Charlottenburgs beschäftigten sich kürzlich gleich ihren Berliner Kollegen mit der von der Innung beschlossenen Erhöhung der Preise für Schuhwaren und in Zusammenhang damit mit der Frage der Verbesserung ihrer Lage. Nach einem diesbezüglichen Referat des Kollegen Hermann-Berlin wurde mitgeteilt, daß in einer Versammlung der Arbeitgeber Entrüstung darüber herrschte, daß der „Vorwärts" eine aus Arbeitgeberkreisen stammende Zuschrift nicht aufgenommen habe. Die Kollegen Pannier und Fladrich erklärten, daß der „Vorwärts" recht gehandelt habe, da die Herren Arbeitgeber wohl die Preise erhöhen aber die Arbeiter in Form einer Lohnerhöhung an dieser Preiserhöhung nicht teilnehmen lassen. Schließlich beschloß die Versammlung folgende Resolution:

„Die heutige öffentliche Versammlung der Schuhmacher Charlottenburgs im Volkshaus, Rosinenstr. 3, sieht in der Organisation das einzige Mittel, die allgemeine Lage der Schuhmacher zu verbessern und macht es jedem Kollegen zur Pflicht, dahin zu streben, daß womöglich schon bis zum nächsten Lohnkampf alle Schuhmacher organisiert sind".

Schöneberg.

Die Gewerkschaftskommission macht die Arbeiterinnen und Arbeiter Schönebergs nochmals auf die heute abend 8½ Uhr bei Obst, Meiningerstr. 8 stattfindende Versammlung aufmerksam. Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert es, daß die Versammlung überfüllt wird.

Friedrichshagen.

In der letzten Gemeindevertretersitzung wurde nach eingehender Beratung der Haushaltsetat für das laufende Rechnungsjahr mit 528 500 M. in Einnahme und Ausgabe angenommen. Bei dem Einnahmetitel „indirekte Steuern" stimmten die Genossen Barth, Sonnenburg und Stephan gegen die Bier- und Lustbarkeitssteuer. Die Spezialetats der Pferdebahn mit 32 605 M., der Wasserleitung mit 46 800 M., der Kanalisation mit 58 000 M. und des Realgymnasiums mit 66 500 M. wurden ebenfalls angenommen. Ein Antrag des Gemeindevorstandes, beim Realgymnasium zwei Freistellen für fähige Schüler der Gemeindeschule einzurichten, gelangte einstimmig zur Annahme. Einem Antrage des Amts- und Gemeindevorstehers, die Vertretung möge ein Gesuch an das Landratsamt um Vermehrung der Gendarmerie befürworten, wurde gegen die Stimmen unserer Genossen zugestimmt. Dem Antrage der Gesundheitskommission, der Beschaffung von Kranken- bezw. Cholerabaracken näherzutreten, wurde Folge gegeben und der Gemeindevorstand ermächtigt, mit leistungsfähigen Firmen in Verbindung zu treten. Die Bestellung dieser Baracken hat sofort zu erfolgen, wenn auch nur in der weiteren Umgegend des Ortes eine Choleraepidemie ausbrechen sollte und zu befürchten ist, daß sich diese auch auf den Gemeindebezirk ausdehnen könnte. Auf Antrag der freiwilligen Feuerwehr wurde die Notwendigkeit der Erbauung eines neuen Feuerwehrdepots allseitig anerkannt, die definitive Beschlußfassung jedoch bis zum Juli d. J. vertagt und der Gemeindevorstand beauftragt, bis dahin der Vertretung geeignete Plätze vorzuschlagen. Ein Antrag des Gemeindevorstandes, die Umsatzsteuer für unbebaute Grundstücke von 1 auf 1½ Proz. zu erhöhen, da der Forstfiskus die Aufteilung der eingemeindeten Parzellen zwischen Friedrichshagen und der Kolonie Hirschgarten beabsichtigt, wurde einstimmig angenommen.

Köpenick.

Die Stadtverordnetenversammlung lehnte in der letzten Sitzung das Angebot des Fräulein Michaelis, ihr in der Schloßstr. 9 gelegenes Grundstück mit Wohngebäude zum Preise von 105 000 M, seitens der Stadt anzukaufen, einstimmig als zu teuer ab. Bekanntlich hatte Fräulein Michaelis gegen den Bebauungsplan der Kirchstraße Einspruch erhoben. Die Einigungsverhandlungen des Magistrats verliefen resultatlos.

Die Einführung der elektrischen Straßenbeleuchtung der von der elektrischen Straßenbahn befahrenen Straßen, Brücken und Plätze wurde nach längerer scharfer Diskussion mit 16 gegen 15 Stimmen angenommen, außer unseren Genossen stimmten nur fünf bürgerliche Vertreter dafür. Die Bewilligung von 200 M. zu den Unkosten des 30jährigen Stiftungsfestes der freiwilligen Feuerwehr, welche Summe von der letzten Stadtverordnetenversammlung abgelehnt war, hatte der Magistrat nochmals beantragt. Wie vorauszusehen war, fielen diesmal die bürgerlichen Vertreter wieder um und stimmten mit einer Ausnahme für die Bewilligung der 200 M. Dem Verkauf der Parzelle 219/220 im Jagen 11 und 12 des Stadtforstes wurde mit 15 gegen 14 Stimmen zugestimmt. Zur Errichtung einer Badeanstalt im Müggelsee vor seinem Pachtgrundstück wurde dem Pächter des „Strandschlosses", Herrn Möller, die Zustimmung erteilt.

Trebbin (Kreis Teltow).

Der beleidigte „Schulmeister". Gelegentlich eines Brandes in Paulshöhe hatte der Gärtnereibesitzer Ebel zu Trebbin dem zuschauenden Lehrer Herrn Rosenthal zugerufen: „He, Schulmeister, ran an die Spritze, drücken helfen!" Der Lehrer fühlte sich beleidigt und klagte wegen dieser Aeußerung. Das Schöffengericht zu Trebbin erachtete letztere aber als keine Beleidigung, sondern als eine allgemein gebräuchliche Redewendung und sprach den Angeklagten frei. Im Berufungstermin vor dem Landgericht II wurde Gärtnereibesitzer Ebel aber kürzlich zu 10 M. Strafe verurteilt. Der Staatsanwalt hatte 20 M. beantragt. Mit Rücksicht auf die bisherige Unbescholtenheit des Angeklagten sowie auf die von ihm zu tragenden nicht unerheblichen Kosten wurde das Strafmaß vom Gerichtshof jedoch auf obigen Betrag herabgesetzt.

Spandau.

Die von der Stadtverordneten-Versammlung in einer früheren Sitzung genehmigte Hafenanlage scheint doch wieder in die Brüche zu gehen. Bei einer Unterredung, die der Oberbürgermeister mit dem betreffenden Ministerium hatte, wurde erklärt, daß der tote Havelarm der Stadt nicht überlassen werden könnte. Darauf basierte aber gerade die Vorlage, denn dieser Havelarm sollte ja gerade als Hafen benutzt werden. Es ist kaum zu erwarten, daß die Stadtverordneten unter diesen Umständen das Projekt aufrecht erhalten werden.

Der Schriftsetzer Max Rahn, welcher als Kassierer des Gewerkschaftskartells in Spandau aus der Kasse 535 M. unterschlagen hatte, wurde vom Schöffengericht zu Spandau am Freitag zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt.

Berliner Nachrichten.

Eine Erhöhung der Kurkosten für Kinder hat die Charité beschlossen. Dieselbe soll notwendig geworden sein durch die außerordentlichen Anforderungen, die an die Kinderkliniken gestellt werden. Die Kurkosten sind von 2 M. auf 2,40 M. pro Tag erhöht worden. Als Kinder werden Patienten bis zu 12 Jahren betrachtet.

Von der Heilsarmee. Ueber die Selbstverleugnungswoche der Heilsarmee, die gegenwärtig wieder stattfindet, wurden am Dienstagabend in einer Versammlung ehemaliger Heilsarmeeoffiziere in Thiels Gesellschaftshaus, Rixdorf, bemerkenswerte Mitteilungen gemacht. Wie der ehemalige Finanzsekretär der Heilsarmee an der Hand von Abrechnungen nachwies, bringen die beiden jährlichen Hauptversammlungen der Heilsarmee, die „Selbstverleugnungswoche" und das „Erntefest" durchschnittlich 50 000 bis 60 000 M. Ueber die Verwendung dieser Summe würden die Spender aber im unklaren gelassen. Die Hälfte dieses in Deutschland gesammelten Geldes gehe sofort nach England, ferner würden die Erträge dieser Sammlung zur Unterstützung der Heilsarmeestationen in Holland, Italien, Spanien, Südafrika verwandt, also nicht, wie angegeben wird, ausschließlich für die Heidenmission.

Die Entführung minderjähriger Mädchen wurde in derselben Versammlung der Heilsarmee zum Vorwurf gemacht. Von einer Rednerin wurde angegeben, ihre 16jährige Schwester sei von der Heilsarmee erst ihren Angehörigen entfremdet und dann ohne Einwilligung der Eltern nach Leipzig geschickt worden. Als sie mit polizeilicher Hilfe nach Berlin zurückgebracht wurde, brachten sie zwei Heilsarmeeoffiziere bei Nacht und Nebel nach London, wo sie zwei Jahre blieb, während die alte Mutter ihr Kind vergeblich suchte. Jetzt schreibt das Mädchen, daß sie gern zu ihrer Mutter zurückkehren würde, aber es nicht wagen könne, die Heilsarmee zu verlassen. Von ehemaligen Beamten der Heilsarmee wurden diese schwerwiegenden Beschuldigungen bestätigt und behauptet, daß seitens der Heilsarmee oft in dunklen Familienränken Helferdienste geleistet würden. Jedenfalls werden die angeführten Fälle noch viel Staub aufwirbeln.

Hennig und die Opfer seiner Heiratsschwindeleien. Durch seine fortgesetzten Heiratsschwindeleien, die Hennig bekanntlich in großem Umfange betrieb, sind jetzt eine große Anzahl junger Mädchen aus achtbaren Familien in eine höchst verzweifelte Situation geraten. Besonders sind diejenigen Opfer, welche nach der Ermordung des Kellners Giernoth auf die Heiratsschwindeleien des Verbrechers reagiert haben, in peinliche Mitleidenschaft gezogen. Die bedauernswerten Mädchen machen sich jetzt stets Vorwürfe, daß sie mit einem Raubmörder in Verkehr gestanden haben. Es ist sogar ein Fall aus Schöneberg bekannt, in dem eines der Opfer mit Selbstmordabsichten umging, da es den Gedanken nicht zu ertragen vermag, mit dem verfemten Burschen verkehrt zu haben. In ähnlicher Gemütsverfassung befinden sich die anderen Opfer Hennigs. Durch die Entdeckung der Korrespondenz in dem beschlagnahmten Koffer Hennigs ist man zu all den Adressen der jungen Mädchen gekommen, welche auf die Betrugsmanöver Hennigs hineingefallen sind. Ob nun die zahlreichen Heiratsschwindeleien Fall für Fall zur Aburteilung kommen, mag dahin gestellt bleiben.

Von einer Droschke totgefahren wurde gestern abend in der Potsdamerstraße ein Kaufmann Müller. M. hatte einen Straßenbahnwagen verlassen und als er die Gleise kreuzte, um auf den anderen Bürgersteig zu gelangen, wurde er von einer vorüberfahrenden Droschke umgestoßen und überfahren. Passanten brachten ihn schwerverletzt nach der Unfallstation in der Steglitzerstraße, doch starb er bald nach der Einlieferung. Die Leiche ist polizeilich beschlagnahmt und dem Schauhause zugeführt worden.

Drei Revolverschüsse gab gestern gegen Mittag in der Siegesallee ein Mann in den dreißiger Jahren auf einen Major der Garde ab. Alle drei Schüsse verfehlten ihr Ziel. Der Verbrecher wollte fliehen, wurde aber von dem Publikum festgehalten und der Polizei übergeben. Hier wurde er festgestellt als ein Klempnergeselle Otto Schuster. — Bei seiner Vernehmung sagte derselbe, der Antonstraße 48 wohnt, aus, er habe sich beim Anblick des Majors seiner schlechten Behandlung beim Militär erinnert und sich, durch Arbeitslosigkeit ohnehin in einer verzweifelten Stimmung, dafür rächen wollen. Persönlich hat Major Gröner mit dieser angeblichen schlechten Behandlung nichts zu tun. Schuster kennt ihn gar nicht.

Die Leichen der bei der Bootskatastrophe auf dem Tegeler See ertrunkenen vier jungen Leute konnten bisher noch nicht gelandet werden. Zu der Katastrophe selbst wird noch mitgeteilt, daß die vier Opfer fast augenblicklich in den Wellen verschwanden und nicht wieder zum Vorschein kamen. Es ist dies um so auffälliger, als drei der Verunglückten des Schwimmens kundig waren. Vermutlich haben sich die mit den Wellen Ringenden aneinander festgehalten und gegenseitig so in die Tiefe gerissen.

Bezüglich des beim „Hennig-Spielen" erschossenen Knaben legt der Schuhmacher Telge Wert darauf, daß der benutzte Revolver nicht ihm, sondern Herrn Schwarz gehöre.

Gegen die Eisverteuerung, die durch die Erhöhung der Preise seitens der Eiswerksbesitzer erfolgt, setzen sich die Interessenten energisch zur Wehr. Für das Fleischergewerbe ist eine große Versammlung nach Kellers Festsälen einberufen worden, in der über den allgemeinen Bezug von Eis bindende Abmachungen getroffen werden sollen. Das Gastwirtsgewerbe wird in Gemeinschaft mit dem Brauereigewerbe denselben Weg beschreiten. In der gestrigen Sitzung der Schutzkommission der Gastwirtevereinigungen für Berlin und Umgegend, in der die Vertreter der Brauereien auch anwesend waren, wurde eine Kommission gewählt, die die Eisfrage regeln soll. Man wird wahrscheinlich dazu kommen, norwegisches Eis in größeren Quantitäten nach Berlin zu schaffen. In der Versammlung wurde das unmotivierte Vorgehen des Eisringes getadelt, der seine besten Kunden durch die sprunghafte Erhöhung der Preise direkt vor den Kopf stoße. Während früher in den guten Eisjahren sich die Preise auf 50 bis 60 Pf. stellten, müsse heute ein Satz von 1,70 M. pro Zentner als ungeheuerlich bezeichnet werden.

Achtung! Krankenkassenmitglieder. Die Zentralkommission der Krankenkassen Berlins und der Vororte hat mit dem Arbeitsausschuß der Ausstellung für Säuglingspflege ein Uebereinkommen dahin getroffen, daß einige Abende der Besuch dieser Ausstellung lediglich für das arbeitende Publikum, den Krankenkassenmitgliedern sowie deren Angehörigen offengehalten werden sollen. Und zwar am Freitag, den 23. d. M., Montag, den 26. und Dienstag, den 27. d. M. Die Führung durch die Ausstellung erfolgt durch die wissenschaftlichen Leiter der Abteilungen. Nach der etwa einstündigen Führung findet im Anschluß hieran ein das ganze Gebiet umfassender Vortrag statt. Am Freitag spricht Herr Professor Dr. A. Baginsky vom städtischen Kaiser und Kaiserin Friedrich Kinderkrankenhaus. Am Montag spricht Herr Dr. Langstein, Oberarzt an der Universitätskinderklinik der Charité zu Berlin usw. Die Ausstellung befindet sich in den Gesellschaftsräumen des Landesausstellungsparkes Alt Moabit 4—10. Der Eintrittspreis beträgt von abends 6½ Uhr ab 20 Pfennige (vorher 50 Pfennige.) Die Führung beginnt um 7 Uhr abends. Legitimation ist nicht erforderlich. Wir ersuchen daher die Krankenkassenmitglieder sowie deren Angehörige, hauptsächlich die Frauen und Mädchen, sich recht rege an dieser Veranstaltung zu beteiligen. Die Ausstellung wird am Mittwoch, den 28. März cr. abends geschlossen.

Die Zentralkommission der Krankenkassen Berlins
und der Vororte.

Straßensperrung. Die Magdeburgerstraße zwischen Lützow- und Steglitzerstraße wird behufs Kopfhaltierung vom 26. d. Mts. ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Feuerwehrbericht. In der letzten Nacht um 2 Uhr wurde die Feuerwehr nach dem Warschauer Platz gerufen. Dort waren in dem Hochbahnbogen 6 unter dem Hochbahnbahnhof Kisten der Firma Siemens u. Schuckert in Brand geraten. Dem 7. Zuge gelang es durch kräftiges Wassergeben, die Gefahr auf dem Hochbahnbogen zu beschränken. Gleichzeitig wurde der 16. Zug nach der Kopenhagenerstraße 35 gerufen, wo bei Ankunft der Wehr die Gefahr schon beseitigt war. Wegen Kurzschluß in der elektrischen Leitung wurde der 15. Zug nach der Fennstr. 50 gerufen. Gardinen, Möbel usw. brannten Färbringerstr. 25. Ferner hatte die Feuerwehr in der Lindenstr. 12, Birkenstr. 10, Müllerstraße und anderen Stellen zu tun.

Arbeiter-Samariter-Kolonne. Heute abend 8. Abteilung, Schöneberg bei Obst, Meiningerstr. 8: Vortrag über Augenverletzungen und deren erste Hülfe. Daran anschließend praktische Uebungen. Freitag abend im Restaurant des Genossenschaftshauses, Stargarderstr. 8: Vortrag des Herrn Dr. Wunsch. Thema wird daselbst bekannt gemacht. Neue Mitglieder können jederzeit in die Kolonne eintreten. Gäste haben einmaligen freien Zutritt.

Gerichts-Zeitung.

„Die deutschen Siegesslümmel." Zum zweitenmal hatte sich gestern das Reichsgericht mit dem Prozesse gegen den Redakteur der „Märkischen Volksstimme", Genosse Richard Perner in Forst, zu beschäftigen. Es handelte sich um einen Artikel vom 19. Oktober 1904, durch den sich einige Kriegervereinler beleidigt fühlten. Die Strafkammer in Sorau hatte den Angeklagten Perner freigesprochen. Auf die Revision des Staatsanwalts hat das Reichsgericht das Urteil aufgehoben und die Sache an das Landgericht Guben verwiesen. Dieses erkannte am 25. Juli v. J. gleichfalls auf Freisprechung. Eine Beleidigung wurde allerdings für erwiesen erachtet, aber das Gericht nahm an, daß die Täterschaft des Angeklagten ausgeschlossen sei und ihm auch eine Fahrlässigkeit nicht zur Last falle. Der Artikel war ohne Wissen Perners nach Beendigung seiner Tätigkeit in die Druckerei gegeben. — Das Reichsgericht erkannte trotz der tatsächlichen Feststellungen des Landgerichts auf Aufhebung des Urteils in vollem Umfange und verwies die Sache an das Landgericht Kottbus. Wenn auch Kottbus richtig entschieden haben wird, wird Genosse Perner gut tun, sich ein Rundreisebillett für alle Sitze preußischer Landgerichte zu besorgen.

Grausame Folgen der Fürsorgeerziehung. Die dritte Strafkammer des Landgerichts II verhandelte dieser Tage gegen den Fürsorgezögling Oskar Boyprattniki wegen eines Exzesses in der Lichtenberger Fürsorgeanstalt. Die Fürsorgezöglinge hatten vor einiger Zeit sich gegen die „Fürsorge" aufgelehnt und sich durch eine Meuterei, die mit Prügelei verbunden war, aus der Anstalt zu entfernen gesucht. Dem Angeklagten wird die Rädelsführerschaft zur Last gelegt. Der zur Zeit der Tat erst 18 Jahre alt gewesene Angeklagte wurde zu — drei Jahren und sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Die Möglichkeit solcher ungeheueren Strafe spricht nicht zugunsten der Fürsorgeeinrichtung.

Ein interessanter Rechtsfall beschäftigte gestern die 7. Strafkammer des Landgerichts I. In fünfter Instanz war der Redakteur der „Zeit am Montag" Karl Schneidi angeklagt. — In der Nummer 21 der „Zeit am Montag" vom 24. Mai 1904 erschien eine Novellette „Die Sonne und die Sehnsucht", wegen welcher gegen S. ein Strafverfahren wegen Verbreitung unzüchtiger Schriften anhängig gemacht wurde. In der Verhandlung vom 27. Juli 1904 wurde Schneidt von der 7. Strafkammer wegen einer anderen Novelle freigesprochen, wegen der erwähnten zu 300 M. Geldstrafe verurteilt. In der Verhandlung hatte das Gericht nicht zwei Einzelhandlungen, sondern eine fortgesetzte Handlung angenommen. Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein, soweit der Angeklagte freigesprochen war. Das Reichsgericht gab der Revision statt und hob, da der Vorderrichter eine Gesamthandlung angenommen hätte, das ganze Urteil auf, auch soweit S. verurteilt worden war. In der neuen Verhandlung vom 25. Oktober 1905 beantragte der Staatsanwalt Verurteilung wegen beider Novellen zu 500 Mark. Die 7. Strafkammer, vor der die Verhandlung wiederum stattfand, erkannte auf Freisprechung auf der ganzen Linie. Hiergegen legte die Staatsanwaltschaft wiederum Revision ein. Das Reichsgericht bestätigte nunmehr das freisprechende Urteil der Strafkammer, hob dieses jedoch insofern auf, als nicht auf Einziehung der Artikel, der Formen und Platten erkannt war. Nach diesen wechselreichen Schicksalen und wiederholten Wanderungen nach Leipzig und zurück, mußte nunmehr der Weisung des Reichsgerichts gemäß wiederum von der 7. Strafkammer auf Einziehung der Schrift im objektiven Verfahren erkannt werden.

Auf Verlangen getötet. Der 18jährige Handlungslehrling Brunke stand gestern vor der Braunschweiger Strafkammer unter der Anklage, die beiden Schwestern Alma und Martha Haars (21 resp. 22 Jahre alt) auf deren Verlangen getötet zu haben. Außerdem soll er Beträge in der Gesamthöhe von 1034 M. seinem Prinzipal entwendet haben. Der Angeklagte ist geständig. Der junge Mann erteilte den Verstorbenen Musikunterricht. Er beabsichtigte Alma H. zu heiraten. Da alle Stücke (Dramen), die der nervöse Mann Theatern eingereicht hatte, abgelehnt wurden, so glaubte er, Alma in absehbarer Zeit nicht heiraten zu können und wurde sehr niedergeschlagen. In dieser Verfassung beschlossen er mit seiner Geliebten, gemeinsam zu sterben. Der Schwester Martha Haars beherrschte ein ähnlicher Lebensüberdruß, weil ein Liebesverhältnis mit einem Russen auf den Wunsch der Eltern des Geliebten abgebrochen war. Zwischen den drei Lebensmüden wurde vereinbart, Brunke solle erst die Schwestern, dann sich selbst erschießen. Der Angeklagte erschoß am 17. Oktober v. J. dann in seiner Wohnung auf Verlangen der Schwestern erst Martha, dann Alma H. Nach Vollführung dieser grausigen Tat fehlte ihm der Mut, sich selbst zu töten. Er begab sich auf die Polizeidirektion, teilte dort das Vorgefallene ausführlich mit. In der Untersuchungshaft wurde er auf seinen Geisteszustand untersucht. Die Aerzte hielten ihn für geistig normal. Darauf wurde, abgesehen von der Anklage wegen Diebstahls in 20 Fällen, die Anklage aus §§ 212 und 216 des Strafgesetzbuches gegen ihn erhoben. § 212 lautet: „Wer vorsätzlich einen Menschen tötet, wird, wenn er die Tötung nicht mit Ueberlegung ausgeführt hat, wegen Totschlags mit Zuchthaus nicht unter fünf Jahren bestraft." § 216: „Ist jemand durch das ausdrückliche und ernstliche Verlangen des Getöteten zur Tötung bestimmt worden, so ist auf Gefängnis nicht unter drei Jahren zu erkennen". Die gestrige Verhandlung erwies die geistige und moralische Unreife des Angeklagten. Die Gutachten mußten aber auf Zurechnungsfähigkeit abgegeben werden. Das Urteil lautete auf acht Jahre Gefängnis wegen Totschlages in Verbindung mit Tötung auf ausdrückliches, ernsthaftes Verlangen der Getöteten, sowie wegen Diebstahls in 20 Fällen. Die Handlungsweise des Angeklagten läßt trotz der Gutachten der Vermutung Raum, daß der Täter nicht zurechnungsfähig ist und wohl in wenigen Jahren als Geisteskranker einer Irrenanstalt wird überwiesen werden müssen.

Vermischtes.

Ueber das Erdbeben auf Formosa

gelangen infolge teilweiser Wiederherstellung der Verbindungen jetzt Einzelheiten hierher. Danach wird gegenwärtig die Zahl der Umgekommenen auf mehrere tausend geschätzt. Die ganze Insel wurde durch die Erdstöße erschüttert, die vom frühen Morgen des 17. März bis spät in die Nacht hinein fortdauerten. Leichte Erschütterungen wurden auch in Japan verspürt. So wurden in Kumamoto während der Nacht und am folgenden Morgen fünf deutliche Erdstöße wahrgenommen. Telegramme aus Formosa melden, daß die blühenden Orte Datrijo, Raisbiko und Shrinko vollständig zerstört worden sind. In Kagi sind 200 Eingeborene und sieben Japaner ums Leben gekommen. Die Behörden verrichten ihre Arbeiten entweder unter freiem Himmel, oder in schnell zusammengezimmerten Hütten. In Datrijo wurden etwa 600 Tote gezählt. Der Sachschaden ist ungeheuer.

Erdstöße.

Wie aus Palermo gemeldet wird, sind seit der Nacht vom 18. März auf der Insel Ustica 21 Erdstöße mit starkem Getöse wahrgenommen worden. Unter der Bevölkerung herrscht Beunruhigung. Der Präfekt hat gestern ein Schiff mit einer wissenschaftlichen Kommission an Bord entsandt, um die Naturerscheinung zu studieren; außerdem liegt ein Dampfer zur Abfahrt bereit, um gegebenenfalls Hülfe zu bringen.

Dem Schneesturm erlegen.

Zu einer schweren Katastrophe hat ein Schneesturm im Kaisergebirge geführt. Wie aus München gemeldet wird, verunglückten im Kaisergebirge bei Kufstein vier Münchener Touristen im Schneesturm. Die Rettungsexpedition fand den Prokuristen Staudacher abgestürzt und tot vor, eine Dame, die Buchhalterin Fräulein Oswald ist vor Erschöpfung auf dem Transport gestorben. Dem Kunstmaler Splitgerber sind die Füße erfroren. Der vierte, ein Apotheker Palmberger, wurde angeblich lebend geborgen.

Briefkasten der Redaktion.

E. E. 24. Wir müssen es ablehnen, im Briefkasten Urteile über Organisationen abzugeben. — **K. A. 100.** 1.—3. Ereignete sich 2. September 1883. Näheres durch die königlich preußische Eisenbahnverwaltung. — **Dreizehn J. A.** 1. und 2. Durch das Sekretariat der Gewerkschaftskommission, Berlin, Engel-Ufer 15. — **Ausländer.** Erfahren Sie im Auskunftsbureau des Anhalter Bahnhofes. — **A. B. 75** und **F. E. 80.** 1. Lesen Sie nach im Reichskursbuch. Einsicht auf jedem Postamt gestattet. 2. Etwa 250 M. — **P. J. 20.** In Kriegs- und Friedenszeiten. Ja. — **E. H. 77.** Wir empfehlen darüber nichts Spezielles. Gute Auskunft in der Buchhandlung Vorwärts. — **Kiez.** Untersuchung ist in der Charité, Charitéstraße, Berlin, möglich. Auch erhält der Kranke ärztlichen Rat. Ueber alles Nähere erkundigen Sie sich bei der Verwaltung oder der Direktion mündlich oder schriftlich. — **Reiseonkel.** 1. Reisebureau Unter den Linden 8. 2. Internationales Reisebureau Unter den Linden 69. Weitere Angaben Berliner Adreßbuch, II. Teil, 4. Abschnitt, S. 292. — **A. C. D. 1.** Moskau. 2. Ja. 3. Nein.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7½ bis 9½ Uhr abends statt. Geöffnet: 7 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt.

Hugo Max. 1. M. ist im Recht. 2. Er kann dann nur verhältnismäßige Bezahlung beanspruchen. — **F. K., Tegel.** Wiederholt ist von uns betont, eine Steuerschonzeit für Militärentlassene gibt es nicht. Allein das Einkommen ist entscheidend. — **A. R., Steglitz.** Ist nach den gültigen Vorschriften unzulässig. — **O. R. 90.** 1. u. 2 Nein. — **F. A.** Nein.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. Rindfleisch Ia 63—66 pr. 100 Pfund, IIa 54—62, IIIa 49—53, IVa 39—47. Kalbfleisch Ia 80—88, IIa 65—78, IIIa 52—62. Hammelfleisch Ia 60—71, IIa 54—60. Schweinefleisch 73—77. Rotwild Pfd. 0,00 bis 0,00, Damwild —,—. Kaninchen Stück 0,80—1,00. Hühner, alte, Stück 1,80—2,80, junge 0,00, do. IIa 0,00—0,00. Tauben, junge 0,50—0,65, alte 0,40—0,45. Enten, Stück 0,00—0,00. Gänse, junge, Stück 0,00—0,00, russische 0,35—0,55 M. pr. Pfd. Schellfische 0,00 M., Flunder 8—17 M., pro 100 Pfd. Hechte 74—83, Schleie 00,00; Aale, groß 00—00, mittel 00—00; Plötzen 00—00, Plötzen in Eis, große 00,00, kleine 00,00, Karpfen 00—00, Rheinlachs 500, Seelachs 24—28 M. pr. 100 Pfd. Schottische Vollheringe (gesalzen) 40—44 M. Eier, Schock 3,30—3,50. Butter pro 100 Pfund Ia 122—123, IIa 118—121, IIIa 116—118, abfallende 110—115. Kartoffeln pr. 100 Pfd. rote Daberiche 2,00—2,20, magn. bon. 2,10—2,35, runde weiße 1,80—2,00. Wirsingkohl pr. Schock 0,00—00,00, Weißkohl pr. 100 Pfd. 3,75—4,00, Rotkohl pr. Schock 00—00, holl. 12—18 M. Saure Gurken, Schock 2,00 M., Pfeffergurken 2,00 M.

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 22. März 1906.
Zeitweise etwas nebelig, sonst meist heiter und trocken, nachts Frost, um Mittag ziemlich mild bei schwachen nordöstlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am 20. März. Elbe bei Aussig + 3,80 Meter, bei Dresden + 2,44 Meter, bei Magdeburg + 3,57 Meter. — Unstrut bei Straußfurt + 3,40 Meter. — Oder bei Ratibor + 3,16 Meter, bei Breslau Oberpegel + 5,34 Meter, bei Breslau Unterpegel — 0,92 Meter, bei Frankfurt + 2,44 Meter. — Weichsel bei Brahemünde + 5,20 Meter. — Warthe bei Posen + 1,54 Meter. — Netze bei Usch + 1,40 Meter.

Rixdorf! Rixdorf!

Gewerbegerichtswahlen.

Freitag, den 23. März, abends 8 Uhr,
im Lokal von **Thiel,** Bergstr. 151/52:

Oeffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung: **Die Bedeutung der Gewerbegerichte.** Referent: Arbeitersekretär **Adolf Ritter.** Diskussion. Verschiedenes. 202/7
Das Gewerkschaftskartell. I. A.: Albert Hendrischke, Thomasstr. 16.

„Flora" Spandau, Pichelsdorferstr. 39. Sonntags Anfang 3 Uhr: **Gr. Ball.** Familien können Kaffee kochen! 23Vb Emil Koepnick.

Eduard Möller 307V*
Hüte, Mützen, Pelzwaren
Rixdorf, Bergstr. 24.

Leih-Haus
Charlottenburg, Friedrich-Karl-Platz 12,
Berlin, Auklamer-Straße 2.
Beleihung von Brillanten, Gold- und Silbersachen, Uhren, Büchern, Wäsche, Kleidungsstücken 2c. 354V*

Aeltestes konz.
Leihhaus
Charlottenburg,
Wilmersdorferstr. 40 I.
Hohe Beleihung. Diskr. Sprechzimmer. Gelegenheitskäufe in Brillanten, Uhren, Gold- u. Silbersachen. [329L*

Emil Hoegner
Schöneberg Grunewaldstraße 108. Schöneberg
Wäsche-, Weiß-, Woll- und Manufakturwaren.
Vorgezeichnete und fertige Handarbeiten.
Wegen Vergrößerung um 10 Proz. herabgesetzte Preise.
Herren-Artikel.
Mitglied von 8 Rabatt- u. Sparvereinen.
339V*

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil veranw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.